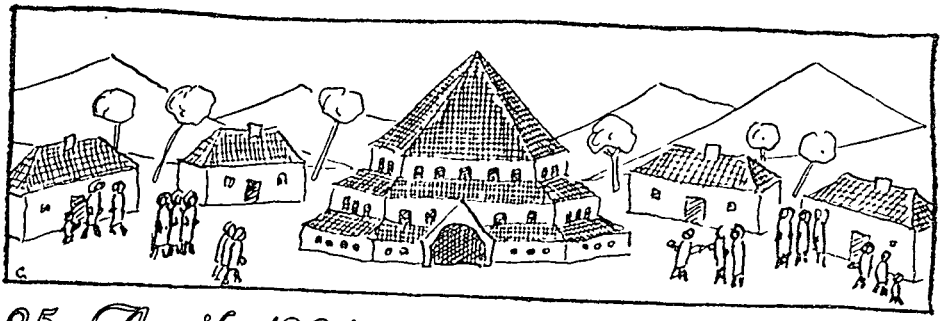

25. April 1921

JULIUS KALISKI · VOR DEM 1. MAI 1921

DER Verfalltag naht nun. Und Frankreich ist mit seinen Gefährten in dem Entschluß einig das letzte Wort zu haben. Das Land begreift, daß die Regierung zu solcher Notwendigkeit gedrängt werden kann; und die Tatsache, daß sie bisher Geduld und versöhnliche Mäßigung gezeigt hat, ist nicht gering zu schätzen. Wir bedauern das deutsche Volk, wenn seine Regierer fortfahren es zu täuschen, ihm die Folgen ihrer Haltung verhüllen und uns zu unwiderruflichem Handeln zwingen. An Warnung hat es wahrlich nicht gefehlt; und die von heute wird, hoffe ich, für die deutsche Regierung Gewicht haben. Sie muß nun wissen, daß in ihren Händen das Schicksal Deutschlands liegt, und daß Frankreich, durch die Gedanken selbst, denen es den Sieg erstritt, das Recht erworben hat die Abzahlung der Schuld, wenn's nicht anders sein kann, mit Gewalt durchzusetzen.«

Wen kann diese Erklärung überrascht haben, die der französische Ministerpräsident Briand in seiner Rede am 6. April[1] im Senat abgegeben hat? Es gab freilich bei uns Zeitungen und Amtsstellen, die sich bemühten den Eindruck zu erwecken, als ob die Ankündigung Briands wie ein Blitz aus heiterm Himmel niedergefahren sei, als ob die Länder der Entente wiederum von Frankreich überrumpelt worden seien. Kurzsicht und Mangel an Mut bei denen, die es besser wußten, haben es vermocht die Selbsttäuschung, in die das deutsche Volk mit kaum vorher gekannter Einmütigkeit seit den Tagen des Zusammenbruchs von 1918 hineingetrieben worden ist, bis in die letzten Minuten vor dem »Verfallstag« aufrechtzuerhalten. Frankreich verlangt Erfüllung der Verpflichtungen am 1. Mai und ist bereit alle Konsequenzen bei einem Versagen Deutschlands zu ziehen.

Nach dem Friedensvertrag (Artikel 235) schuldet Deutschland den Alliierten bis zum 1. Mai 1921 20 Milliarden Goldmark. Diese Schuld, behauptet die deutsche Regierung, sei bereits beglichen; die Alliierten dagegen bewerten die bisher geleisteten Zahlungen nur mit 8 Milliarden Goldmark. Diese Differenz durch Verhandlungen aus der Welt zu schaffen oder richtigzustellen hat Deutschland versäumt; es hat sich mit unfruchtbaren Protesten begnügt. Durch diese Taktik hat die Schätzung der Alliierten durch Spruch der Reparationskommission die Kraft eines Versäumnisurteils mit sofortiger Vollstreckbarkeit erlangt. Weiter fällt, wiederum nach dem Friedensvertrag (Ar-

1) Der wesentliche Teil der Rede Briands vom 6. April 1921 ist in der Zukunft vom 16. April 1921 in genauer und guter deutscher Übertragung wiedergegeben worden. Die genannte Zeitschrift hat auch hier wieder der freiwillig übernommenen Pflicht genügt: alle wesentlichen Dokumente, deren Kenntnis dem deutschen Volk vorenthalten wird, oder die ihm entstellt übermittelt werden, in ihrem Wortlaut zu veröffentlichen. Die deutschen Leser seien darauf hingewiesen, statt den Korrespondenten ihrer Zeitungen (namentlich jener großen liberalen Blätter, die die Hetze gegen Frankreich zu ihrer Spezialaufgabe gemacht haben) zu vertrauen, die wirklichen Dokumente, zum mindesten, soweit sie ihnen solchermaßen in deutscher Sprache geboten werden, selbst zu lesen.

tikel 233), am 1. Mai das Recht die deutschen Leistungen zur Wiedergutmachung souverän zu bestimmen an die Reparationskommission zurück, nachdem es von den Alliierten zugunsten eines deutschen Vorschlagsrechts in dieser Frage rechtlich für 4 Monate vom Tag des Friedensschlusses an, praktisch aber fast 2 Jahre hindurch, außer Kraft gesetzt worden war. Diese Frist von 4 Monaten für die Einreichung von Vorschlägen Deutschlands für die Wiedergutmachung ist in Ergänzung des Friedensvertrags Deutschland eingeräumt, dann offiziell und schließlich stillschweigend immer wieder verlängert worden. Die Konferenzen von Spa, Brüssel und London waren die offiziellen Gelegenheiten von diesem Recht Gebrauch zu machen; abgesehen davon, daß jeder Tag der Zeit zwischen Versailles und heute noch ergiebigere Möglichkeit bot die Initiative zu betätigen, die die deutsche Regierung in Versailles versäumt und dann durch Proteste vergeblich zu ersetzen versucht hatte. Die deutsche Regierung ⟨und mit ihr die deutsche Presse⟩ hat stets behauptet, daß ihr in den Tagen von Versailles keine Gelegenheit geboten war irgendwie selbst in Aktion zu treten. Sie hat damals Verhandlungen verlangt. Weshalb hat sie dann 2 kostbare Jahre vergeudet, von denen jeder Tag ein Verhandlungstag hätte sein können? Der Weg solcher Verhandlung führte freilich nach Frankreich, und diesen Weg vermied man, weil man auf die starke Hand Englands zum Schutz Deutschlands gegen die von dem Gebot der Selbsterhaltung diktierten französischen Forderungen und Wünsche hoffte.

Alles das wird in der deutschen Presse, von wenigen, rühmlichen Ausnahmen abgesehen, mit unerschütterlicher Beharrlichkeit abgeleugnet. Immer wieder schallt uns aus dem zu diesem Tun angefeuerten Chor der Ruf entgegen: Wir haben unsern Willen zur Wiedergutmachung in der unzweideutigsten Weise bekundet; wir haben Vorschläge über Vorschläge für den Aufbau Nordfrankreichs formuliert, stießen aber dabei stets von neuem auf die Ablehnung Frankreichs. Aber niemand hat bisher bewirken können, daß diese Vorschläge, auf die man sich berief, einmal im Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben wurden. Weshalb also schwieg man? Unzweifelhaft fest steht die Tatsache, daß Clemenceau schon im Jahr 1919 deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau gewünscht hat. Dieser Schritt der französischen Regierung konnte auf die Dauer nicht abgeleugnet werden. Man behauptete nun, Deutschland hätte eine zustimmende Antwort gegeben, aber nie wieder etwas von Frankreich darauf vernommen. Was war geschehen? Deutschland hatte für die Entsendung deutscher Arbeiter eine Reihe von Forderungen gestellt, unter denen sich die Errichtung von Konversationshäusern und die Anlage von Sportplätzen befand. Angesichts der furchtbaren Verwüstungen Nordfrankreichs wirkten diese Ansprüche wie Hohn, und die Wirkung blieb nicht aus. Man suchte nun die Kritik an diesen Forderungen als *arbeiterfeindlich* hinzustellen. Aber gerade die Arbeiterklasse würde über das Wesen solcher Arbeiterfürsorge anders urteilen, wenn sie einmal in die Lage versetzt würde sie im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Politik vom Gesichtspunkt der Pflicht zur Wiederherstellung der europäischen Produktionskraft zu beurteilen. Nach diesem Auftakt folgten von Zeit zu Zeit auf Anregung Frankreichs deutsche Äußerungen und Einzelangebote, die den Charakter des Ungeordneten und Zufälligen trugen. Dafür aber häuften sich Erklärungen, daß Deutschland *bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit* alles tun wolle, um seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zu genügen. Diese Methode sollte

vor allem-von den Vertretern der Arbeiterklasse nach Gebühr gewürdigt werden; kennt sie doch aus den eigenen Kämpfen den Charakter von Versicherungen, daß man den Wünschen der Arbeiter bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit entgegenkommen wolle, wenn dabei zugleich abgelehnt wird Höhe und Umfang der zu gewährenden Leistungen zu bestimmen. Das hat man aber offenbar hier vergessen. Es kam die Konferenz von Spa im Juli 1920, die das so oftmals angekündigte deutsche Programm für den Wiederaufbau nicht enthüllte und zu den Szenen führte, in denen Hugo Stinnes ‹ein tüchtiger Privatwirtschafter, dem aber, wie seine Kriegs- und Nachkriegspolitik beweist, wo es sich um das Gemeininteresse handelt, der Blick für das Erkennen der eigentlichen Realitäten ebenso fehlt wie die Idee des zu Erstrebenden› sich zum Führer Deutschlands aufwarf, unter dem Beifall der ganzen deutschen Presse einschließlich der sozialdemokratischen, bis der Zusammenbruch seiner Methode offenbar war. Neue Versicherungen folgten, daß nun ein Wiederaufbauprogramm in allen Einzelheiten entworfen werden sollte. In der Konferenz von Brüssel im Dezember 1920 erschienen die Franzosen mit dem Programm Seydoux, die Vertreter Deutschlands ergingen sich nur in Andeutungen, die immerhin auf Ansätze zu einem solchen hindeuten konnten, die sich aber niemals zu einem solchen gestalteten.

In die Zeit zwischen Brüssel und London fällt ein bemerkenswertes Ereignis. Der französische Botschafter Laurent erschien eines Tages bei dem Reichsminister des Auswärtigen Simons, um ihm im Auftrag der französischen Regierung Wirtschaftsverhandlungen anzubieten. Der deutsche Minister akzeptierte das Angebot, das mit der Bedingung unterbreitet war, daß über den Schritt Frankreichs nicht gesprochen werde. Am nächsten Tag berichtete das Wolffsche Telegraphenbureau in seiner allgemeinen Ausgabe von dem Besuch des Botschafters Laurent und dem französischen Angebot wirtschaftlicher Verhandlungen mit Deutschland. Dieses Verhalten Deutschlands mußte in Paris als eine gewollte Provokation erscheinen, als das ausgesprochene Verlangen die von dem französischen Botschafter angebotenen Verhandlungen zu sabotieren. In Deutschland blieb alles beim alten. Die Veröffentlichung durch das Wolffsche Bureau wurde als ein Versehen des Presseamts ausgegeben, das der Reichsminister des Auswärtigen mißbillige. Aber das Presseamt selbst blieb im Dienst. Nach einiger Zeit erschien der Minister Simons bei dem französischen Botschafter mit dem Angebot von Wirtschaftsverhandlungen unter dem Hinzufügen, daß er dieses Angebot den Kabinetten von London und Rom notifizieren werde. Was man sich in Deutschland dabei gedacht hat, wird kaum zu enträtseln sein. Der Effekt zeigte sich prompt. Die britische Regierung ließ in Paris erklären, daß es Frankreich natürlich überlassen bleibe mit Deutschland allein zu verhandeln. Die Konsequenz einer solchen Verhandlung brauchte sie wohl nicht zu umschreiben, die war für die Pariser Politik mit der denkbar eindeutigsten Klarheit gegeben. Frankreich mußte seine wohldurchdachte Politik, die mit den eigenen Lebensinteressen die Lebensnotwendigkeiten des europäischen Kontinents und damit Deutschlands verband, opfern und dem Willen Englands unterstellen, wenn es nicht alles preisgegeben wissen wollte. Die deutsche Politik hat Frankreich nach England getrieben um den Preis schwerer Schädigungen französischer Interessen im Orient, um den Preis des Verzichts auf eine planmäßige Wiederaufbaupolitik, die das Zusammenwirken mit Deutschland umfassen mußte.

Immer schwieriger und kostspieliger wurde der Weg einer direkten Verständigung Deutschlands mit Frankreich, die bis in die letzte Zeit hinein gegeben war, weil die verantwortlichen Stellen Frankreichs wußten, worum das Spiel ging. Aber Deutschland verzichtete noch immer auf konkrete Vorschläge, nannte keine Ziffern, gab keine Aufschlüsse, noch weniger Bürgschaften für die Erfüllung von Verpflichtungen, die übernehmen zu wollen es nicht müde wurde zu versichern. Untätig war die deutsche Politik gleichwohl nicht. In einem Memorandum an die Vereinigten Staaten von Amerika wurde darüber geklagt, daß deutsche Wiederaufbauangebote von Frankreich nicht einmal zur Erörterung gestellt worden wären. Auf die selbstgestellte Frage, warum dies geschehen sei, gab die deutsche Regierung die Antwort:

»Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ist in Frankreich, so befremdend das klingen mag, nur gering. Die früheren Bewohner haben vorschußweise Entschädigungen erhalten und sich in anderen Teilen des Landes seßhaft gemacht. Einflußreiche Unternehmergruppen sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten befaßt. Sie beschleunigen die Abwickelung ihrer Aufgaben in keiner Weise. Am meisten aber fällt in das Gewicht, daß mächtige Kreise in Frankreich in dem zerstörten Gebiet ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblicken, das bei Einheimischen und Fremden begreiflicherweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt.«

Wenn bei dem Verfasser dieses Memorandums und dem dafür verantwortlichen Kabinett sich schon nicht das Gefühl dagegen auflehnte eine solche Verdächtigung auszusprechen, so hätte zum mindesten der praktische Verstand gegen den Versuch einer Denunziation ohne den geringsten Beweis revoltieren müssen. Denn es war unschwer vorauszusehen, daß sie nicht gegen den Beschuldigten sondern gegen den Beschuldiger wirken würde. ⟨Es ist ganz unbegreiflich, wie selbst sozialdemokratische Organe sich bemühen konnten jenen sinnlosen Verhetzungsversuch zu rechtfertigen. Wir Sozialdemokraten haben nahezu ein halbes Jahrhundert hindurch von den dümmsten unserer Gegner oft die Behauptung hören müssen, der Kampf unserer Partei gegen Armut und Elend sei gar nicht ehrlich gemeint, sie wolle vielmehr all diesen Jammer zur Belebung ihrer Agitation erhalten wissen. Mit Verachtung taten wir dieses Treiben ab.⟩ Briand hat in seiner schon erwähnten Rede im Senat dieses deutsche Schriftstück nicht vergessen:

»In Schriftsätzen, deren bewußte Unwahrhaftigkeit dem Leser das Blut in die Schläfe treibt, hat Deutschland den Amerikanern Frankreich als ein Land zu zeigen getrachtet, das nicht die Zahlung des ihm Geschuldeten wolle sondern nur Vorwand zu Ersetzung des deutschen Militaristendrucks durch französischen. In dem Memorandum des Doktor Simons an Amerika steht, Deutschland habe vergebens seine Hilfe zum Wiederaufbau angeboten, Frankreich wolle das verwüstete Gebiet lassen wie es ist, um darauf neuen Haß gegen das arme Deutschland zu züchten, noch sei, sozusagen, kein Haus wieder aufgebaut, Deutschland habe den besten Willen zu Entschädigung gezeigt usw. Amerika hat verstanden. Ein edles Volk, das Hunderttausende seiner besten Söhne übers Meer, in den blutigen Kampf für die Sache der Gerechtigkeit, für ein Ideal, gesandt hat, ist durch plumpe Propagandamittel nicht zu beirren. Amerika hat geantwortet: Wir hören gern, daß Deutschland zu Abzahlung seiner Schuld willig ist; dazu ist es, als die für den Kriegsausbruch verantwortliche Macht, auch verpflichtet.«

Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Briand am 15. April, daß, wenn Deutschland bis zum 1. Mai neue Angebote mache, er es nicht übernehmen würde mit den deutschen Vertretern in neue Verhandlungen einzutreten, ohne vorher Bürgschaften erhalten zu haben, um auf diese Weise eine Fortsetzung der ausweichenden Politik zu verhindern, die

das Reich sonst zu betreiben versucht wäre. Und in Beantwortung einer Anfrage sagte er dann noch, daß er sich weigere Unterhandlungen durch Mittelspersonen anzuknüpfen, ganz gleichgültig, wer diese seien; wenn Verhandlungen stattfinden, so werden sie zwischen den Vertretern der Entente und denen der deutschen Regierung direkt geführt werden. Über die Maßnahmen bei einer Weigerung Deutschlands ließ er keine Unklarheit aufkommen.

Für Deutschland gibt es jetzt, leider, nur noch den Weg, den Briand gewiesen hat: die Verhandlung mit der gesamten Entente. Die deutsche Politik wollte den Weg der direkten Verständigung mit Frankreich nicht gehen. Nun findet sie ihn verschlossen. In ihrer Ratlosigkeit hat die deutsche Regierung den Präsidenten Harding als Schiedsrichter gewinnen wollen. Welchen Eindruck mußte es aber machen, daß sie in ihrer Bittnote feierlich erklärte »den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung recht und billig befinden sollte«, und daß sie sich verpflichtete »seinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen«? Nach der immer wiederholten Beteuerung, man sei bereits bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen und müsse weiteren Forderungen ein entschiedenes Nein entgegensetzen, nun mit einemmal die Bereitwilligkeit jede beliebige Summe zu zahlen! Eine solche Methode kann schwerlich Vertrauen einflößen. Es war ganz selbstverständlich, daß die amerikanische Regierung das angebotene Schiedsrichteramt höflich, aber bestimmt ablehnte und Deutschland statt dessen den dringenden Rat gab »schnell Vorschläge zu formulieren, die eine geeignete Verhandlungsgrundlage bieten«. Daraufhin hat die deutsche Regierung am 23. April die Wiederaufbauvorschläge veröffentlicht, die sie gleichzeitig mit jener Amerikanote der Reparationskommission übergeben hatte. Diese Vorschläge, obgleich auch sie noch durchaus nicht den notwendigen Grad der Bestimmtheit haben, hätten vor 2 Jahren und selbst noch vor einigen Monaten eine entscheidende Wendung herbeiführen und die Kooperation Deutschlands mit Frankreich anbahnen können. Jetzt natürlich können sie für sich allein nicht mehr ausreichen. Damals war eine neue Welt zu gewinnen. Sie wurde preisgegeben, weil man nicht an die eigene Kraft und die Kraft der Gemeinschaft zwischen den Völkern glaubt, die bestimmt sind einander zu ergänzen und zu fördern. Jetzt steht Deutschland vor der Wahl: vernichtet zu werden oder sich zu dem zu bekennen, was die Entente fordert, wobei noch im letzten Augenblick die Form der Durchführung Vorschlägen Deutschlands gesichert werden könnte. Bisher fehlt hierfür jede wirtschaftliche Voraussetzung, die eine Zusammenfassung der Kräfte bedingt. Dabei ist die Notwendigkeit einer solchen Zusammenfassung zu einem Schlagwort geworden, das über das Leerlaufen unserer wirtschaftlichen Maschinerie hinwegtäuschen soll. Wenn Arbeitsunlust und Streikunruhe gewichen sein werden, so vernahm man in Zeiten wilder Erregung, dann werde sich der Geist des Schaffens offenbaren, der die Volkswirtschaft zu höherer Produktivität führe. Von alledem ist aber noch nichts erfolgt, man hat sich vorläufig nur daran gewöhnt mit Senkung der Produktion die Gewinne zu steigern. Der Wille zur Umstellung unserer Wirtschaft muß Tat werden. Dann wird auch die Entente einsehen, daß wir unseren Verpflichtungen genügen wollen. Und gerade aus deren Erfüllung kann uns ein ungeheurer Antrieb der Energie und des Geistes kommen.

Was wir zur Wiedergutmachung bieten, muß auf einem Gesamtplan beruhen, der es im Kern ermöglicht später die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs zu gewährleisten, ohne die der europäische Kontinent veröden muß. Das erfordert die Pflicht gegenüber dem deutschen Volk, an dessen Leben sich jeder versündigt, der das Agitationsinteresse seiner Partei oder das Popularitätsinteresse seines Amtes höher stellt. Eben um dieser Pflicht genügen zu können, muß auch im Innern eine Produktionspolitik getrieben werden, die von dem einzelnen die größten Opfer verlangt. Aber er bringt sie dem eigenen Volk, er bringt sie der kommenden Generation Deutschlands und des ganzen Kontinents.

MAX SCHIPPEL · GEWERKSCHAFTEN, ARBEITERPARTEIEN UND FRANKREICHS WIEDERAUFBAU

EINE außenpolitisch vollkommen ratlose, geduldig jedes Winkes von oben harrende Presse und neben ihr parlamentarische Parteien, die nach Sachkenntnis und geistiger Selbständigkeit in auswärtigen Fragen noch unter dieser Presse zu stehen pflegen, haben es lange Zeit einer wie zur Kriegszeit in Vertuschungen und Entstellungen geschäftigen Richtung ermöglicht jede ruhige Würdigung des selbst in militärischen Verstiegenheiten des Siegesbewußtseins noch tragischen Schicksals Frankreichs zu unterdrücken und jeden Versuch unparteiischer Beurteilung und versöhnlicherer Haltung unter einer Flut von sinnloser Verhöhnung und Verdächtigung zu begraben. Daß ein siegendes Volk wohl auf die Wiedererstattung der eigentlichen Kosten eines die letzten finanziellen Kräfte erschöpfenden Krieges zu verzichten vermöge, daß es aber nie und nimmer eine furchtbare Verstümmelung seiner wirtschaftlich wichtigsten Landstriche und nationalen Produktivkräfte widerstandslos ertragen könne, während sein besiegter Konkurrent von dieser Verstümmelung freiblieb, daß der besiegte Urheber dieser lähmenden Verstümmelungen zu gewissen *Reparationen* bereit sein und diese Bereitschaft am besten durch eigene Ausführungsvorschläge bekunden müsse: diese Selbstverständlichkeit und Binsenwahrheit kam nicht wenigen Deutschen durch keinen andern als Lloyd George erstmals zum Bewußtsein, als er sich in London, statt zu der erwarteten Unterstützung Deutschlands, zu einer Strafrede erhob, die von Europens übertünchter diplomatischer Höflichkeit nicht eine Spur mehr erkennen ließ.

Dieser auf Englands Gewinnung und womöglich schon gewonnener Freundschaft eingestellten, gegen Frankreich jedes Verständnisses und Mitgefühls baren Richtung ist augenblicklich der Atem etwas ausgegangen, und bei aller bisher bewiesenen Leichtherzigkeit und Kurzsichtigkeit schrickt sie doch vor der drohenden deutsch-französischen Kraftprobe am kritischen 1. Mai zurück. Was jedoch das Wichtigere ist: Unter der Schwelle des durchschnittlichen öffentlichen Bewußtseins und unabhängig von jeder amtlichen Führung und Beeinflussung hat sich im stillen, vor allem in der Arbeiterklasse Frankreichs sowohl wie Deutschlands und schließlich sogar Englands und anderer Länder, ein großer geistiger Wandlungsprozeß vollzogen, der eine bisher ganz aussichtslos scheinende Politik der kontinentalen Versöhnung und Zusammenarbeit plötzlich von neuem in den Mittelpunkt aller außenpolitischen Auseinandersetzungen rückt. Die Genfer Vereinbarung von Mitte März zwischen

den beiden großen Bauarbeiterverbänden Deutschlands und Frankreichs, die, von der Confédération générale der französischen Gewerkschaften einberufene, Tagung von Vertretern der kriegsverwüsteten Gemeinden am 21. März in Paris, die daran sich anschließenden Pariser Kammerdebatten, endlich die Amsterdamer Beschlüsse erst des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dann der politischen Internationalen von Anfang April stellen die bisherigen Höhepunkte dieses mit überraschender Wucht zutage tretenden Stimmungsumschlags dar. Die immanente Logik der Dinge, der innere Zwang der grundlegenden Verhältnisse kommt mit der Zeit eben doch unwiderstehlich zur Geltung: zum Sieg darf man freilich noch lange nicht sagen.

FRANKREICHS Arbeiter, in erster Linie die des Baugewerbes, fürchteten anfangs, wenn von massenhaften deutschen Arbeitsleistungen an Ort und Stelle der Kriegszerstörungen die Rede war, eine Konkurrenz der fremden Kräfte, wie sie mit ihr schon in früheren Friedenszeiten genug schlimme Erfahrungen durchgemacht zu haben glaubten. Kann man ihnen dies verdenken angesichts der erschreckenden heimischen Arbeitslosigkeit der ersten Übergangszeit, und während jede Sicherung gegen Lohndruck und Stellenverdrängung vorerst noch fehlte? Chanvin, der Sekretär des Bauarbeiterverbandes, sprach sich gegen Loucheurs Angriffe darüber neulich, am 7. April, im Peuple sehr offen aus. Die Confédération, der der Bauarbeiterverband angehört, ist aber heute, Chanvin eingeschlossen, die entschiedenste Vorkämpferin des deutschen Mitwirkens, zum mindesten seitdem an der Jahreswende 1919-1920 eine Verständigung zwischen den Bauarbeiterorganisationen über den zu machenden Vertragsvorschlag erfolgte, der Löhne, Arbeitszeiten, Versicherung, Urlaub, Freizügigkeit, das Koalitionsrecht, die Beziehungen zwischen deutscher und französischer Gewerkschaftsorganisation und noch vieles andere in befriedigender, international vorbildlicher und in mancher Beziehung geradezu epochemachender Weise regelte.

Durch die Confédération ist auch der Umschwung in den zerstörten Gebieten selber rascher zum Durchbruch gelangt. Hierfür lieferte die schon erwähnte Konferenz mit den Gemeindevertretern und sonstigen Interessenten des französischen Nordens und Ostens den besten Beweis.[1] Der Architekt Agache, der die Gewerkschaftsvertretung auf ihrer Studienreise durch die zerstörten Gebiete begleitet hatte, sagte unter allgemeinster Zustimmung:

»Es scheint, daß wir uns zurzeit in einem unlösbaren Widerspruch bewegen. Wir verlangen Geld von Deutschland, das keines hat, und wir kaufen Materialien von Ländern, die uns wegen der Unterwertigkeit unseres Geldes exorbitante Preise dafür auferlegen. Wenn uns das zahlungsunfähige Deutschland statt dessen Baustoffe und Arbeitskräfte anbietet, weshalb sollen wir von beiden nicht Gebrauch machen?«

Basly, der alte Bergarbeiterführer, brachte als Bürgermeister von Lens mehr die Schmerzen der betroffenen Bevölkerung zum Ausdruck:

»Die sinistrés [ein neugebildetes Wort von der Art unserer *Kriegsbeschädigten*] haben allen Anlaß zu klagen. Man hat uns viel versprochen.... Wir haben geduldig gewartet. Aber was geschah? Die Ersatzansprüche, die uns zustanden, wurden herabgesetzt, zum Teil aufgehoben. Und Geld? ... So hat sich die Erbitterung bei den Einwohnern unserer Bezirke immer schärfer ausgeprägt. Wie sogar Regierungsvertreter zugestehen, können wir noch nicht einmal für dieses Jahr auf den wirklichen Beginn des Wiederaufbaus hoffen. Was sollen wir anfangen, an wen sollen wir uns halten? Die Confédération générale du travail, nachdem sie eine eingehende Enquete über

1) Siehe auch die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 345 f.

die Größe unseres Notstands unternommen hat, schlägt uns jetzt eine gemeinsame Prüfung vor, auf welchem Weg man am raschesten wieder aus dem Zusammenbruch herauskommen könne. Wir sind es uns selber schuldig die von ihr unterbreiteten Vorschläge in Erwägung zu ziehen.«

Jouhaux selber betonte vor allem die Notwendigkeit der deutschen und der internationalen Mitwirkung:

»Die gegenwärtige Lage verträgt keine längere Dauer, weder vom nationalen noch vom internationalen Standpunkt. Mit unseren Finanzen sind wir am Ende, dabei haben die Wiederaufbauten kaum noch begonnen ... Eine staffelweise Wiederherstellung in 30 oder 40 Jahren ist für uns undenkbar. In 30 oder 40 Jahren ist es zu spät für das Wiedererstehen unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit ... Demnächst wird in Amsterdam die Gewerkschaftsinternationale über diese Frage beraten. Die deutschen Arbeiter werden uns einen Aktionsplan unterbreiten. Wir werden ihn in Erwägung ziehen. Gelingt es uns für diesen Plan auch die Zustimmung der Bevölkerung unserer zerstörten Gebiete zu gewinnen, so verkörpern wir eine so ansehnliche Macht, um endlich auch die Regierung zur Beschreitung eines praktischen Weges zu zwingen. Die Methoden des Krieges liegen hinter uns, nur die Methoden der schaffenden Arbeit vermögen die uns quälenden Leiden zu heilen.«

Die Teilnehmer erklärten sich einstimmig mit den entwickelten Anschauungen einverstanden. Aber schon in der Kammersitzung vom 30. März wandten sich Loucheur, der kapitalistisch geschäftige Minister für die befreiten Gebiete, und Crespel, ein Deputierter aus dem Norden, gegen die geplante Aufbauinternationale der Gewerkschaften. Für Loucheur ⟨der aber, wie nicht vergessen werden darf, schon gleich nach Friedensschluß die Heranziehung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs verlangt, und der sich auch jetzt wieder dafür ausgesprochen hat⟩ war es eine Zumutung, daß in Frankreich beschäftigte deutsche Arbeiter zugleich, wie in Aussicht genommen, in irgendeiner Form Mitglieder des französischen Bauarbeiterverbandes werden könnten, und Crespel verstieg sich sogar zu dem Ausruf: »Keine zweite Invasion! Ehe wir wieder die Deutschen bei uns erblicken, wollen wir lieber unsere Ruinen behalten.« Worauf ihm Lebas, gleichfalls dem Kriegsgebiet entstammend ⟨er wurde als Bürgermeister von Roubaix von den Deutschen gefangen gesetzt⟩, eindruckvoll antwortete:

»Wir können über Deutschland den Stab brechen, aber das gibt unseren Vertriebenen, die kein schützendes Dach über sich haben, kein Brett und keinen Ziegel. Fragen Sie doch jene, die in Löchern und Höhlen hausen, was sie von einer begrenzten, wohlgeordneten Anteilnahme der deutschen Arbeitskraft an der Beseitigung ihres Ruins halten. Ihre Antwort wird zweifellos mit der unsern übereinstimmen.«

GLEICHZEITIG offenbarte sich weit über die Grenzen Frankreichs hinaus in der Arbeiterschaft eine fast allgemeine Annäherung an das hier in den Sozialistischen Monatsheften von Anfang an und mit steigendem Nachdruck vertretene deutsch-französische Kooperationsprogramm.

Erst verlangten vereint der Parlamentarische Ausschuß des englischen Gewerkschaftskongresses und das Exekutivkomitee der englischen Arbeiterpartei (bekanntlich der Zusammenfassung von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterorganisation Englands) »Wiederaufrichtung der ruinierten Wirtschaft des Kontinents und die praktische Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen, nicht die Erzwingung einseitiger Zahlungen«. Vor allem müsse der Frankreich zugefügte Schade ersetzt werden, und hier würde sich in erster Linie empfehlen, »wenn dies, soweit die französische Stimmung und die französischen Interessen es erlauben, durch deutsches Material geschehe. Keine Forderung ist dringender als diese.«

Die jüngsten internationalen Zusammenkünfte in Amsterdam, erst von gewerkschaftlicher, dann vollständig in deren Spuren wandelnd von politischer Seite, lassen die ganze Grundfrage und ihre Beantwortung bereits erfreulich ausgereift erscheinen, so sehr die Einzelheiten der Forderungen noch entwickelungs- und verbesserungsfähig sein mögen. Wir halten uns im folgenden an die Vorschläge, die die französische Sektion der Arbeiterinternationale unter dem 25. März ihren näher Verbündeten, der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unterbreitete, und die im wesentlichen allseitige Unterstützung fanden, wobei die Konferenz »erfreut feststellen konnte, daß die Richtlinien durchweg von den allgemeinen Grundsätzen inspiriert sind, von denen sich auch der Internationale Gewerkschaftsbund hat leiten lassen«.

Mit Recht weist dieses französisch-internationale Arbeiterprogramm es ab »das Wiedergutmachungsproblem zu lösen durch mehr oder weniger willkürliche Aufrechnungen von Milliarden und durch rein finanzielle und gleichzeitig demagogische Mittel, die verhängnisvoll zu endlosen Auseinandersetzungen und schließlich zu Konflikten führen müssen«. Schon wegen des Wechsels der weltwirtschaftlichen Verhältnisse sei es unmöglich derartige langfristige eingehende Rechnungen zu entwerfen, die außerdem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit niemals genügend zu berücksichtigen vermögen und deshalb, gewollt oder nicht gewollt, zu aufreizenden Zwangsmaßnahmen und militärischen Besetzungen führen. Maßgebend habe nur ein Ziel zu sein: die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung Europas, wobei natürlich der rascheste Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gegenden Frankreichs und Belgiens in erste Linie zu rücken hätte. »Die offene Wunde in der Flanke Frankreichs muß geschlossen werden, damit sie nicht ständig neue Konflikte und neuen Völkerhaß erzeugt.« Für Frankreich sei, den Anregungen des Wirtschaftsrats der Confédération générale entsprechend, ein nationales Wiederaufbauamt (aus Vertretern der Geschädigten, der Arbeiter und Techniker, ferner des Staates) zu errichten, das die Reihenfolge der vorzunehmenden, dringlicheren oder weniger drängenden Arbeiten festzustellen, den Bedarf an Stoffen und Arbeitskräften sowie die lokale und inländische Leistungsfähigkeit abzuschätzen hätte. Der Gesamtabschluß wäre einem zu schaffenden Internationalen Aufbauamt zu übermitteln, das unter besonderer Heranziehung Deutschlands die so festgestellten Bedarfe durch Materialien sowie Arbeitsleistungen zu befriedigen hätte:

»Deutschland könnte mit seinen Arbeitern und Materialien in den noch näher zu bestimmenden Landstrichen die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen, Dörfern übernehmen, auf Grund der Pläne, die in Übereinstimmung mit den Gemeindeverwaltungen der verwüsteten Gegenden und mit den französischen Technikern und Arbeitern entworfen sind. Die Konferenz würde in diesem Fall der französischen und der deutschen Regierung vorschlagen, daß die herangezogenen deutschen Arbeiter in selbstverwaltenden Aufbauverbänden organisiert würden unter Berücksichtigung der Richtlinien, die die Bauarbeiterverbände als maßgebend für die Arbeitsbedingungen festgelegt haben. Sie verlangt auch, daß, was die Arbeiten der Privatunternehmer betrifft, das Wiederaufbauamt alle Maßregeln trifft, um jeden Wuchergewinn zu verhindern.«

Das internationale Sanierungsamt habe für alle Länder als Zentralstelle zur Produktionsförderung und Produktionsausgleichung zu wirken. Außerdem habe es die Anleihen zu ermöglichen, mit denen den einzelnen Ländern beigesprungen werden müsse. Die Confédération und die Gewerkschaften dachten

sich dieses Sanierungsamt enger in Verbindung mit dem Völkerbund und forderten demgemäß sofortige Aufnahme Deutschlands in den Bund. Die politische Internationale hat aus vielleicht naheliegenden Gründen von dieser bestimmtern und an sich nebensächlichen Verknüpfung abgesehen: ist doch das internationale Produktionszusammenwirken das zweifellos Wichtigere und Entscheidendere gegenüber den etwas kunterbunten und zum Teil bedenklichen Bestrebungen, denen der Völkerbund sein Dasein und seine Gestaltung verdankt.

Ohne die engeren Beziehungen zum Völkerbund würde sich wahrscheinlich auch die Angliederung Amerikas leichter vollziehen, die vor allem wegen der Anleihefrage gar nicht zu entbehren ist. Frankreich legt seit jeher auf die Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten hohen Wert. In seiner Rede vor den Vertretern der zerstörten Gebiete sprach Jouhaux gleichfalls mit besonderer Betonung von der ausdrücklich kundgegebenen Bereitwilligkeit Amerikas, die jedoch von einer Verständigung der Arbeiterorganisationen mit der Regierung abhängig gemacht worden sei. Näheres über diese Stellungnahme Amerikas, die auch vor der Kammer wiederholt erwähnt wurde, ist aus den Preßmitteilungen nicht zu ersehen. Aber jedenfalls darf man sagen: Ein durch das Einvernehmen Deutschlands und Frankreichs in Angriff genommener Wiederaufbau würde die Bereitwilligkeit Amerikas bis zur überhaupt erreichbaren Stärke erhöhen. Denn Konkurrenzbefürchtungen der Vereinigten Staaten gegen Deutschland kommen hierbei kaum in Betracht.

Alle Einzelfragen führen so auf das Zentralproblem unserer ganzen Übergangszeit und Zukunft zurück: auf die produktive Wiederbelebung des ehemaligen jahrelangen Hauptkriegsschauplatzes und auf die Erringung der dafür grundlegenden wirtschaftlich-politischen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich. Alles Übrige folgt daraus ganz von selber.

HEINRICH STÜHMER · DIE WARENVERSORGUNGSSTELLE DEUTSCHER GEWERKSCHAFTEN

ICH gehe von der wohl unbestreitbaren nüchternen Tatsache aus, daß die Tausende und Millionen des Volkes wohl dringend sich Kleidungsstücke kaufen möchten und müßten, daß ihnen aber trotz aller gesteigerten Lohneinnahmen die Kosten der Anschaffung zu hoch sind, weil die Ernährung den Hauptteil ihres Einkommens verschlingt.« So schrieb ein Berliner Wäschefabrikant in einem Artikel des Konfektionärs über den Preisabbau in der Bekleidungsindustrie. Der betreffende Geschäftsmann redet seinen Kollegen ins Gewissen, daß sie sich mit einem geringern Gewinnanteil begnügen möchten, um die Preise auf ein für die geschwächte Kaufkraft des Publikums erträgliches Maß herabzusetzen. Außerdem weist er dort darauf hin, welch langen Weg die Ware aus ausländischem Rohstoff noch im Inland macht, ehe sie zu dem Verbraucher gelangt. Dieser Weg gestaltet sich danach folgendermaßen: »Der Rohstoff, zum Beispiel Baumwolle, der vom Auslande bezogen werden muß, und dessen Preis daher vom Stande der Valuta abhängig ist, wird vom Spinner mit Gewinn an den Weber verkauft. Dieser gibt seine Ware mit Nutzen an den Stoffgroßhändler; der Stoffgroßhändler, beziehungsweise der Ausrüster, der seine Beteiligung am Produktionswerdegange durch ein Preiskartell geregelt hat,

gibt die Ware an den Verarbeiter (Fabrikanten), der Fabrikant an den Kleinhändler (Detaillisten), dieser erst an den Verbraucher weiter. Der Preisaufschlag, der bei jedem Übergang erhoben wird, ist ein der allgemeinen Lebenshaltung, also den allgemeinen Unkosten entsprechend hoher, er muß aber auch ein hoher sein, im Hinblick auf die Rückschläge, die ein vorsichtiger Kaufmann gegenüber unserer Gesamtlage, sowie dem Schwanken der Valuta, erwarten muß.« Der Appell an die Unternehmer geht dann dahin, daß diese, nachdem sie in den letzten 2 Jahren die angemessenen Gewinnaufschläge genommen haben, nun dazu übergehen möchten den Gewinn abzubauen und zu versuchen durch niedrige Preisstellung den Absatz zu heben. Dadurch würde erreicht werden, daß das Publikum wieder kaufen kann, daß mehr Arbeitsgelegenheiten geboten und entsprechend mehr Arbeiter beschäftigt werden, wodurch die Lasten der Arbeitslosenunterstützung herabzumindern seien.

Das sind zweifellos sehr beherzigenswerte Lehren, die leider fast gar nicht befolgt werden. Im Gegenteil, es werden Fabrikantenkonventionen gebildet zu dem Zweck die Preise, solange es nur irgend geht, hochzuhalten, um beim Jahresabschluß hohe Dividenden verteilen zu können. Die Beweise dafür sind ebenfalls vor einigen Monaten von einem Organ der Kleinhändler geführt worden. Was bleibt also anderes übrig, als daß die Verbraucher sich selbst helfen und, um nicht erst wieder eine neue Organisation aufzubauen, die vorhandenen gewerkschaftlichen Verbände dazu benutzen eine Verbilligung der Waren herbeizuführen? Das ist denn auch im November 1920 durch die Gründung der Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften geschehen.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften und der Deutsche Beamtenbund, vertreten durch den Beamtenwirtschaftsbund, haben mit dem Deutschen Reich, vertreten durch den Reichsarbeitsminister, einen Vertrag geschlossen, wonach das Reich den einzelnen genannten Gewerkschaften Kredite in Höhe von 25 Millionen Mark gegen 5¼ % Jahreszinsen gewährt. Diese Mittel dürfen aber nur für die Versorgung der Mitglieder mit verbilligter Kleidung und zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Textil- und Schuhgewerbe durch Vergebung großer Aufträge an die Fabrikanten angewendet werden. Die Waren sind möglichst unter Ausschaltung des Handels vom Erzeuger direkt an den Verbraucher abzuführen. Der Aufschlag soll nicht höher sein als nötig ist, um die aus der Warenvermittlung und Warenverteilung entstehenden Unkosten zu decken. Um das Risiko möglichst niedrig zu halten, sollen keine großen Läger angelegt und gehalten werden; die Bestellungen werden vielmehr nach gelieferten Mustern von den Ortsausschüssen der Verbände gesammelt und der Warenversorgungsstelle in Berlin übermittelt. Diese gibt die so gesammelten Aufträge an die Fabrikanten, mit denen sie vorher Preise und Zahlungsbedingungen vereinbart hat, und von dort aus werden sie direkt an die Besteller gesandt. Das Reich hat sich die Kontrolle über folgende Punkte vorbehalten: 1. welche Industriebezirke und welche Unternehmungen bei der Auftragsvergebung berücksichtigt werden sollen, 2. welche Unkostenvergütung der Warenversorgungsstelle zu bewilligen ist. Zur Überwachung der Ausführung dieser Bestimmungen entsendet das Reich einen Vertreter in den von den Gewerkschaften eingesetzten Kontrollausschuß; er besitzt die Rechte eines Aufsichtsrats mit beratender und beschließender Stimme. Müssen die eingekauften Waren wegen

veränderter Marktlage unter dem Einstandspreis abgegeben werden, so trägt das Reich den hierdurch entstehenden Verlust bis zur Höhe der durch den Gesamtumsatz der Warenversorgungsstelle ersparten Erwerbslosenunterstützung im Sinn der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 10. Januar 1920, höchstens jedoch im Betrag von 10 Millionen Mark, soweit dieser Verlust nicht aus vorhandenen Reservefonds gedeckt werden kann. Diesem Vertrag haben sich später die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen, so daß die Gesamtorganisation 11 Millionen Mitglieder umfaßt. Nur dadurch, daß die Ortsausschüsse dieser genannten Organisationen sich in den Dienst der Sache stellten, war es möglich innerhalb kurzer Zeit einen verhältnismäßig guten Umsatz zu erzielen.

Alle Versuche der Händler diese Einrichtung zu diskreditieren haben ihr keinen Abbruch zu tun und die Entwickelung nicht zu hemmen vermocht. Wie lange diese Hilfsaktion aufrechterhalten werden muß, um dem Handel gegenüber preisregulierend zu wirken, das wird jedenfalls von der fernern Preisgestaltung dieser Waren abhängen. Es ist nur noch zu bemerken, daß bereits früher einzelne Gewerkschaftsverbände, Kartelle oder Betriebsräte größerer Fabriken Waren gleicher Art, teilweise auch Lebensmittel, unter Umgehung des Handels an die Verbraucher abgegeben haben. Das ist der beste Beweis dafür, daß das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung schon früher bestanden hat, daß es besser ist die Sache zu zentralisieren, um die Macht der Arbeiter als Verbraucher endlich einmal zusammenzufassen, damit sie so auf die Gestaltung der Warenpreise einwirken können.

Damit kommen wir dann auf den Punkt, der auch bereits in der Presse erörtert wurde, ob sich die Gewerkschaften nicht einen Übergriff gegenüber den Konsumgenossenschaften erlaubt haben, die bisher auf Grund der bestehenden Arbeitsteilung dieses Feld mit Recht allein für sich zu beanspruchen hatten.[1] Dazu ist zu sagen, daß mit einer Vertretung der Großeinkaufsgesellschaft und des Zentralverbands deutscher Konsumvereine eine Aussprache stattgefunden hat, die kein positives Resultat ergab. Die größte Schwierigkeit mußte an den Orten entstehen, wo die Konsumvereine Lagerbestände der betreffenden Warengattungen besaßen, bei denen sie kein Interesse hatten eine Preisherabsetzung herbeizuführen, weil diese für die Genossenschaft einen Verlust bedeutet hätte. Auch glaubten die Genossenschaften mit dem geringern Spesensatz nicht auskommen zu können. Dagegen hätten die Konsumvereine, die bisher nur Lebensmittel führten, diese Warenverteilung sehr gut mit übernehmen können, und sie haben es zum Teil auch getan. Die Hauptschwierigkeit bestand aber darin, daß der ganze vorhandene Organisationsapparat in den Dienst dieser Sache hätte gestellt werden müssen, wozu sich die Konsumvereinsvertretung nicht bereit erklären wollte. Man kann der Meinung sein, daß hier eine günstige Gelegenheit zu einer schnellern Entwickelung der Konsumgenossenschaften verpaßt worden ist. Sollten die Gewerkschaften diese volkswirtschaftliche Pflicht nun aber ebenfalls unterlassen, weil sie nach ihren Statuten nicht dazu berufen waren? Das war die Frage. Kam man im Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds und der anderen

1) Welche Bedenken gegen die Übernahme von Genossenschaftsaufgaben durch Berufsorganisationen geäußert werden können, ist in der Rundschau Genossenschaftsbewegung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 306 f., dargelegt worden.

genannten Organisationen zu der Überzeugung, daß die Konsumvereine nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiterschaft mit Bekleidungsgegenständen versorgen könnten, und auch darin in absehbarer Zeit keine Änderung eintreten würde, kam man ferner zu der Überzeugung, daß die geplante Warenbeschaffung der Gesamtarbeiterschaft zum Nutzen und Segen gereichen werde, dann mußten sie die Sache unterstützen, damit der Aufbau möglichst schnell vor sich gehen könne. Der Streit darüber, ob sie dem Arbeitsgebiet der Gewerkschaften oder dem der Genossenschaften angehört, muß so lange zurückgestellt werden, als es darauf ankommt das gesteckte Ziel überhaupt zu erreichen. Dieses Ziel muß sein: der Organisation der Arbeiter auch als Konsumenten einen neuen Impuls zu verleihen, sie schneller zusammenzuführen, als dies bisher möglich war, ihnen die Vorteile gemeinsamen genossenschaftlichen Einkaufs rascher zu verschaffen. Denn in dieser Zeit außergewöhnlicher Teuerung muß doch der Nutzen aller, die nur irgendwie erreichbar sind, uns höher stehen als der einer kleinen Zahl, die in der glücklichen Lage war ihren Bedarf an Bekleidung in ihren Konsumvereinen befriedigen zu können. Außerdem muß der Preisabbau mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln nicht nur in den Groß- sondern auch in den Mittel- und Kleinstädten gefördert werden, wenn wir wieder zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen wollen. Die Gewerkschaften werden ohnehin keine Neigung verspüren diese ihnen neu aufgebürdete oder auch freiwillig von ihnen übernommene Arbeit dauernd auf sich zu nehmen.

Die Erbitterung gegen den die Waren übermäßig und unnötig verteuernden Handel ist zurzeit immer noch groß, und es ist vielleicht noch nicht zu spät, wenn die Konsumvereine sich darauf einrichten später einmal die Erbschaft der gewerkschaftlichen Warenversorgungsstelle zu übernehmen und das angefangene Werk fortzuführen. Die einmal zusammengeschlossenen Verbraucher dürfen nicht wieder dem Händler zugeführt, sie müssen ⟨und das ist nicht etwa ein bloßes Konsumenteninteresse sondern wirkt gerade produktionsfördernd⟩ genossenschaftlich erzogen und geschult werden. Das muß Ziel und Ergebnis der gewerkschaftlichen Warenversorgung sein.

WALT WHITMAN · EIN GARTEN DIE WELT · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

EIN Garten steigt neu mir die Welt herauf:
Zeugungskräftige Paare, Töchter, Söhne — ein Vorspiel.
Die Liebe, das Leben ihrer Leiber, Sinn und Sein.
Verwundert gewahr ich mein Auferstehen nach Schlummer.
Die rollenden Zeitkreise haben auf ihrem weiten Umlauf mich wieder gebracht,
Liebeglühend, gereift; alles ist voll Schönheit mir und Wunder:
Meine Glieder und das schauernde Feuer, das sie durchspielt, aus Gründen, wundersamsten.
Seiend tauch' ich auf und dringe weiter durch,
Zufrieden mit der Gegenwart, zufrieden mit Vergangenem.
An meiner Seite oder hinter mir Eva,
Oder vor mir und ich hinter ihr folgend: es ist ganz das gleiche.

ALFRED MARCUS · DIE OSTJÜDISCHE DURCHWANDERUNG

HEUTE begreifen wir mehr denn je die sogenannte jüdische Frage als ein Wanderungsproblem, wie dies als erster Maxim Anin, in seinem vor 12 Jahren hier veröffentlichten Artikel, getan hat.[1] Während alle anderen Kulturvölker über eigene und im großen und ganzen fest begrenzte Wohnplätze verfügen, auf denen sie mit relativer Sicherheit der Lösung nationaler, sozialer und geistiger Aufgaben zustreben können, hat das jüdische Volk bisher noch kein Land okkupiert. Es befindet sich in einer ständigen Bewegung, die wiederum eine mehr oder minder häufige Verlagerung seines Schwerpunkts bewirkt. Der letzte derartige Wechsel hat vor zirka 400 Jahren stattgefunden, und zwar mit der Tendenz vom Westen nach dem Osten. Die Bewegung des jüdischen Zentrums, die wir heute erleben, geht auf einer Linie vor sich, deren Ausgangspunkt in Osteuropa, deren Endpunkt in Nordamerika liegt. Die hierdurch eindeutig bestimmte Richtung der gegenwärtigen jüdischen Wanderung vom Osten nach dem Westen schließt die geographische Notwendigkeit in sich, daß ein großer Teil der jüdischen Wanderer ⟨von Aus wanderern kann man in unserm Fall schlechterdings nicht reden⟩ seinen Weg über Deutschland nimmt. Andere Gründe nach Deutschland zu kommen liegen für den Ostjuden im allgemeinen nicht vor. Deutschland bietet heute für eine irgendwie geartete Einwanderung keinerlei Anreiz, und am allerwenigsten für Ostjuden. Wenn wir im gegenwärtigen Moment in Deutschland trotzdem eine jüdische Durchwanderung sehen, so haben wir die Gründe hierfür ausschließlich außerhalb des Macht- und Willensbereichs des jüdischen Volkes in Tatsachen zu suchen, deren Vorhandensein und Wirksamwerden nicht zuletzt auf das Schuldkonto derjenigen Völker zu setzen ist, die sich heute durch die jüdische Transmigration beschwert fühlen.

Mit dieser Durchwanderung, die nach der 5 Jahre durch den Krieg erzwungenen Stauung zu Anfang des Jahres 1919 mit geradezu explosiver Gewalt wiederbegann, entstanden für die Juden im allgemeinen und für die deutschen Juden im besondern Aufgaben, deren Lösung von anderen Völkern nur mit Anspannung aller Mittel der Staatsmaschinerie versucht zu werden pflegt. Während nämlich ein großer Teil der Durchwanderer ohne alle Mittel in geradezu kopfloser Flucht in Deutschland anlangte und hier vollkommen rat- und hilflos dastand, waren auf der andern Seite große Schwierigkeiten zu überwinden, ehe die jüdischen Hilfsinstitutionen von den deutschen Behörden, wenn auch keine Förderung, so doch wenigstens keine Behinderung in einer Tätigkeit erfuhren, deren Ausübung auch vom deutschen Standpunkt aus gesehen wesentlich und wertvoll war. Auf diese Tätigkeit soll hier kurz eingegangen werden. Sie ist sehr ausgedehnt und findet als wichtige Ergänzung behördlicher Maßnahmen und als wirksame Zentralisierung privater Fürsorge allmählich Anerkennung.

Die sozialen Institutionen der jüdischen Gemeinden und die privaten jüdischen Fürsorgevereinigungen, die beide eine rein philanthropische und nur für die Bewältigung verhältnismäßig kleiner Aufgaben geeignete Struktur

1) Siehe Anin Die Judenfrage als Wanderungsproblem, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 II, Seite 849 ff.

aufweisen, waren in ihrem Status zu Beginn des Jahres 1919 den plötzlich an sie herantretenden enormen Anforderungen in keiner Weise gewachsen. Sie hatten vor allen Dingen keinerlei Möglichkeit die notwendig werdende konsularische Vertretung der Durchwanderer den deutschen Behörden und den auswärtigen Paßstellen gegenüber zu übernehmen. Aus diesem Grund wurde zunächst in Berlin unter Zusammenschluß der großen jüdischpolitischen und -sozialen Organisationen einschließlich der jüdischen Gemeinde eine Einrichtung geschaffen, die unter dem Namen Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands das bereits während des Krieges gegründete Jüdische Arbeiterfürsorgeamt übernahm und zu einer leistungsfähigen Flüchtlingsfürsorge ausbaute. Dies geschah im März 1920. Kurze Zeit darauf wurde das Arbeiterfürsorgeamt von den amerikanischjüdischen Hilfsinstitutionen mit der Verteilung des auf Deutschland entfallenden Kontingents an amerikanischen Hilfsgeldern für die europäischen Juden beauftragt, so daß seine Tätigkeit in einem gewissen Umfang und für eine gewisse Zeit auch in dieser Hinsicht gesichert war. Es konnte außerdem im Lauf der Zeit eine Anzahl von Unterstellen im Reich geschaffen werden, denen die örtliche Fürsorgearbeit obliegt, und die diese in engstem Konnex mit der Berliner Zentrale zu bewältigen suchen.

Die politischen Wirren im Osten Europas, die teilweise ganz skandalöse Haltung der Konsulate einiger osteuropäischer Staaten den Juden gegenüber und in vielen Fällen auch die kopflose, ohne Überlegung ausgeführte Flucht vor Pogromen bringen es mit sich, daß eine Anzahl von Durchwanderern in Deutschland ohne genügende Personalpapiere eintrifft. Dieser Tatsache hat der preußische Minister des Innern in seinem Erlaß vom 1. November 1919 insofern Rechnung getragen, als er das Arbeiterfürsorgeamt mit der Prüfung und Feststellung der Personalverhältnisse ostjüdischer Flüchtlinge beauftragte und ihm das Recht gab sich arbeitswilliger und einwandfreier Leute anzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu legaler polizeilicher Anmeldung, Beschaffung von Lebensmittelkarten usw. zu gewähren. Auf diese Weise konnte eine ganze Anzahl von Leuten vor unnötigen und zum Teil grausamen Schikanierungen und Bedrohungen geschützt werden. Eine dringende Notwendigkeit besteht ferner in der Unterbringung der Emigranten in geeigneten Quartieren. Noch bis zur Mitte des Jahres 1920 war es auch in Berlin möglich einem kleinen Teil der Leute Einzelwohnungen zu vermitteln, und zwar in gemeinsamer Arbeit mit den zuständigen Wohnungsämtern. Die ständig wachsende Wohnungsnot machte es jedoch notwendig ein Massenquartier zu schaffen. Dieses wurde in dem Asyl des Berliner Asylvereins in der Wiesenstraße gefunden, in dem zurzeit etwa 500 jüdische Emigranten beherbergt werden. Auch ihre Verpflegung und ärztliche Versorgung wird dort bewerkstelligt. Um solche Leute, die Deutschland ohne Aufenthalt passieren, vor Ausbeutung und Irreführung zu schützen, ist ein jüdischer Bahnhofsdienst eingerichtet, der in Berlin zentralisiert und aus organisatorischen Gründen dem Jüdischen Arbeitsamt unterstellt ist.

Die Tätigkeit der letztgenannten Stelle erstreckt sich in der Hauptsache auf die Arbeitsbeschaffung. Diese kommt naturgemäß nur für solche Durchwanderer in Frage, denen es aus Mangel an Mitteln oder aus anderen Gründen nicht möglich ist Deutschland in kurzer Zeit wieder zu verlassen. Die Arbeitsbeschaffung geschieht in Fühlung mit den Landesarbeitsämtern; ihre Erfolge

sind, wenn man die aus den Demobilmachungsbestimmungen gerade für Ausländer erwachsenden Schwierigkeiten berücksichtigt, relativ gut. Sie haben vor allem gezeigt, daß der Ostjude auch in den Schwerarbeitsberufen der Landwirtschaft und des Bergbaus, für die die Bestimmungen der Demobilmachungsämter zeitweise keine Geltung hatten, über Erwarten Gutes zu leisten imstande ist. Die Anzahl der in diese Berufe überführten jüdischen Arbeiter ist besonders in Westdeutschland recht beträchtlich. In jüngster Zeit ist der Versuch gemacht worden durch Gründung von Produktivgenossenschaften jüdischer Handwerker die Möglichkeiten zur Ergänzung der Arbeitsbeschaffung zu studieren. Abschließendes kann über diesen Versuch noch nicht gesagt werden. Es scheint, als könnte man mit diesen Genossenschaften bessere Resultate erzielen als mit ähnlichen Unternehmungen deutscher Handwerker.

Dies ist in großen Zügen der Rahmen, in dem die Juden Deutschlands heute der Aufgabe, die ihnen aus der ostjüdischen Durchwanderung erwächst, gerecht zu werden versuchen. Vieles hiervon bedarf dringend der Ergänzung und Erweiterung, manches ist mißlungen. Gewiß ist aber, daß zum erstenmal seit langer Zeit in Deutschland eine jüdische Arbeit geleistet wird, die nicht von der Geste des Gebens begleitet, nicht philanthropisch verbrämt wird. Schon das allein macht sie wertvoll.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Wiedergutmachung: Vorschläge und Maßnahmen

Über die Verhandlungen der Konferenz in London, die sich vom 1. bis zum 7. März fast ausschließlich mit der Reparationsfrage beschäftigte, hat die deutsche Regierung ein Weißbuch erscheinen lassen, in dessen Mittelpunkt das deutsche Angebot steht. Obwohl dieses von den Alliierten einmütig abgelehnt wurde, ist es von Wert seinen Inhalt hier festzuhalten.

Das deutsche Angebot berechnet den Jetztwert der geforderten Jahreszahlungen auf »etwas über 50 Milliarden Goldmark«. Von dieser Summe soll aber der »Wert der Vorleistungen« abgezogen werden, von dem gesagt wird, »es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission« ihn »baldmöglichst feststellte«. Obgleich der Wert der deutschen Vorleistungen, »soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind«, im deutschen Angebot nicht einmal schätzungsweise berechnet ist, weiß man aus früheren Äußerungen der Reichsregierung, daß sie ihn auf 20 Milliarden Goldmark veranschlagt, was aber von der Gegenseite als um 9 bis 10 Milliarden zu hoch gegriffen bezeichnet wird. Von der Summe: 50 Milliarden — x Milliarden (Vorleistungen) versprach das deutsche Angebot etwa 8 Milliarden zu mobilisieren. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor »eine Anleihe . . . auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1½ % nach 5 Jahren einsetzen.« Für den Dienst der Anleihe versprach das deutsche Angebot »den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu geben«. Abgesehen von dem Dienst dieser Anleihe, der mit zirka 10 Milliarden Papiermark wohl nicht zu hoch veranschlagt wird, erbot sich die deutsche Regierung den Siegerstaaten noch jährlich Güter (Sachleistungen) im Wert von 1 Milliarde Goldmark zu liefern.

Was den Wiederaufbau Nordfrankreichs betrifft, der den Ausgangspunkt und das Kernstück des deutschen Gegenvorschlags hätte bilden müssen, so findet sich im deutschen Angebot darüber nur ein einziger Satz: »Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken.« Über den Umfang dieser Arbeitsleistungen wird nur gesagt, daß ihr Wert auf die jährliche deutsche Sachleistung im Betrag von 1 Milliarde Goldmark zu ver-

rechnen ist. Da nach dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags für 1921 für die Lieferung von Kohlen, Farbstoffen und anderen Erzeugnissen 8,6 Milliarden und für die Lieferung von Vieh 3 Milliarden Papiermark vorgesehen sind, so erweckt jener Verrechnungsmodus den Eindruck, als ob die Arbeitsleistungen, die Deutschland im zerstörten Gebiet übernehmen will, nur als wenig umfangreich gedacht waren. Im ganzen stellte das deutsche Angebot den Siegern eine jährliche Kontribution im Wert von zirka 20 Milliarden Papiermark teils in Gold teils in Sachleistungen in Aussicht. Sofern diese Kontribution zur Verzinsung der Gesamtkriegsschuld nicht ausreichen sollte, soll »der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen werden«. Einen sogenannten Besserungsschein auszustellen lehnte das deutsche Angebot mit der Begründung ab, daß die Kontribution von zirka 20 Milliarden Papiermark sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründe, sondern »eine vernünftige Einschätzung der Zukunft« schon in Rechnung stelle.

Die Antwort der Alliierten auf das deutsche Angebot gab am 3. März die Rede Lloyd Georges, in der erneut das Verlangen nach einer weit höhern jährlichen Beisteuer Deutschlands zu den Kriegslasten der Sieger mit der deutschen Schuld am Krieg moralisch gerechtfertigt und eine Aufzählung der Zerstörungen in Nordfrankreich gegeben wird, denen gegenüber das deutsche Angebot lächerlich gering erscheine. Die Rede Lloyd Georges schloß mit der Androhung folgender Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung der von Deutschland zu zahlenden Kriegsentschädigung: 1. Besetzung der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf; 2. Erhebung einer Importabgabe von der deutschen Ausfuhr nach den alliierten Ländern; 3. Beschlagnahme der im besetzten Gebiet erhobenen Zölle; 4. Erhebung von Zöllen am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe zugunsten der Alliierten.

Die Androhung der Zwangsmaßnahmen bestimmte Simons zu einem noch weitergehenden Angebot, in dem er wiederum seltsamerweise dem Wiederaufbau keinen größern Anteil einräumte, obschon das einzige Gebiet, auf dem Deutschland sich zu Mehrleistungen hätte verpflichten können, das der Arbeitsleistungen war. Da auch das zweite deutsche Angebot in London von den Alliierten nicht als Grundlage zu neuen Verhandlungen anerkannt werden konnte, wurden diese abgebrochen. Inzwischen sind Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf besetzt worden. Auch die Beschlagnahme der Zölle im Westen ist Wirklichkeit geworden. Was die Importabgabe anlangt, so haben dahingehende Gesetze, die die Beschlagnahme von 50 % des Werts der deutschen Einfuhr ermöglichen sollen, die Zustimmung der britischen und der französischen Volksvertretung gefunden. Es verdient Erwähnung, daß in der französischen Kammer das Gesetz über die Beschlagnahme des Werts der Hälfte der deutschen Ausfuhr nach Frankreich geradezu als ein französisches Opfer auf dem Altar der britischen Industrie bezeichnet wurde. In den anderen alliierten Ländern sind ähnliche Gesetze in Vorbereitung. Am 20. April ist auch die neue Zollgrenze am Rhein, die das besetzte Gebiet von Deutschland wirtschaftlich abtrennt, in Kraft getreten.

Inzwischen haben sich die Folgen der von der republikanischen Reichsregierung konsequent festgehaltenen angelsächsischen Orientierung unserer Außenpolitik weiter ausgewirkt. Auf Grund der Reden, die die französischen Minister im Senat und in der Kammer gehalten haben, ist kaum noch daran zu zweifeln, daß das Ruhrrevier mit Zustimmung Englands und Amerikas von französischen Truppen besetzt werden wird, wenn das neue Angebot der Reichsregierung nicht den Pariser Forderungen nahekommt. Die Besetzung des Ruhrreviers ist von der Entente als Pfändung der Reichtumsquellen dieses Gebiets gedacht. Zunächst scheint beabsichtigt zu sein einen Ausfuhrzoll auf die Ruhrkohle zu legen. Weiter will man aber auch sämtliche Steuereingänge des deutschen Kohlen- und Industriereviers beschlagnahmen. Auch vor dem Privateigentum soll nicht haltgemacht werden. Offenbar gehen die Absichten dahin ein Drittel des Privateigentums an den Großbetrieben auf die britische und französische Geschäftswelt zu übertragen.

Wiederaufbau Nordfrankreichs

Obwohl die Wiederaufbaufrage zunächst eigentlich ein wirtschaftliches und technisches Problem darstellt, erlangt nichtsdestoweniger jeder Schritt, der in dieser Angelegenheit unternommen wird, außenpolitische Bedeutung. Von außenpolitischer Bedeutung waren daher auch die Verhandlungen zwischen den fran-

zösischen und den deutschen Gewerkschaften über den Wiederaufbau, die vom August bis zum Anfang des Oktobers 1919 in Versailles stattfanden. Ein volles Einvernehmen wurde damals darüber erzielt, daß die französischen Arbeiter gegen die Teilnahme der deutschen Arbeiter am Wiederaufbau nichts einzuwenden hätten, und daß die deutschen Arbeiter im Wiederaufbaugebiet nicht schlechter gestellt werden dürften als die französischen Arbeiter. Praktisch bedeutungsvoll konnte die Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau freilich nur werden, wenn dieser sich unter Oberaufsicht des Staates vollzog, weil anders die zeitweilige Verpflanzung größerer Arbeiterheere nach den zerstörten Gebieten kaum auszuführen wäre. Behält man dies im Auge, so darf man sich nicht darüber wundern, daß der Gedanke der Beteiligung deutscher Arbeit am Wiederaufbau bei manchen französischen Unternehmern auf Widerspruch stieß. Auch daß dieser Widerspruch sich in das Gewand nationaler Bedenken hüllte, ist leicht begreiflich. Ganz falsch aber war es, wenn einige liberale Blätter den Beschluß des 3. Kongresses des Baugewerbes in Paris vom 20. Januar 1921, der sagt, »die Geschädigten würden es vorziehen ohne Unterkunft zu bleiben als ihre Ruinen von den Zerstörern wieder aufgebaut zu sehen«, als die Meinung des gesamten französischen Bürger- und Bauerntums verkündeten. Wie wenig das zutraf, zeigte einige Wochen später die günstige Aufnahme des Vorschlags des Abgeordneten Jean Hennessy in der französischen Öffentlichkeit, der eine schnelle Heranziehung deutscher Arbeit für den Wiederaufbau forderte. Noch stärker offenbarte sich aber der Umschwung in Frankreichs öffentlicher Meinung auf dem Kongreß des französischen Gewerkschaftsverbandes, der einen geradezu sensationellen Erfolg hatte. Er fand in der Osterwoche in Paris statt, und eine ganze Reihe von Orten aus dem zerstörten Gebiet hatte ihre Vertreter entsandt, darunter solche, die mit der Gewerkschaftsbewegung gar nichts zu tun haben. Bürgermeister, Genossenschaften der Geschädigten und politische Vereinigungen gaben diesem eigenartigen Kongreß geradezu den Charakter einer Tagung der Bewohner der zerstörten Gebiete. Von besonderer Bedeutung war das Referat des Sachverständigen der Confédération générale du travail. Er betonte, daß Frankreich nicht über die für das Riesenwerk des Aufbaus nötigen Arbeitskräfte verfüge. Man müsse sich an Deutschland um Mitarbeit wenden. »Hierin allein liegt die Lösung ... Während unserer langen Untersuchungen haben wir immer wieder die Geschädigten gefragt, was sie dazu sagen würden, wenn sie die wieder zu Gesicht bekämen, die ihre Häuser zerstört hätten. Die Antwort war, daß sie vor allen Dingen ihre Häuser wieder aufgebaut haben wollten, und daß es ihnen gleichgültig sei, durch wen.«

Es ist hervorzuheben, daß der Kongreß den Wiederaufbau in privatkapitalistischen Formen für ganz undenkbar hielt. Er sprach sich daher für eine Kombination genossenschafts- und staatssozialistischer Maßnahmen aus, die dem Wiederaufbau einen öffentlichrechtlichen Charakter geben sollen. Das genossenschaftssozialistische Prinzip soll Geltung erlangen einmal durch den organisatorischen Zusammenschluß der Geschädigten in einer Genossenschaft, sodann in der Bildung einer genossenschaftlichen Vereinigung der Techniker, Unternehmer und Arbeiter. Diese beiden genossenschaftlichen Gebilde sollen dann in Verbindung treten mit einer staatssozialistischen Organisation für den Wiederaufbau, die die Länder Frankreich und Deutschland umfaßt. Die Versammlung beschloß in Paris einen Kongreß der Geschädigten einzuberufen, der die praktischen Methoden des Wiederaufbaus festlegen soll.

Der große Erfolg, den dieser Kongreß in Frankreich hatte, gab am 30. März der französischen Kammer Anlaß zu einer Wiederaufbaudebatte, in der der Minister Loucheur heftige Angriffe gegen die deutsche Regierung richtete, die keinen guten Willen für den Wiederaufbau gezeigt habe. Hierauf hat die deutsche Regierung am 2. April durch das Wolffsche Bureau eine Antwort gegeben, in der die Angaben Loucheurs teils als unrichtig teils als ungenau hingestellt werden. Wo die Wahrheit liegt, wird sich sicher erst entscheiden lassen, wenn sich Deutschland zur Veröffentlichung seiner Wiederaufbauakten entschließt. Im übrigen zeigen auch der Verlauf der internationalen Konferenz der Gewerkschaften sowie die Konferenzen der beiden sozialistischen Internationalen in Amsterdam (siehe weiter unten die Rundschau Sozialistische Bewegung, Seite 360), daß die Frage des Wiederaufbaus immer sichtbarer zum Kernstück des ganzen Problems der Wiedergutmachung wird.

Habsburgs Restaurationsversuch

Am 27. März erschien Karl von Habsburg, der sich heimlich aus der Schweiz entfernt hatte, unerwartet in Budapest und suchte den Reichsverweser Nikolaus von Horthy auf. Der Zweck seines Besuchs war Horthy zu bestimmen ihn zum König des durch den Frieden von Neuilly zu einem Zwergstaat herabgedrückten Ungarn auszurufen. Horthy hat das Ersuchen Karls, das insoweit einen gewissen Sinn hatte, als Ungarn zurzeit nach seiner Verfassung ein Königreich ohne König ist, wegen der außenpolitischen Gefahren der Thronbesteigung eines Habsburgers abgelehnt. Die ungarische Nationalversammlung hat in der Plenarsitzung vom 2. April das Verhalten Horthys gebilligt. Ungarn bleibt also weiter eine in republikanischen Formen regierte Monarchie, ein Königreich mit einem Präsidenten an der Spitze. Die kurze Anwesenheit Karls in Ungarn ließ erkennen, daß Tschechien, Jugoslawien und Rumänien die habsburgische Gefahr sehr ernst beurteilten. Auch die große Entente sprach sich sehr entschieden gegen die Thronbesteigung der Habsburger aus. Im allgemeinen scheinen die Alliierten eine monarchische Restauration in Ungarn an und für sich als eine innere Angelegenheit dieses Zwergstaates anzusehen. Dagegen ist die Wiedereinsetzung der bei den Tschechen, Serben und Rumänen verhaßten Habsburger von der Kleinen Entente geradezu als casus belli bezeichnet worden.

Türkei

Man kann heute sagen, daß die Türkei mit ihren Bemühungen eine Revision des Vertrags von Sèvres herbeizuführen ebenso wenig Glück gehabt hat wie Deutschland mit seinen Versuchen eine Milderung des Vertrags von Versailles zu erlangen. Die Änderungen, die auf der Pariser und der Londoner Konferenz an dem Vertrag von Sèvres vorgenommen wurden, enthalten nirgends eine Preisgabe der für die Neugestaltung Vorderasiens geltenden Prinzipien. Was zunächst das besetzte Gebiet der Türkei betrifft, so sollen die Ententetruppen sowohl in Konstantinopel als auch in der Meerengenzone verbleiben. Das einzige Zugeständnis ist, daß Konstantinopel geräumt werden kann, wenn sich die Türkei im Sinn der Entente gut aufführt. Da aber die Meerengenzone dauernd in der militärischen und politischen Gewalt der aus 10 Staaten zusammengesetzten Meerengenkommission bleibt, so hätten die Türken, selbst wenn jener Fall einträte, die Ententetruppen noch immer vor den Toren ihrer Hauptstadt. Auch daß die Türkei mit 2 Stimmen, statt wie bisher nur mit 1, in der Meerengenkommission vertreten ist, bedeutet keine grundsätzliche Änderung.

Was das Statut von Smyrna anlangt, so soll Smyrna selbst besetzt bleiben, die Provinz jedoch geräumt werden. Im ganzen sollen Stadt und Provinz Smyrna aber doch der türkischen Oberhoheit entzogen und eine griechische Einflußsphäre werden, obwohl von den 1,3 Millionen Einwohnern kaum ein Sechstel auf das griechische Element entfallen soll. Die weiteren Änderungen betreffen Kurdistan und Armenien. Kurdistan ist den Türken wieder zugesprochen worden, weil es sich als unmöglich herausgestellt hat dieses Gebiet zu einer angelsächsischen Einflußsphäre umzugestalten, da sich die Kurden als türkische Nationalisten fühlen. Da die Armenier umgekehrt in schärfstem religiösen und ethnischen Gegensatz zu den Türken stehen, soll es bei der Gründung eines Groß Armeniens mit Batum und Trapezunt als angelsächsischer Einflußsphäre bleiben, für die man die Bezeichnung Armenische nationale Heimstätte einzuführen gedenkt, um das Odium der Annexion zu vermeiden. Ob sich die Armenier mit dem foyer national werden abfinden lassen, ist freilich eine andere Frage.

Wie die territoriale Neuordnung der europäischen und asiatischen Gebiete der Türkei, so soll auch die Finanzkontrolle bestehen bleiben. Die Finanzkommission, der die Genehmigung des Budgets und der Zolltarife zusteht, bleibt in ihrer Finanzhoheit ungeschmälert. Auch das Kapitulationsregime bleibt zugunsten aller Alliierten bestehen. Angesichts dieser Sachlage ist es begreiflich, daß der türkische Nationalismus in den Zugeständnissen kein wirkliches Abweichen von dem Prinzip der Aufteilung der Türkei in Einflußsphären der Alliierten sehen konnte und daher die Annahme jener Abänderungsvorschläge ablehnte. Daraufhin haben die Griechen in Kleinasien als Vollstrecker des Ententewillens den Vormarsch sofort wieder begonnen. Dieser soll bei Eski Schehir allerdings schon für sie zu einer ernsten Niederlage geführt haben. Nichtsdestoweniger wird man aber annehmen müssen, daß, solange kein kontinentaleuropäischer Zusammenschluß erfolgt, der Widerstand der Türken keine neue Lage in Vorderasien wird zeitigen können.

Totenliste Am 15. März ist der frühere türkische Großwesir Mehmed Talaat im Alter von 47 Jahren in Berlin von dem armenischen Nationalisten Salomon Teilirian erschossen worden. Talaat war der Großwesir des Weltkriegs. Er stand den ganzen Krieg hindurch fest an der Seite Deutschlands. Seine russische Politik zeigt ziemlich die selbe Verblendung wie die russische Politik des kaiserlichen Deutschlands. An den Armeniergreueln war Talaat zweifellos stark beteiligt. Insoweit bedeutet daher die Tötung Talaats, der einer der stärksten Köpfe der Jungtürken war, einen Vergeltungsakt des armenischen Volkes.

In der letzten Woche des März ist, 72 Jahre alt, der frühere Minister Agenor Graf Goluchowski gestorben. Er gehörte zu den wenigen österreichischen Staatsmännern, die einsahen, daß Österreich mit Rußland weitgehende gemeinsame Interessen hatte. Im Jahr 1897 schloß er als Minister des Auswärtigen mit Rußland ein Abkommen über die Interessensphären auf dem Balkan, das bis 1902 Geltung hatte und in der Tat auch zeigte, daß die Ansprüche beider Staaten in Südosteuropa sehr wohl auf eine gleiche Linie zu bringen waren. Gestützt auf das russische Vertrauen konnte Goluchowski auch mit Italien gute Beziehungen aufrechterhalten. Die Erneuerung des Dreibunds im Jahr 1902 war auch ein Aktivposten seiner östlich orientierten Politik. Gestürzt wurde Goluchowski 1906 von den Magyaren, deren antirussische Balkanpolitik er bekämpfte. Goluchowski war polnischer Herkunft; er ist zu den polnischen Adligen zu rechnen, denen es in Österreich recht wohl gefiel, und die den Bestand der Donaumonarchie durch ein gutes Verhältnis zu Rußland zu sichern bestrebt waren.

Kurze Chronik Die Resolution des amerikanischen Senators Knox, durch die in Washington der Krieg zwischen Amerika und den Zentralmächten offiziell beendet wird, behält den Vereinigten Staaten ihre Rechte aus dem Vertrag von Versailles in vollem Umfang vor. ◇ Harding hat Viviani bei dessen Abschiedsbesuch versichert, daß Frankreich in der Angelegenheit der Wiedergutmachung, von der ja seine Wiederaufrichtung abhänge, auf die energische Mitwirkung der Vereinigten Staaten rechnen könne. ◇ Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Hughes hat auf eine Anfrage des Präsidenten der American Federation of Labor Samuel Gompers mitgeteilt, daß von Beziehungen zwischen Amerika und Rußland so lange keine Rede sein könne, als Rußland unter dem Regime der Bolschewisten stehe, da dieses gänzlich außerstande sei das Wirtschaftsleben und die persönliche Freiheit wiederaufzurichten. ◇ In Ungarn ist Mitte April an die Stelle des Ministeriums Teleki ein Ministerium Stefan Bethlen getreten. Das Ministerium des Äußern ist dem Grafen Nikolaus Banffy übergeben worden, dessen Interessen bisher mehr schöngeistiger als politischer Art schienen. ◇ Die Kleine Entente schafft Garantieen gegen eine Restauration der Habsburger in Ungarn und für die genaue Durchführung des Friedens von Trianon, vor allem seiner Bestimmungen über die Entwaffnung und über Westungarn. ◇ Eine Republik Südchina mit der Hauptstadt Kanton und dem Präsidenten Sunjatsen ist ausgerufen worden.

Literatur Es ist als verdienstvolle Tat zu begrüßen, daß der Oberst Bernhard Schwertfeger die Kriegsreden Georges Clemenceaus in deutscher Sprache gesammelt herausgegeben hat (Der *Tiger* /Berlin, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte/). Die Sammlung beginnt mit 2 Aufsätzen, die von Clemenceau für den Homme Enchainé vom 23. und 24. April 1915 geschrieben, aber zum Teil durch die Zensur unterdrückt worden waren, und gibt dann die Reden wieder, die Clemenceau während des Krieges und nach Abschluß des Waffenstillstands gehalten hat: von einer Rede im interalliierten Parlament am 3. Mai 1917 an bis zur Rede bei seinem Ausscheiden aus dem Obersten Rat im Januar 1920, nach der der 78jährige Politiker mit dem leidenschaftlichen Temperament des Jüngsten, wie das Echo de Paris berichtete, »mit Tränen in den Augen« das Kabinett des Ministeriums des Äußern verließ, »wo er länger als ein Jahr jeden Tag an der Größe seines Landes und dem Frieden der Welt gearbeitet hatte«. Dem Werk, das der Herausgeber mit einem kurzen Abriß des Lebens Clemenceaus eingeleitet hat, seien in Deutschland viele und ernsthafte Leser gewünscht. Sie werden bei der Lektüre seiner Reden mit Überraschung feststellen, daß viele der ihnen geläufigen Anschauungen über die starke Per-

sönlichkeit dieses ganz für seine Idee und für sein Volk lebenden Mannes durchaus irrig waren; sie werden, je uneingeschränkter sie seine Leistung anerkennen und bewundern, nun aber auch um so mehr die Pflicht zu eigener Leistung empfinden, zu einer Leistung, die dem deutschen Volk und ganz Europa nottut. Mit vollem Recht sagt Schwertfeger: »Die Hingabe Frankreichs ist keine Phrase. Frankreich hat tatsächlich während des ganzen Verlaufes des Krieges und besonders in den kritischen Monaten des Jahres 1918 durch die Tat bewiesen, daß es selbst vor den größten Opfern an Gut und Blut nicht zurückschreckte, um das Vaterland zu retten. Die Größe dieser weltgeschichtlichen Leistungen zu verkleinern würde einem deutschen Beurteiler schlecht anstehen.« Deutsche Politiker sollen daraus aber ermessen, was bei uns selber seit unserm militärischen Zusammenbruch versäumt worden ist, und welche Hingabe das deutsche Volk von den ihm Angehörenden verlangen kann. Kein Zeitpunkt ist zu solcher Selbstbesinnung geeigneter als der jetzige, da wir durch Schuld und Unterlassung unserer Regierenden, durch sträfliche Indifferenz unserer Intelligenz in eine Situation hineingekommen sind, aus der uns nur äußerste Tatkraft und rücksichtslose Ehrlichkeit retten können. ◇ Die von der Redaktion der Russischen Korrespondenz in Berlin herausgegebene Broschüre G. W. Tschitscherins 2 Jahre auswärtige Politik Sowjetrußlands gibt, mit der allen bolschewistischen Erzeugnissen gegenüber notwendigen Kritik gelesen, mancherlei interessante Aufschlüsse; diese bestätigen die Auffassung, die die Sozialistischen Monatshefte in den russischen Angelegenheiten während des Krieges und nach seinem Abschluß vertreten haben.

Sozialpolitik / Lydia Eger

Besitzloses Bürgertum

Ursprünglich war alle Sozialpolitik darauf gerichtet alle jene wirtschaftlichen und sozialen Mißstände, die die Folge der Zweiteilung des Volkes in Bürgertum und Arbeiterklasse waren, durch gewisse Vergünstigungen gegenüber den Arbeitern so weit wie möglich, das heißt soweit die Gesamtstruktur des wirtschaftlichen und sozialen Lebens dadurch nicht untergraben wurde, auszugleichen. Alle Sozialpolitik stellte sich also als eine arbeiterfreundliche Haltung, als ein Geschenk des Staates an die Arbeiterschaft dar. Gleichzeitig war sie ein Bekenntnis der Ohnmacht des Staates, der die Grundbedingungen nicht ändern konnte, die ihrerseits eine Sozialpolitik nötig machten, um nicht im eigenen Land einen Feind von überwältigender Stärke erstehen zu lassen. Mit dem Augenblick, wo es eine Arbeiterschaft in dem Sinn rechtlich unterdrückter, wirtschaftlich ausgebeuteter Menschenmassen nicht mehr gibt, fällt auch das eigentliche Wesen der Sozialpolitik hin. Und es ist ein Zeichen unserer zwar an sozialistischen Gedanken und Schlagworten überreichen, an sozialem Empfinden aber blutarmen Zeit, daß man noch nicht genügend erkannt hat, daß jene Schicht, um derentwillen Sozialpolitik getrieben wurde, sich verschoben hat, und daß die Richtung alles sozialpolitischen Unternehmens eine andere werden mußte. Wir müssen heute mit der Tatsache eines zweiten Proletariats rechnen, das sich von dem ersten durch seine gehobenere soziale Stellung, an der es krampfhaft mit allen Fasern festhält, unterscheidet, das aber mit jenem die wirtschaftliche Not in gleichem Ausmaß teilt. Es handelt sich dabei nicht um den sogenannten Mittelstand, dem ja eine eigene Mittelstandspolitik seit langem das Leben retten will, der aber augenblicklich vom Untergang wieder weiter entfernt ist. Es steht vielmehr das besitzlose Bürgertum in Frage, das auf feste Einkünfte angewiesen ist und so den großen Wettlauf der Geldentwertung und Einkommenserhöhung nicht mitmachen konnte: Beamte, Angestellte und vor allem Kleinrentner. Daß hier ein neues Proletariat sich zu bilden begann, für das der Staat sorgen mußte, erkannte dieser sehr langsam und erst, nachdem er diesen Schichten Opfer über Opfer, die er mit den Kriegsverhältnissen rechtfertigte, zugemutet hatte, während er Kriegslieferanten zukommen ließ, was sie nur haben wollten. Es galt als selbstverständlich, daß diese Schichten, die als die *staatlich gesicherten* angesehen wurden, in Notzeiten opfern mußten, solange es überhaupt noch etwas zu opfern gab. Wegen ihrer staatstreuen Erziehung und der staatlichen Futterkrippe, an der sie standen, dank ihrer noch sehr mangelhaften Organisation waren ja auch von diesen irgendwelche Vorstöße mit der Absicht den Staat zu zwingen kaum zu erwarten. Und als man dann, nachdem die soziale Ungerechtigkeit, die darin lag, nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, mit kleinen Besserungen:

Rentenerhöhung, Tariferhöhung, Beamtenbesoldungsreform, begann, wurden diese sowohl von seiten der Gesetzgeber als auch der Empfänger durchaus als Almosen empfunden. Hier konnte man also von den Anfängen einer neuen, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßten Sozialpolitik sprechen, freilich auch von nicht mehr als von den bescheidensten Anfängen, die fast noch das Gepräge der Armenunterstützung an sich tragen. Soll jetzt nicht zwischen bewußter organisierter Arbeiterklasse und besitzendem Bürgertum ein neues Proletariat in weitem Umfang entstehen, das seine bisherige soziale Stellung und sein überkommenes Kulturgut um der wirtschaftlichen Not willen nicht mehr erhalten und weiterbilden kann, so muß diese Schicht in ganz anderm Maß als bisher in den Vordergrund aller sozialpolitischen Unternehmungen treten. Bahnbrechend ist hier Hans Schmidt-Leonhardt geworden, der mit seiner Schrift Das zweite Proletariat /Leipzig, Theodor Weichert/ zum erstenmal die Tatsache dieses Proletariats offen ausspricht und erklärt.

Für diese Schicht gilt, wenn sie wieder eine wirtschaftliche Besserstellung erreichen will, das selbe, was für das Arbeiterproletariat einstmals galt: die Selbsthilfe auf Grund der berufsständischen Organisation. Nicht die politischen Parteien waren es, die die sozialen Kämpfe ausfochten, sondern die Gewerkschaften waren die eigentlichen Träger des Kampfes und die Sieger. Das, was an sozialem Aufstieg in den letzten Jahren errungen wurde, überwiegt an Bedeutung weitaus den Gewinn, der auf politischem Gebiet erzielt werden konnte. Vor allem ist dies ein Teil des Aufbaus, während die politische Machteroberung noch keine Ergebnisse gezeitigt hat, die den sozialen Errungenschaften gleich zu stellen wären. Vielleicht beginnt, wenn erst einmal eine machtvolle Berufsorganisation innerhalb dieses verarmten Bürgertums geschaffen ist, auch eine neue Ära sozialpolitischen Handelns.

Sozialversicherung: Gesamtumbau

Eine heute seltene Einigkeit herrscht unter allen Beteiligten in den Anschauungen über die Notwendigkeit einer Reform der deutschen Sozialversicherung. Es ist verständlich, daß ein großes Gebilde, das nicht aus einem Guß entstanden ist, dessen Teile vielmehr nach langsamer geschichtlicher und zunächst durchaus selbständiger Entwickelung aneinandergefügt wurden, auch nicht jene Einheitlichkeit und Einfachheit der Organisation aufweisen kann, die wir heute angesichts der Zersplitterung der Behörden und der Knappheit der öffentlichen Gelder dringender denn je brauchen. Aus diesem geschichtlichen Werden erklärt sich zugleich, daß diese Umorganisation nicht mit einem Federstrich geschaffen werden kann sondern durch eingehende wissenschaftliche Untersuchungen erst den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß. Zu diesem Zweck hat man sich entschlossen die Grundzüge der deutschen Sozialversicherung darzulegen und die Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Gebieten durch genaue Gegenüberstellung herauszuschälen. Auf Grund einer derartigen Übersicht erst wird es möglich sein die Wege zur tatsächlichen fruchtbringenden Vereinheitlichung genau zu erkennen. Daß es sich bei der Reform nicht um eine allgemeine Staatsbürgerversorgung handeln kann ⟨was wohl als die eigentliche Vereinheitlichung erscheinen möchte⟩, besagt eine Kundgebung des Reichsarbeitsministeriums mit der Begründung, daß »die Aufbringung der erforderlichen Mittel ohne die Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht möglich ist, und die Versicherung als Basis der Fürsorge wegen des ihr zugrunde liegenden Selbsthilfe- und Gemeinschaftsgedankens nicht entbehrt werden kann. Ganz undurchführbar wäre die Umgestaltung der Krankenversicherung in eine allgemeine Krankenfürsorge. Die Belastung würde, bei dem Mangel eines Interesses des einzelnen an der Begrenzung der Unkosten, ungeheuer werden, auch würde eine Aussonderung des fürsorgebedürftigen Personenkreises den größten Schwierigkeiten begegnen. Ebensowenig läßt sich die Unfallversicherung durch eine allgemeine Fürsorge ersetzen. Eine solche würde bei Betriebsunfällen nicht haltmachen können und müßte dazu führen die Unfallfürsorge in der allgemeinen Fürsorge aufgehen zu lassen. Die Umgestaltung der Invalidenversorgung in eine allgemeine Reichsversorgung ist theoretisch denkbar. Sie muß aber scheitern an der Größe der hierzu erforderlichen Summen, welche durch allgemeine Steuern nicht aufgebracht werden können.« Diese Haltung des Reichsarbeitsministeriums ist unter den gegenwärtigen Umständen durchaus verständlich. Die Tragkraft des ganzen Gebäudes beruht gegenwärtig auf dem Prinzip der Versicherung, nicht auf den klei-

nen staatlichen Beihilfen, und dies Prinzip würde bei einer Umgestaltung im Sinn einer allgemeinen Volksfürsorge geopfert werden. Wesentlich aber ist, daß die tatsächlichen Mängel beseitigt werden sollen. So ist eine Vereinheitlichung des Personenkreises, sowohl im Hinblick auf die Alters- als auch auf die Einkommensgrenze, zu erstreben, ferner eine allgemeine Durchführung der Familienhilfe und eine Vereinfachung in der Kostendeckung.
Hier darf kein Flickwerk geleistet, hier muß ein den neuen Verhältnissen entsprechender Neubau geschaffen werden.

Reformvorschläge Die Literatur über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwillt mächtig an. Trotzdem hat die kleine Schrift Th. Hüpedens Zur Arbeitslosenversicherung, /Leipzig, Meiner/ auch in der Fülle der Veröffentlichungen ihre Bedeutung. Der Verfasser kommt zu folgenden Hauptergebnissen: Es muß eine Pflichtversicherung geschaffen werden, die den Personenkreis so weit wie möglich zieht. Ausländer müssen ausgeschlossen bleiben. Die Organisation hat in Verbindung mit der Invalidenversicherung und den Versicherungsanstalten zu erfolgen, ebenso sollen die Beiträge in der selben Art wie die der Invalidenversicherung erhoben werden. Die Überwachung der Arbeitslosen soll nach Möglichkeit nur indirekt erfolgen, und ein Zwang zur Annahme von Arbeit darf nur bei angemessenem Lohn, Beruf und Ort ausgeübt werden. Eine lesenswerte Arbeit ist auch die Schrift Karl Kumpmanns Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung /Tübingen, Mohr/. Auf gut theoretischer Grundlage bespricht der Verfasser die verschiedenen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die deutschen Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung. Die ganze Untersuchung hat ihren Wert in der Gründlichkeit, mit der tatsächliche Verhältnisse und Vorschläge durchforscht werden.
Von seltenem Wert ist das Werk F. Diefenbachs Ein Reichsarmengesetz, Vorschläge zur Reform der deutschen Reichsarmengesetzgebung /Karlsruhe, G. Braun/. Es bringt nicht nur Pläne zur Neugestaltung unserer Armengesetzgebung sondern auch eine grundsätzliche Erörterung über Ursachen und Wesen der Armut und der Armenpflege, dazu ihre Geschichte und Organisation im Ausland. Als Reformvorschläge des Verfassers sind zu erwähnen: ein klagbarer Anspruch des Hilfsbedürftigen auf die Unterstützung, vor allem Beseitigung des Unterstützungswohnsitzes und Neuverteilung der Kosten unter stärkerer Heranziehung des Reichs. Dazu wird gesondert Kinderarmenpflege und Wanderfürsorge behandelt. Man darf wohl annehmen, daß die Reform der Armenfürsorge auch im Rahmen der Gesetzgebung über kurz oder lang zutage treten wird, dann wird dieses Werk als wertvolles Quellenmaterial dienen.
In einem Vortrag Die Sachlebensversicherung und ihr Einfluß auf das Wirtschaftsleben /Hamburg, Paul Hartung legt Hans Heymann seine Pläne für eine Sachlebensversicherung dar. Die wichtigste davon scheint die Hauslebensversicherung, deren Zweck die Erhaltung des Sachwerts von Gebäuden aller Art ist. Neben diesen Plänen geht der eines neuen Kreditsystems einher, in dessen Mittelpunkt eine Reichsbaubank steht, die die Neubauten finanziert. Als gemischtwirtschaftliches Unternehmen soll sie Amortisationsbanknoten ausgeben, die zunächst unverzinslich aus dem Ertrag der beliehenen Objekte getilgt werden. Der ganze Plan, der in diesem Buch zunächst nur im Umriß gegeben ist, dürfte einer Prüfung wert sein.
Der Lektor an der Universität Calcutta J. W. Petavel führt in einer Studie The Problem of Healthy Towns and A Healthy Industrial System /Calcutta, The Englishman/ aus, daß eine gesunde Siedelung in Stadt und Land Voraussetzung jeder gesunden Entwickelung ist. Der Verkehr soll auf einige Linien mit häufiger Wagenfolge konzentriert werden; die Siedelungen und die Arbeitsstätten müßten so angelegt sein, daß sie von diesen Linien aus schnell erreicht werden können. Die kleine Schrift mag wegen ihrer klaren und knappen Darstellung manchem willkommen sein.

Kurze Chronik In der Zeit vom 11. bis zum 13. Januar dieses Jahres fand in Genf die 6. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts statt. Es konnte nur einen Teil der ausgedehnten Tagesordnung erledigt werden. So erfolgte eine Besprechung über die Arbeitsbedingungen in den Mandatsgebieten, die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs, die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse. ◇ Zur Erneuerung wirtschaftlicher Sitte und Verantwortung hat sich ein Bund gebildet.

Aus seinem Aufruf seien folgende Sätze wiedergegeben: »Es liegt im vaterländischen und sozialen Interesse die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Verbrauch des einzelnen keineswegs nur persönliche Angelegenheit sondern auch Sache der Allgemeinheit ist, daß die Verschwendung von Rohstoffen und Arbeitskraft unser Land schädigt . . . Der Bund der Erneuerung ruft daher auf zu einfacher und vertiefter Lebensführung, zu freiwilligem Verzicht auf allen für das geistige Leben schädlichen und für das körperliche Leben unwichtigen Verbrauch, zur Förderung jeder der deutschen Volkswirtschaft nützlichen und jeder hochwertigen Arbeit.« ◇ Eine Eingabe der Gesellschaft für soziale Reform zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz ersucht um Aufnahme der Bestimmungen, daß 1. den Jugendämtern die fortlaufende Beobachtung der Arbeitsbedingungen von Kindern und Jugendlichen ihres Bezirks zur Pflicht gemacht wird, 2. eine engere Verbindung zwischen den Jugendämtern und den Stellen herbeigeführt wird, denen die Überwachung der Erwerbsarbeit von Kindern und Jugendlichen obliegt. ◇ Die Arbeitszeit in der italienischen Landwirtschaft war bisher außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Und die Arbeitslosigkeit war außergewöhnlich hoch. Um ihr durch Streckung der Arbeit entgegenzuwirken, wurde der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Arbeitszeit der Landarbeiter wie des Gesindes auf 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich festlegt. ◇ Ein dunkles Kapitel sind auch die Verhältnisse in der persischen Teppichweberei. Hier arbeiten Kinder vom 5. Lebensjahr an den ganzen Tag über in engen, ungesunden Räumen. Da Persien Mitglied des Völkerbundes und der Organisation der Arbeit ist, somit die Verpflichtung hat gerechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist der Leiter des Internationalen Arbeitsamts vom Verwaltungsrat beauftragt worden die persische Regierung darauf hinzuweisen und auf Abstellung der Zustände zu dringen. ◇ Die allgemeine Arbeitspflicht für alle im Land ansässigen Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren wurde in Peru eingeführt. Freilich verliert das Gesetz seinen eigentlichen Sinn und Wert dadurch vollständig, daß man sich durch Stellung eines Ersatzmanns oder durch Zahlung einer Ablösungssumme von der Arbeitspflicht befreien kann.

Literatur

In 2. Auflage erschien vor kurzem Leopold von Wieses Einführung in die Sozialpolitik /Leipzig, Gloeckner/. Der Verfasser gibt einen systematischen Überblick über die einzelnen Fragen und Aufgaben der Sozialpolitik, auch in ihrer Entwickelung über die Kriegszeit hinaus. Der Band ist in der Art unserer Hochschullehrbücher gehalten. ◇ Im Auftrag der Reichszentrale für Heimatdienst schrieb Walter Kaskel in der Sammlung Staat und Wirtschaft /Berlin, Zentralverlag/ über die sozialpolitische Gesetzgebung. Die Schrift bringt eine geschichtliche und systematische Übersicht ohne irgendwelche wissenschaftlich originelle Auffassung. Als populäre Aufklärungsschrift, als die sie gemeint ist, erfüllt sie wohl durchaus ihre Aufgabe. ◇ Mit einem großen und äußerst anerkennenswerten Aufwand von Arbeit hat Georg Schreiber die Stellung von Mutter und Kind in der Kultur der Kirche historisch-rechtlich untersucht /Freiburg, Herder/. Die nächstbeteiligten Wissenschafter, die katholischen Theologen und Juristen, werden mit Nutzen nach diesem Werk greifen. Es wäre wünschenswert, daß solche Untersuchungen auch für andere Religionsgemeinschaften erfolgten. Die katholische Kirche ist hier, wie auch sonst meist, in ihrem Interesse und Verständnis für soziale Angelegenheiten den anderen weit voraus. ◇ Außerordentlich instruktiv ist das 5. Heft der Schriften des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags /Kronsberg, Geschäftsstelle des Vereins/. Es führt den Titel Aus der Praxis der Fürsorgeerziehung. Die Leiter verschiedener Erziehungsanstalten legen hier ihre Grundsätze dar, aus denen man sich leicht ein anschauliches Bild von dem Leben in den betreffenden Anstalten machen kann. Das größte Interesse wird zweifellos der aus dem Rahmen fallende Bericht des frühern Leiters des Lindenhofs Karl Wilker finden, aus dem ein die Jugend wahrhaft verstehender Freund seiner Fürsorglinge spricht (siehe auch die Rundschau Geistige Bewegung, 1920 II, Seite 1093). ◇ Über die Verhandlungen der Kinderschutztagung am 21. und 22. September 1920 in Jena ist jetzt ein Bericht unter dem Titel Kinderschutz und Kinderarbeit erschienen /Berlin, Verlag für Politik und Wirtschaft/. Obgleich, wie aus dem Bericht Irene Meißners hervorgeht, die Ausnutzung der Kinder nachgelassen hat, bleibt doch die von Konrad Agahd hervorgehobene Tatsache

bestehen: daß wir heute mit einer entsetzlichen Gewissenlosigkeit über die noch vorhandenen Tatsachen der Kindernot hinweggehen, daß wir trotz allem *Sozialismus* nicht sozialer geworden sind. Die Schwierigkeiten liegen nicht sowohl in der Überwindung grundsätzlicher Widerstände (es wurde zum Beispiel betont, daß die Kinderarbeit in fremden Betrieben unter allen Umständen zu verbieten ist, nicht bloß im Gewerbe sondern auch auf dem Land) als vielmehr in den Organisationsfragen, wie freie Liebestätigkeit, behördliche Fürsorge und Fürsorge von seiten der Arbeiterorganisationen ineinandergreifen sollen ◇ Bei der Um- und Neubildung unserer gesamten Wohlfahrtspflege kommt das 6. Heft der Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht /Stuttgart, F. Enke/ sehr gelegen. Unter dem Titel Wohlfahrtsämter stellt es eine Sammlung von Aufsätzen dar, die die Organisation und die Aufgaben der Wohlfahrtsämter von verschiedenen Seiten aus beleuchten. Gerade die Verschiedenheit der Meinungen gibt der Schrift einen besondern Wert.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Elektrizitätswirtschaft

Ein Gesetzentwurf, der der preußischen Landesversammlung vor ihrer Auflösung vorgelegt wurde, und der auch dem neugewählten Landtag zugehen dürfte, will die Regierung ermächtigen: 1. sich durch Übernahme von Aktien im Höchstbetrag von 25 Millionen Mark an der Aktiengesellschaft Großkraftwerk Braunschweig zu beteiligen und Bürgschaft für die Anleihen dieser Gesellschaft bis zu maximal 135 Millionen Mark in Gemeinschaft mit dem Land Braunschweig und der Provinz Sachsen zu übernehmen, 2. für den Bau von Leitungen und Umspannwerken zur Verbindung des von der Aktiengesellschaft Großkraftwerk Braunschweig herzustellenden Kraftwerks mit Hannover und von Hannover mit den Endpunkten der staatlichen Leitungen im Weserquellgebiet und im Versorgungsbezirk des Kraftwerks Dörverden 95 Millionen Mark nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister festzustellenden Pläne zu verwenden.

Schon öfter hat man versucht Ebbe und Flut als Kraftquelle auszunutzen. Nun sollen in England oberhalb des Hafens Bristol durch einen Dammbau, der die Flußmündung abschließt, die Fluten des Stroms zur Erzeugung elektrischer Energie verwandt werden. Man will für die Summe von 25 bis 30 Millionen Pfund Sterling Turbinen aufstellen, die bei 10 Stunden täglicher Arbeitsleistung 500 000 Pferdekräfte erzeugen sollen. Man glaubt, daß diese Leistung sich bis auf 1 Million Pferdekräfte steigern lassen wird. Die durch die Anlage neu zu gewinnende Menge elektrischer Energie soll der Energiemenge entsprechen, die aus etwa 3½ Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr gewonnen wird.

Ein Gesetzentwurf über die Ausgestaltung der Elektrizitätsversorgung in Holland ist der Kammer dort zugegangen. Nach diesem Entwurf soll die Erzeugung sowie die Fortleitung elektrischer Energie unter 50 000 Volt durch den Staat geschehen, während die Verteilung an die Gemeinden unter einer Spannung von 10 000 Volt durch die Provinzen erfolgen soll, so daß den Gemeinden und Städten die Detailabgabe verbleibt. Die Erzeugung und Fortleitung soll aber nicht etwa direkt durch den Staat erfolgen sondern durch eine Aktiengesellschaft, in der der Staat Hauptleiter sein soll, während Provinzen, Städte und vom Minister genehmigte Privatbetriebe Teilhaber sein können. Nach § 3 des Entwurfs besteht die Möglichkeit, daß die Regierung außer der genannten Aktiengesellschaft auch anderen die Konzession zur Erzeugung und Fortleitung der Elektrizität erteilt. Die bestehenden Elektrizitätswerke können in Betrieb bleiben, solange sie nicht erheblich erweitert werden. Der Verwaltung wird ein Elektrizitätsrat beigegeben.

Die Ministerien für Handel und für Landwirtschaft in Schweden haben einen Plan aufgestellt, um die Insel Oeland mit elektrischer Kraft zu versorgen. Die Kosten soll die Regierung tragen.

Nach einem der Konstituante vorgelegten Gesetzentwurf soll in Südslawien der Staat als erster das Recht besitzen elektrische Unternehmungen zu gründen. Doch können auch Privatpersonen solche errichten, sofern es der Staat nicht tut; sie bedürfen dann jedoch der besondern Erlaubnis des Bauministeriums. Der Staat kann erforderlichenfalls die Enteignung gegen entsprechende Entschädigung durchführen und bestehende elektrische Unternehmungen in eigene Regie nehmen. Die Erhaltung der Leitungen und Netze ist Aufgabe der Gemeinden. Höchste beratende Körperschaft in elektrotechnischen Fragen ist der staatliche elektrotechnische Rat, der aus 15 Mitgliedern und deren Vertretern besteht.

Wasserstraßen Die Verwaltung der Wasserstraßen Deutschlands ging, den Bestimmungen der Weimarer Verfassung entsprechend, am 1. April auf das Reich über. Das Reich wollte für diesen Zweck eigene Mittel- und Unterbehörden einsetzen; die Mehrzahl der Länder bestritt ihm jedoch das Recht die Organisation selbständig durchzuführen, so daß der Staatsgerichtshof angerufen werden mußte. Der Reichsetat für 1921 hat 138 700 000 Mark für die Unterhaltung der Binnenwasserstraßen ausgesetzt; doch sind in dieser Summe die großen Neubauten und die Hauptinstandsetzungsarbeiten nicht inbegriffen. Der Hauptausschuß des Reichstags bewilligte für die Kanalisierung des Nekkars und den Ausbau seiner Wasserkraft 80 Millionen Mark. 120 Millionen Mark wurden ferner für den Weiterbau einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg zunächst bis Hamburg und für den Ausbau der Donau von Kehlheim bis zur Reichsgrenze bei Passau, 90 Millionen für den Rhein-Weser-Kanal bewilligt. Die Baukosten für den Neckarkanal werden nach neueren Berechnungen auf insgesamt 1½ Milliarden Mark geschätzt. Sie sollen durch eine Aktiengesellschaft mit 500 Millionen Mark Aktienkapital aufgebracht werden, an der sich das Reich, die interessierten Länder und die Stadtgemeinden beteiligen sollen. Ferner sollen für 2 Milliarden Mark Obligationen ausgegeben werden, für die das Reich die Zinsgarantie übernimmt. Ebenso soll es 50 % des Aktienkapitals übernehmen. Die Aktiengesellschaft soll den ganzen Kanal bis Plochingen einschließlich der Kraftwerke bauen. Aus den Einnahmen sollen Betrieb und Unterhaltung der Kraftwerke sowie die Verzinsung und Amortisierung des Baukapitals bestritten werden, während die Schiffahrtsabgaben die Betriebs- und Unterhaltskosten der Schiffahrtsstraßen aufbringen sollen.
Zur Herstellung eines Schiffahrtskanals (für 1000 Tonnen-Schiffe) von Leipzig nach der Saale sind vom Haushaltsausschuß des sächsischen Landtags 2 Millionen Mark bewilligt worden.

Kohlenversorgung Im Berliner Tageblatt vom 7. Dezember 1920 berichtete der New Yorker Korrespondent dieses Blattes, Friedrich Glaser, über die immer dringlicher werdende Frage der Kohlenversorgung in den Vereinigten Staaten mit folgenden Worten: »Zwei konservative republikanische Senatoren haben unter dem Druck dieser Unzufriedenheit ihre heiligsten wirtschaftspolitischen Überzeugungen so weit aufgeben müssen, daß sie eine Staatsaufsicht über die Kohlenindustrie verlangen, falls die Preise nicht erheblich herabgehen. Und die New York World schreibt sogar angesichts des gleichen Problems: »Von Boston bis Washington zieht sich ein Gebiet, das New York zum Mittelpunkt hat und ungefähr 20 Millionen Menschen umfaßt. Scranton, das Herz des Hartkohlengebiets, nur 100 Meilen von der New York City Hall entfernt, ist mit den von Ebbe und Flut berührten Flußläufen durch ein Netzwerk von Schienensträngen verbunden. Wäre es nicht für den Wunsch der Eisenbahnen alle Wasserverbindungen zu vernichten und sich dadurch ein Monopol zu schaffen, durch welches sie in unwirtschaftlicher Weise herrschen, so könnte die Kohlenversorgung auch durch Kanäle erfolgen. Kohlen zu graben und so kurze Strecken weit zu versenden ist eine einfache Aufgabe, aber sie wird auf fast jede denkbare Weise verpfuscht. Mit den zurückgehaltenen Lieferungen wachsen die Profite. Eine plötzliche und scharfe Kältewelle trifft Tausende, die Kohlen zu keinem Preis erstehen können. Kürzlich wurde in New York eine Versammlung der Großhändler abgehalten, um die Frage der Verkaufsgewinne zu erörtern. Für die Allgemeinheit jedoch wäre es weit wichtiger eine wirtschaftlich erfolgreiche Organisation dieser schlecht geleiteten Industrie erstehen zu sehen.««
Es ist bezeichnend, daß der Korrespondent des liberalen Blattes hieran die Bemerkung knüpfte: »So geraten unter bitteren Erfahrungen einst für unerschütterlich gehaltene wirtschaftspolitische Glaubenssätze auch in Amerika ins Schwanken.«

Sachsen: Staatsbank Die Sächsische Staatsbank, die vor einem Jahr durch Umbildung der Lotteriedarlehnskasse ins Leben gerufen wurde, wird jetzt durch ein Gesetz ausgebaut, dessen Hauptbestimmungen die folgenden sind: Die Staatsbank soll unter Aufsicht des Finanzministeriums stehen. Sie soll ihren Hauptsitz in Dresden haben, aber mit Genehmigung des Finanzministeriums Zweigniederlassungen errichten dürfen. Sie soll kaufmännisch betrieben werden. Ihre Aufgabe soll vor allem die Anlage der verfügbaren Staatsgelder, die Vermittlung des Geldverkehrs für Staats- und andere öffentliche Kassen, überhaupt die Förderung der Interessen des Staats

auf dem Geldmarkt und des gesamten Geld- und Kreditverkehrs sowie endlich die Unterstützung von Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sein. Das Grundkapital soll 50 Millionen Mark betragen; Erhöhungen müssen im außerordentlichen Etat vorgesehen sein. Ein Viertel des Reingewinns soll einem Rücklagestock zugeführt werden, der zur Deckung von Verlusten dient. Verwaltung und Oberleitung hat der Staatsbankpräsident, der vom Finanzministerium gewählt und ihm unterstellt ist. Sein Amtssitz ist Dresden. Auch die Niederlassungen sind dem Präsidenten unterstellt; sie werden von Direktoren geleitet. Für die Verwaltung der Bank besteht außerdem ein Beirat, für den der Landtag 2, die Angestellten 1, das Finanzministerium die übrigen Mitglieder wählen, 3 davon nach Vernehmen mit dem Wirtschaftsministerium. Die Beiratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich. Ihre Beschlüsse werden nach dem Mehrheitsprinzip gefaßt. Dem Beirat liegt die Überwachung der Geschäftsführung des Präsidenten ob; er soll auch in besonders wichtigen Fällen zu Rate gezogen werden. Aus dem Beirat wird ein engerer Ausschuß gewählt, der dem Präsidenten auf dessen Wunsch beratend zur Seite steht. Der Reingewinn fließt bis auf den Betrag der Rücklagen in die Staatskasse. Das Gesetz ist am 1. April in Kraft getreten.

Bayern: Wasserkräfte In der Sitzung des bayrischen Landtags vom 28. Januar 1921 wurde ein Antrag der Regierung auf Errichtung der beiden Aktiengesellschaften Walchenseewerk und Mittlere Isar gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie angenommen. Die beiden Gesellschaften sind gemischtwirtschaftliche Unternehmen. Sie sollen den Ausbau der Wasserkräfte der Isar und des Walchensees und deren Verwertung durch Abgabe von elektrischer Kraft oder Verwendung im eignen Betrieb, die Gründung ähnlicher Unternehmungen, Erwerb von ihren Zwecken dienenden Grundstücken und Rechten fördern; besonders sollen sie die Anlagen und Rechte erwerben, die Bayern zur Ausnutzung der genannten Wasserkräfte hergestellt hat oder noch herstellen wird. Das Grundkapital der einen Gesellschaft beträgt 50, das der andern 75 Millionen Mark. Auch französische Kapitalisten sind beteiligt. Die Heranziehung privaten und vor allem ausländischen Kapitals wird mit der Zwangslage begründet, in der sich Bayern befindet. Die Zeit für einen billigen und rentabeln Ausbau der bayrischen Wasserkräfte sei verpaßt, diese müssen aber dennoch schleunigst nutzbar gemacht werden, um die Wirtschaftslage zu bessern. Durch Ausnutzung aller bayrischen Wasserkräfte sind volle 6 Milliarden Kilowattstunden zu gewinnen. Davon soll die Hälfte für den Bedarf der Städte und Gemeinden reserviert, ein Viertel für die Elektrifizierung der bayrischen Vollbahnen und das letzte Viertel für die bayrische und außerbayrische Rohstoffwirtschaft bereitgestellt werden. Das Walchenseekraftwerk und das Werk Mittlere Isar sollen die Kraft erzeugen, das Bayernwerk sie verteilen. Es wird nach seiner Fertigstellung, die auf Ende 1921 berechnet ist, die größte Überlandzentrale der Welt darstellen. Durch den Ausbau der bayrischen Wasserläufe mit insgesamt 2 Millionen Pferdestärken werden rund 1 Million Pferdestärken neu gewonnen werden.

Niederländisch Indien: Wasserkräfte Niederländisch Indien ist außerordentlich reich an Wasserkräften. Nach einer rohen Schätzung beträgt deren Mindestleistung 4 Millionen Kilowatt und verteilt sich wie folgt: Java 0,37, Sumatra und Borneo je 1,45, Celebes 0,725 Millionen Kilowatt. Die natürlichen Bedingungen für den Ausbau der Wasserkräfte sind dort sehr günstig. In Westjava sind gegenwärtig große staatliche Wasserkraftwerke im Bau. In Zentraljava sind beträchtliche Wasserkräfte in den Becken des Serajoe und Tjantoeng und in verschiedenen Flüssen der Nordküste. In Ostjava ist seit 1917 das staatliche Kraftwerk im Tal von Tjatoer in Betrieb. Es liefert die Energie für die Werkstätten der Staatseisenbahn in Madioen. Für die Versorgung von Surabaja, Kadiri und Pasaroean ist ein staatliches Kraftwerk am Kali Konto geplant. In Südsumatra gibt es neben kleinen privaten auch staatliche Werke. Für landwirtschaftliche Zwecke arbeiten verschiedene Wasserkraftanlagen in Palembang. Weitere Wasserkräfte sollen für die Gewinnung von Stickstoff ausgenutzt werden. Auch in Mittelsumatra arbeiten für Bergwerks- und industrielle Zwecke mehrere Wasserkraftanlagen. Die größten Wasserkräfte des Inselreichs sollen sich in Nordsumatra befinden. Man hat bis jetzt im Gebiet des Asahan und des Peusangan 500 000 Kilowatt als ausnutzbar festgestellt. Am Asahan, der aus dem Tobasee fließt, können mindestens 365 000 Kilowatt in 4 auf einander folgenden Kraftwerken gewonnen werden. Davon sind bereits 147 000 für

die Versorgung einer Stickstoffabrik und anderer chemischer Fabriken vergeben worden. Ein weiterer Teil soll in Zukunft für die Elektrifizierung der Eisenbahnen im Gebiet des Tobasees in Anspruch genommen werden. In den Urwäldern im Innern von Borneo sind ungeheure Wasserkräfte in den noch wenig erforschten Stromgebieten des Kapoeas, Barito, Mahakam und Kajan vorhanden. In Celebes sollen ungefähr 11 000 Kilowatt im Malilibassin in 4 Kraftwerken für die Entwickelung der Eisen- und Nickelindustrie ausgenutzt werden. Etwa 73 000 Kilowatt können im Labassin und 73 600 zwischen dem Possosee und dem Meer gewonnen werden. Demnächst will man den Minahassa auf seine etwaige Ausnutzbarkeit für Bahnbetrieb erforschen.

Sozialisierungspublikationen Als eine sehr wertvolle und willkommene Arbeit darf das 124 Seiten starke Buch Felix Weils Sozialisierung, Versuch einer begrifflichen Grundlegung, nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne, bezeichnet werden /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/. Es macht den Versuch Grundlagen für eine ersprießliche Erörterung des Für und Wider zu schaffen, um so zu einer prinzipiellen Klärung und Definition des Sozialisierungsbegriffs zu kommen. Eine große, die Sozialisierungsfrage erörternde Literatur wird zu diesem Zweck verarbeitet, und so wird ein wirklich umfassendes Bild des Problems gegeben.

Einen neuen Weg zur Sozialisierung schlägt Robert Friedlaender vor (Wahre und falsche Sozialisierung /Berlin, Spiegelverlag/). Er fordert die Kapitalisten zur freiwilligen Sozialisierung des Kohlenbergbaus auf; das sei der mutige Schritt, mit dem die Unternehmer wieder vor die Front treten und Führer werden könnten. »Wartet nicht ab, bis die Spannung in überheizten blinden Massenhirnen Entladung hervorruft; wartet nicht, bis eine machtlose, bedrängte Regierung dem stetig wirkenden Druck und Schub der öffentlichen Meinung nachgibt und überstürzte unbedachte Gesetze erläßt. Handelt selbst, rechtzeitig und entschlossen! Aus Sachkenntnis, aus Führereigenschaft, aus sozialem Wollen heraus!« Freiwillig sollen die Unternehmer »die wahre Sozialisierung« machen, damit die Arbeiter nicht »eine falsche« machen. Die »wahre Sozialisierung« stellt sich der Verfasser nämlich so vor: Das Eigentum an Kohle steht allein dem Staat zu, die Förderung wird aber bestehenden oder neu entstehenden Unternehmungen privatrechtlichen oder öffentlichen Charakters gegen auf bestimmte Fristen festzusetzende, die Wert- und Lageverhältnisse der Kohle möglichst ausgleichende Abgabe verliehen. Mit dieser »wahren« Sozialisierung dürften diejenigen, die heute die Sozialisierung fordern, schwerlich einverstanden sein.

Otto Hues 23 Seiten starke Broschüre Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ bildet ein brauchbares Zitatensäcklein, das besonders den bürgerlichen Politikern gegenüber gute Dienste zur Begründung der Sozialisierungsforderung leisten kann, weil es alle bekannten und unbekannten Stimmen für die Verstaatlichung des Bergbaus wiedergibt, die in früheren Jahren aus den Lagern der verschiedenen Parteien und der Regierungen kamen. Praktische Vorschläge für die Gestaltung des zu sozialisierenden Kohlenbergbaus macht der erfahrene Steiger Georg Werner, der auch Mitglied der Sozialisierungskommission ist, in einer Der Weg zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus betitelten Schrift, die als 6. Heft der Schriften des Bundes der technischen Angestellten und Beamten /Berlin, Industriebeamtenverlag/ erschienen ist. Werner hat in der Sozialisierungskommission für den Vorschlag I (Bauer) gestimmt, und in dieser Richtung bewegen sich auch hier seine Gedankengänge.

Kurze Chronik Im Jahr 1920 verzeichnete die Reichsbank Gesamtumsätze in Höhe von 12 771 Milliarden Mark, gegen 5877 Milliarden im Jahr 1919. Der Gesamtgewinn stellt sich auf rund 2006 Millionen Mark, gegen 4263 Millionen im Jahr vorher. Er hätte einen höhern Betrag erreicht, wenn nicht das Devisengeschäft mit einem nicht unerheblichen Verlust abgeschlossen hätte. Da der Bruttogewinn ebenso wie die in früheren Jahren gebildete Reserve für Kriegsverlust im wesentlichen zur Deckung verwendet werden mußte, so hält sich der zur Verteilung an das Reich und an die Anteileigner verbleibende Gewinn in verhältnismäßig engen Grenzen; das Reich erhält nur etwas über 100 Millionen Mark. ◇ 25 neue staatliche Kraftwagenlinien werden in Sachsen errichtet; der Landtag hat die angeforderten 4,7 Millionen Mark für sie bewilligt. Die sächsischen Staatsforsten erzielten im Jahr 1920 einen Reingewinn von 130 Millionen Mark, gegen 9 Millionen Mark vor dem Krieg.

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Krapotkin † Am 8. Februar starb zu Duritzew bei Moskau, 78 Jahre alt, Pjotr Krapotkin. Zu seinem 70. Geburtstag hatte ihm Genosse Roman Streltzow ⟨zu dem das Gewaltregime des Bolschewismus seinen deutschen Freunden ebenso die Verbindung abgeschnitten hat wie zu allen anderen russischen Sozialisten⟩ in den Sozialistischen Monatsheften (1913 I, Seite 33 ff.) einen schönen Artikel gewidmet. Er hebt darin gleich prägnant heraus, was uns mit Krapotkin verknüpft, wie was uns von ihm trennt. Was uns verknüpft, ist das Stärkere; denn es ist das seelische Grundgefühl, aus dem zuletzt jede sozialistische Überzeugung quillt: die Empfindung der Gleichheit alles Menschenseins, der Liebe zum Lebendigen, des Ruhens in der Gemeinschaft. Auf dem Glauben an die Macht dieses Triebs zur »gegenseitigen Hilfe« baute Krapotkin seinen Kommunismus. Die reale Organisationsform, in der er sich seine Verwirklichung dachte, ein jeder Zwangs- und Staatsgewalt entrückter Zusammenschluß freier Genossenschafter zu verschiedenen wirtschaftlichen Zwecken, macht ihn im politischen Sinn zum Gegner der sozialistisch-marxistischen Lehre, zum Anarchisten. Nur darf dabei niemals vergessen werden, daß der anarchistische Kommunismus, wie die von Krapotkin vertretene und im wesentlichen begründete Richtung heißt, seiner Natur nach viel mehr Verwandtschaft mit dem Sozialismus als mit dem sogenannten individualistischen Anarchismus Stirners und seiner Nachfolger hat. Dennoch ist die Scheidelinie zwischen Krapotkin und der Wirtschaftstheorie der Sozialdemokratie gewiß sehr markant. Krapotkins Lehre konnte, wie Streltzow richtig hervorhebt, nur einem in seinem Wesensgrund unpolitischen Kopf entspringen, der da meint die Dinge nach irgendeinem abstrakten Denkprinzip gestalten zu können. Von Bakunin trennt Krapotkin die bei ihm wie bei Tolstoj innerlich motivierte Abweisung der Gewalt. ⟨Er soll übrigens versucht haben die Bolschewisten, denen er von Anfang an völlig ablehnend gegenüberstand, durch Überredung von ihren Gewaltmethoden abzubringen: allerdings eine gründliche Verkennung des Wesens dieses parasitären Körpers, der ja nur durch Gewalt zu existieren vermag.⟩

Krapotkins Leben ist allen europäischen Sozialisten durch seine Memoiren bekannt, wohl eines der Bücher, die die stärkste internationale Wirkung übten, wie denn Krapotkin zu jenen ersten großen Führern des Sozialismus gerechnet werden muß, aus deren Geisteswelt sich der Inter- oder besser Übernationalismus der Gesinnung gar nicht wegdenken läßt. Und doch zeigen gerade die Memoiren, wie sehr er auch wieder spezifisch Russe war, einer der, so nur in Rußland existierenden Typen des Aristokratenrevolutionärs, die bis zum letzten Rest mit den Vorrechten und Vorurteilen ihrer Klasse brachen, um ganz das Leben des geknechteten Volks mitzuleben. Für das Volk warf er Reichtum und Stellung hin, trieb die revolutionäre unterirdische Propaganda jener Zeit, bis man ihn fing und in die Peterpaulsfeste warf. Um der Sache des Volks zu dienen, lebte er dann nach einer abenteuerlichen Flucht aus dem Kerker, auch hier verfolgt und umhergetrieben, 40 Jahre lang im Exil. Die sozialistische Märzrevolution 1917 erst machte ihm die Rückkehr möglich. Aber auch da mußte er rasch genug die Hoffnung auf endliche Erfüllung seines Lebensglaubens begraben. Er starb als Revolutionär im bolschewistischen Gewaltstaat, wie er sein Leben als Revolutionär gegen das zaristische Gewaltregime gelebt hatte.

Bevor die Arbeit für seine sozialen Ideen Krapotkin zur Lebensaufgabe wurde, hatte er sich geographischen und naturwissenschaftlichen Forschungen gewidmet, die er auch später niemals aufgab (siehe die Rundschau Biologie, in diesem Band, Seite 204 ff.). Seine sozialen Studien sind, außer in dem bekannten Werk Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, in dem Buch La conquête du pain, einer interessanten Geschichte der französischen Revolution, in Fields, Factories and Workships und den, aus der im Ausland von ihm redigierten Zeitschrift Le Révolté gesammelten Paroles d'un révolté niedergelegt. Krapotkin hatte überall in der Welt unter fühlenden Menschen begeisterte Anhänger und Freunde, die in ihm nicht nur den Führer sondern vor allem auch den guten Menschen verehrten.

Internationale zentralistische Konferenz 1921 Der lange geplante Versuch nach dem Zusammenbruch der alten wieder eine aktionsfähige sozialistische Internationale zu begründen wurde von denjenigen sozialistischen Parteien, die aus der Zweiten Internationale ausgetreten waren, ohne der sogenannten Dritten Internatio-

nale beizutreten, auf einer, vom 22. bis zum 27. Februar in Wien veranstalteten Konferenz unternommen. Den Grundstock dieses Zusammenschlusses bilden die deutschen Unabhängigen, die französische Sozialistische Partei, die jetzt aus der Rechten und den Zentralisten besteht (siehe diese Rundschau, in diesem Band, Seite 154), und die englische Independent Labour Party; neben ihnen wurden von der Wiener Mandatsprüfungskommission die Delegationen aus Jugoslawien, Lettland, Deutsch Österreich, Rußland, Rumänien, der Schweiz und der deutschen Sozialdemokratie Tschechiens anerkannt; die Poale Zion wurde mit dem Vorbehalt zugelassen, daß die Berechtigung dazu bis zur nächsten Konferenz durch das Zentralexekutivkomitee nachzuprüfen sei, da sich die Poale Zion zu einem Weltverband zusammengeschlossen habe. Amerika teilte mit, daß es wegen der Kürze der Zeit keine Vertretung hätte entsenden können.

Zu Kongreßvorsitzenden wurden Longuet und Ledebour, ferner Wallhead und Grimm gewählt. Delegierte sind, unter anderen, aus Deutschland Crispien, Dittmann, Dißmann, Hilferding, Zietz, Sender; aus England Shinwell, Riley, Hudson, aus Frankreich Faure, Mistral, Renaudel, Bracke, aus der Schweiz Lang, für die Poale Zion Kaplansky und Locker, für die russischen Menschewisten Martow, Abramowitsch, Dalin, Broido, für die russischen *linken* Sozialrevolutionäre Schreider, Gogoberidse, Lundberg. Hauptverhandlungsgegenstände waren, nach dem Vorschlag der Berner Vorkonferenz: 1. Der Imperialismus und die soziale Revolution (Referent Wallhead), 2. Methoden und Organisation des Klassenkampfs (Referent Friedrich Adler), 3. Der internationale Kampf gegen die Konterrevolution (Referent Ledebour). Zur Vorberatung der einzelnen Punkte wurden Kommissionen eingesetzt, denen der jeweilige Referent angehörte.

Man durfte auf die Ergebnisse dieser Wiener Tagung gespannt sein, da die Frage nahe lag, wie und auf Grund welcher Richtlinien die Zentralisten, die überdies in keiner der nationalen Parteien an sich oder innerhalb des Parteiganzen genau die gleiche Orientierung haben, sich zu einer Gemeinschaft zusammenfügen könnten. Berührt doch die Idee einer Internationale unter Ausschluß großer (in Deutschland sogar der größten) nationalen Parteien von vornherein sonderbar genug. Wohl aus dem Gefühl dieser Absurdität heraus übten die Redner in der Bestimmung der Ziele eine gewisse Zurückhaltung. Adler betonte gleich in der Eröffnungsrede: die Konferenz sei keine Internationale »im Sinne des Ideals, das uns vorschwebt«. Aber sie umfasse ebenso wie Genf und Moskau ein Drittel des organisierten Proletariats. Ihre Mitglieder stellten ein Zentrum dar, insofern sie gleich entfernt seien von der naiven Ungeduld, die den Sieg der Revolution schon durch den Wunsch darnach verbürgt glaube, wie von dem skeptischen Unglauben, der die Notwendigkeit der sozialen Revolution durch die alleinseligmachende Kraft der Reform ersetzen wolle. Hier in Wien solle noch keine Internationale ins Leben treten, sondern man wolle nur eine Arbeitsgemeinschaft der angeschlossenen Gruppen zur Vorbereitung einer künftigen Internationale schaffen. In einer weitern Rede betonte Adler dann, mit der Entscheidung für eins der Schlagworte *Demokratie* oder *Diktatur* sei es nicht getan. Man dürfe weder den organisatorischen Rahmen so weit ziehen wie in der Zweiten Internationale, die alles umfassen wollte, noch die Ziele so stekken wie in Moskau. Man müsse sich also gleich weit entfernt halten von dem »opportunistischen Reformismus« wie von der Moskauer Meinung, man könne jede Theorie und zu jeder Zeit verwirklichen. Man solle sich deshalb nicht wie eine Partei sondern wie ein Arbeiterrat konstruieren, in dem die einzelnen Glieder Autonomie besitzen, die höchstens nachträglich durch Beschlüsse der Gesamtheit beschränkt werden kann. Zwar müssen die Parteiprinzipien innegehalten werden, aber russische und englische Arbeiter dürfe man nicht a priori auf ein und das selbe Programm verpflichten; dieses müsse vielmehr erst gemeinsam »erarbeitet« werden. Das Problem der Internationale sei als ein »Problem der Geduld« aufzufassen. Mehr als ein theoretisches Programm sei der gemeinsame Wille eine wirkliche Internationale aufzubauen.

Die Kommission schlug zu diesem Punkt folgende Resolution vor: »Die internationale sozialistische Konferenz zu Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen auf der Grundlage der von ihr gefaßten Entschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf ihre Bemühungen zu unter-

stützen, indem sie sich in tatkräftiger Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus, sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Schoße der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen.«

Wallheads und Ledebours Referate enthielten nichts Neues. In der Diskussion wurde manches interessante Eingeständnis gemacht. Man scheint allmählich zu begreifen, daß die bisher so ausschließlich und leidenschaftlich umstrittene Frage nach der Form der Machtausübung im Grunde sehr unwesentlich ist. So erklärt Shinwell, man habe leider den Theorieen von Moskau ein zu williges Ohr geliehen. »Nicht das Programm ist die Hauptsache, sondern der Geist, mit dem die Situation erfaßt wird.« Nicht um neue Formen sondern um neue Inhalte gehe es, sagte Kunfi, der die schweren Fehler zugab, die die ungarischen Revolutionäre begangen, und mit denen sie die furchtbare Horthysche Gegenrevolution heraufbeschworen hätten.

Und das Resultat der Konferenz? Darf man annehmen, daß aus ihr die neuen Inhalte herauswachsen werden, die der Sozialismus jetzt braucht? Damit, daß der eine dem Proletariat »Geduld«, der andere »Selbstvertrauen« (Grimm) empfiehlt, ja auch mit der Erkenntnis der Zwecklosigkeit jedes formalen Fetischismus allein ist noch nichts Bedeutendes gewonnen. Durch Kommissionsberatungen auf einer Konferenz wird keine politische Idee geboren; denn dabei geht es eben nicht um noch so schön gefaßte Worte, vielmehr um gemeinsame Aktionen. Sie können aber niemals aus einem allgemeinen Prinzip sondern ausschließlich aus bestimmten politischen Situationen erwachsen. Eine einzige der Konferenzbeschlüsse enthält den Keim zu solch wirklichem Handeln: die Annahme des Vorschlags der französischen Vertreter zur Wiedergutmachungsfrage. Sie kommt in einem Absatz der Resolution über Imperialismus und soziale Revolution zum Ausdruck, in der unter anderen, mehr deklamatorischen Forderungen, wie Internationalisierung der Kriegsschulden, allgemeine Abrüstung, Kundgebungen zur Bekräftigung des Friedenswillens im Proletariat, Revision der Friedensverträge usw., gesagt wird: die Konferenz nehme den Vorschlag der französischen Partei zur Kenntnis »zum Zweck einer gründlichern Prüfung der Wiedergutmachungsfrage eine gemeinsame Besprechung der 3 sozialistischen Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten. Und Bracke betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Arbeiterschaft beider Länder für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Hier liegt also ein Fall gleichlaufender materieller und zugleich idealer Interessen des Proletariats zweier Länder vor. Da die Wirkungen dieser Zusammenarbeit alle europäischen Länder treffen, also auch die Arbeiterinteressen außerhalb Deutschlands und Frankreichs berühren würden, wäre hier bei nicht ideologischer sondern realpolitischer Erfassung internationaler proletarischer Aufgaben sehr bald ein freilich umschränktes, aber um so fruchtbareres Aktionsprogramm festzustellen, das zur Basis einer bestimmten Machtentfaltung werden könnte. Und aus dem einen wäre dann ein weiteres Zusammenwirken zu entwickeln, um so schneller, je eher auch jeder nationale Zweig der Arbeiterbewegung die Grundzüge eines schöpferisch aufbauenden Sozialismus herausarbeitet. Dazu bedarf es wiederum zweier Voraussetzungen, die beide in Wien kaum erkannt worden sind. Auf die eine deuteten Renaudel und andere hin, als sie meinten: 3 Internationalen seien zu viel, nur die Einigkeit des ganzen Proletariats könne ihm Macht verleihen. Die Konsequenz der andern wäre die Aufhebung des innern Gegensatzes zwischen den verschiedenen Richtungen des Sozialismus, die Wiederbelebung sozialistischer Gesinnung, die den, von den revolutionär fühlenden Sozialisten perhorreszierten nationalistischen Zug verschwinden ließe und so von selbst wieder eine Gemeinsamkeit des Empfindens schüfe. Handelte aber in Wien nicht auch Otto Bauer solchem Fühlen entgegen, wenn er sagte: deutsche Arbeiter könnten zwar anerkennen, daß Frankreich aus der Furcht vor der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus heraus zu seinem Verhalten komme, belgische oder französische dagegen dürften dies nicht aussprechen? So kam es auf der Konferenz der Wiener Internationale auf ein Haar zu dem gleichen Konflikt zwischen Deutschen und Franzosen wie in Bern und Genf. Nicht Scheidelinien also, sondern Verbindungsfäden, aber auf der Basis klaren Erkennens und des Willens zu wirklicher Leistung, also in erster Linie zu einer sozialistischen Außenpolitik, die die nationalen Interessen, statt sie zu ignorieren oder deklamatorisch abzuweisen, in ihrer Realität erfaßt, selber wahrnimmt und gerade darum imstande ist sie international zu vereinigen.

Internationale und Wiedergutmachung Auf Grund des oben erwähnten Beschlusses veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft dann vom 1. bis zum 4. April eine Konferenz über die Wiedergutmachungsfrage in Amsterdam, zu der die deutschen Unabhängigen, die französische Sozialistische Partei und die englische Unabhängige Arbeiterpartei Vertreter entsandten. Das Resultat war eine längere gemeinsame Erklärung der beteiligten Parteien, die am 9. April in allen 3 Ländern zugleich veröffentlicht wurde. In ihrer Einleitung heißt es: »Die Konferenz stellt zunächst fest, daß die Arbeiterorganisationen Deutschlands die Notwendigkeit der Wiedergutmachung anerkannt haben ... Andrerseits erkennen die französischen und englischen Organisationen an, daß die Verwirklichung der Wiedergutmachungen ... die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt, und daß eine Betätigung der internationalen Solidarität mehr und mehr unentbehrlich wird zur Herstellung des internationalen Gleichgewichts.« Die Möglichkeit einer Lösung der gegenwärtigen Krise sieht die Konferenz nur auf dem auch von dem Internationalen Gewerkschaftsbund bei seiner gleichzeitigen Tagung in Amsterdam gesuchten Weg. In dem Wiedergutmachungsproblem sei es der Fehler der Ententeregierungen, daß sie alles Heil in finanziellen Forderungen sähen und diese durch Zwangsmaßregeln durchsetzen wollten, der der deutschen Regierung, »daß sie niemals ein bestimmtes Programm für die Wiedergutmachung vorgelegt hat«, wodurch »eine bedrohliche Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen« worden sei. Die wirkliche Lösung könne nur im schleunigsten Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden liegen, der ein »internationales Hilfsmittel« zur Wiederherstellung der Zusammenarbeit der Völker werden müsse. »Die offene Wunde in der Flanke Frankreichs muß geschlossen werden, damit sie nicht ständig neue Konflikte und neuen Völkerhaß erzeugt.« Das könne nur durch gemeinsame Anstrengungen der Arbeiterklassen geschehen. Es solle ein Internationales Wiederaufbauamt geschaffen werden, das aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, Technikern und amtlichen Delegierten jeder interessierten Nation zusammengesetzt ist und die technische und finanzielle Verwaltung des Wiederaufbaus zu übernehmen hätte. Es sollte auch auf dem Weltmarkt die nötigen Anleihen für den Wiederaufbau emittieren, die die deutsche Regierung unter Garantie der dem Völkerbund angehörigen Staaten zu verzinsen hätte. Ein Teil dieser Anleihen sollte Deutschland vorweg überwiesen werden, damit seine finanzielle Lage und seine Valuta gebessert werden können. Zur Hebung des allgemeinen Wirtschaftslebens, vor allem auch in Deutschland, müßten internationale wirtschaftliche Abmachungen über Eisen, Kohle, Transporte usw. und ebenso über eine gemeinsame Regelung des Verkehrs in mobilen Werten getroffen werden.

Da zu gleicher Zeit ganz ähnliche Resolutionen sowohl von dem Internationalen Gewerkschaftsbund wie von den Vertretern der Zweiten Internationale, die ebenfalls in Amsterdam zur Besprechung der Frage tagte, gefaßt wurden, lag der Gedanke nahe alle 3 Konferenzen zu einer einzigen zu vereinigen und ihren Beschlüssen so erhöhte Bedeutung zu geben. Diese Vereinigung scheiterte indes an der Weigerung der Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der Zweiten Internationale zusammen zu tagen. Der Vorwärts berichtete dies als ein Zeichen der Unversöhnlichkeit der radikaleren Parteien, die damit zeigten, daß sie ihr Parteiinteresse über das Interesse der Gesamtarbeiterschaft stellten. Ledebour gab in der Freiheit vom 8. April 1921 der alten Partei diesen Vorwurf zurück. Sie habe die Ablehnung der Unabhängigen in Amsterdam gegen diese ausgeschlachtet, obwohl sie wissen mußte, daß deren Amsterdamer Vertreter nach den in Wien angenommenen Statuten der Arbeitsgemeinschaft gar nicht berechtigt gewesen seien ohne Autorisierung mit der Zweiten Internationale zusammenzugehen. Der Gedanke der Amsterdamer Tagung sei auf die Wiener Beschlüsse zurückzuführen, die überhaupt erst die Gewerkschaften wie die Zweite Internationale zu ihren Konferenzen veranlaßt hätten. Alle diese mit so großer Erbitterung geführten Streitigkeiten können nur den Wunsch erstarken lassen, daß die Arbeiterschaft endlich wieder den Weg zu einer wirklichen innern Einigkeit finde. Nichts ist notwendiger als das.

Kurze Chronik Bei den am 20. Februar vollzogenen Wahlen zum preußischen Landtag wurden 114 Sozialdemokraten neben 29 Unabhängigen und 30 Vertretern der Vereinigten Kommunistischen Partei gewählt. Die Spaltung der Unabhängigen hatte deren Anziehungskraft gewaltig verringert, ohne den Kommunisten auch nur einen annähernd entsprechenden Zuwachs zu verschaffen. ◇ Die übliche Parteispaltung in Sozialdemokraten und soge-

nannte Kommunisten hat sich nun auch in Rumänien vollzogen. Für den Anschluß an die Moskauer Internationale wurden im Generalrat der rumänischen Partei, der Anfang Februar in Bukarest tagte, 18, für die zentralistische Gruppe 12 und für die alte Partei 8 Stimmen abgegeben. Das Parteiorgan geht in die Hände der Kommunisten über; ihr parlamentarischer Führer ist Christescu geworden. ◇ Auf dem Parteitag der englischen Independent Labour Party, der Ende März in Southport tagte, wurden 521 Stimmen gegen und nur 97 Stimmen für den Anschluß an die Dritte Internationale abgegeben. Deren Anhänger trennten sich daraufhin auch hier von der Gesamtpartei und gründeten eine eigene Organisation.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Vervollkommnung

In seiner bemerkenswerten Schrift Die Vervollkommnung in der lebenden Natur, eine Studie über ein Naturgesetz /Jena, Gustav Fischer/ hat Victor Franz, Professor für phylogenetische Zoologie an der Universität Jena, eine wissenschaftliche Untersuchung über den Begriff der Vervollkommnung in der Organismenkunde vorzulegen versucht, und dank seiner gewissenhaften, wenn auch nicht vollständigen Behandlung der Literatur ⟨wo bleibt die Rücksicht auf Bergson, Driesch, Reincke und viele andere aus dem *psychovitalistischen* Lager?⟩ ist ihm eine hübsche Geschichte des Wandels der Vervollkommnungsidee in den biologischen Theorien des Abendlandes seit den Tagen des Albertus Magnus gelungen. Vom Verfasser selbst wird das Problem, das ihn interessiert, so formuliert: »Inwiefern ist die stammesgeschichtliche Entwickelung des Organismenreichs mehr als bloße Umänderung von Gestalt zu Gestalt und mehr als Zunahme der Kompliziertheit, inwiefern ist es statthaft in ihr eine *Vervollkommnung* zu erblicken?« Inwiefern ist Entwickelung je in diesem Sinn aufgefaßt worden, mit welcher Begründung ist es geschehen, und woher stammen die Gedanken, die in der jeweiligen Begründung erscheinen?

Wie zu erwarten, wird Franz sofort in die Philosophie hineingeworfen und in die besondere Art der Naturbetrachtung, die jeder Epoche in enger Wechselwirkung mit den herrschenden religiösen und weltanschaulichen Zeitgedanken eigen gewesen ist. Er versteht jedoch nicht nur den wesenhaften Gehalt des Vervollkommnungsbegriffs, der von verschiedenen Zeiten und Denkern auf sehr wechselnde Wertkoordinatensysteme bezogen wird, recht hübsch und sauber aus seinen mehr oder weniger dünnen und leicht zerflatternden Hüllen zu schälen sondern rückt ihm auch mit dem Messer der Kritik, mag er sich in noch so einfache Formen verkleiden, recht energisch zu Leibe und kommt zu dem Ergebnis, daß von all jenen Forschern und Denkern, die das Vorhandensein eines Vervollkommnungsprozesses in der Natur bemerkt zu haben glauben, tatsächlich stichhaltige Beweise für das Vorhandensein eines Entwickelungsgeschehens, das in objektivem Sinn Vervollkommnung bedeuten würde oder könnte, nicht beigebracht worden sind.

Verwitterungsflechten

Als Verwitterungsmittel der Gesteine und eigentliche Betreiber jenes Prozesses, der massives Felsenwerk schließlich in Sand und Ackererde verwandelt, werden in der Regel nur die atmosphärischen Einflüsse der Umwelt angesehen. Man verweist auf die zerkrümelnden Sprengwirkungen des Spaltenfrostes und des gefrierenden Wassers, auf die chemischen Umsetzungen, die sich bei Zutritt von Luftsauerstoff, Kohlensäure usw. in den Muttergesteinen entwickeln, und übersieht auch den zerstörenden Einfluß der überall umherschwimmenden Kamin- und Industriegase nicht. Organismen werden in der Regel als Verwitterungsbildner nur insoweit genannt als sie schon angebrochenes oder zerlaugtes Gestein chemisch weiter aufschließen und dadurch jenen Prozeß beschleunigen, der den Schutt der Berge in nutzbare Ackererde verwandelt. Und doch sollten wir uns hüten Organismen nur als Überarbeiter und Vollender eines Verwitterungsvorgangs zu betrachten, dessen vorbereitende Stufen ausschließlich der Wirksamkeit der atmosphärischen Kräfte überlassen sind. Denn auch der Urangriff auf massives Gestein kann von Organismen ausgehen und wird am erfolgreichsten von den Flechten gewagt. Überall sieht man diese Gebilde, die bekanntlich aus einer Lebensgemeinschaft von Pilzfäden und Algen bestehen, als erste Bewohner auf nackten Felsoberflächen erscheinen, und kein Buch über pflanzliche Besiedelungskunde versäumt darauf hinzuweisen, daß aus der gesteinslösenden Tätigkeit dieser Kleinorganismen, zusammen mit ange-

wehtem Staub, jene ersten Humusschichten entstehen, auf denen Gewächsen höherer Ordnung das Gedeihen erst möglich wird. Nun ist aber den Arbeiten verschiedener Forscher, veröffentlicht in den Berichten der Deutschen Botanischen Gesellschaft, zu entnehmen, daß es gerade unter den vielvermögenden Kalkflechten Formen gibt, die sich keineswegs nur mit der Bearbeitung der Felsenoberflächen begnügen; sie dringen vielmehr auch aktiv in den Gesteinsmantel ein, so daß ihre Fadengeflechte vollständig unter der Oberfläche verschwinden, und selbst die Ausbildung der Fruchtbecher im Innern der Felsen erfolgt. Den Weg ins Innere bahnen sie sich selbst, und zwar ist unter den beiden Genossenschaftern der bahnbrechende Teil in einigen Fällen der Pilz, in anderen die Alge. Zum Öffnen des Gesteins dienen stark säurehaltige, kalklösende Stoffwechselerzeugnisse, die den Fadenspitzen entquellen. Sie fressen enge, schachtartige Höhlungen, die nach allen Seiten auseinandersprossen, in das Gestein, durchlöchern auf diese Weise den Felsen und bereiten dadurch jenen Einflüssen den Weg, die den Felsen vollends zerbröckeln.

Meeresforschung

Die Internationale Kommission zur Erforschung der Meere, die aus Vertretern Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Englands, Hollands, Norwegens, Rußlands, Schwedens und der Vereinigten Staaten gebildet war und seit 1902 besonders in fischereibiologischer Hinsicht Wesentliches geleistet hat, hat den Krieg zwar überlebt, aber schon 1915 durch den Austritt Deutschlands eine Umgestaltung erfahren. Obgleich Deutschland nur für die Dauer des Krieges sein Mandat niedergelegt hatte, ist ihm bis jetzt noch die Wiederaufnahme verweigert worden. Es hat daher jene Untersuchungen, die es früher in Zusammenarbeit mit den anderen Staaten ausgeführt hat, selbständig fortzusetzen begonnen. Bereits wurden von dem Reichsforschungsdampfer Poseidon verschiedene Nordseefahrten unternommen, auf denen vorläufig festgestellt werden konnte, daß die ausgedehnte Schonzeit während des Krieges nicht ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Fischbestände gewesen ist; die gegenseitige Durchmischung der Arten ist nicht mehr die selbe wie ehedem; auch ihre Verteilung über die alten Wohnplätze scheint sich verschoben zu haben.

Ähnlich wie die Nordstaaten haben sich inzwischen auch die ans Mittelmeer grenzenden Länder, nämlich Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Monaco, Ägypten, Tunis und die Türkei, zu einer Internationalen Kommission zur wissenschaftlichen Erforschung des Mittelländischen Meeres zusammengetan. Von der Zeitschrift dieser Korporation, dem Bulletin de la Commission internationale pour l'exploration de la Mer Méditerrannée sind sogar die ersten Hefte schon erschienen. Sie entwerfen einen für alle Länder gemeinsamen Arbeitsplan und beginnen mit der Herausgabe eines Handbuchs für die Praxis der Meerwasseruntersuchungen. Für dieses Jahr ist von Spanien eine Bearbeitung des Gebiets der Meerenge von Gibraltar geplant, während Frankreich, Italien und Griechenland sich gemeinsam der Untersuchung des Bosporus, des Marmarameers, der Dardanellen und des Ägäischen Meeres zuwenden wollen.

Gemeinverständliche Schriften

Als 29. Band der Bücher der Naturwissenschaft in Reclams Universalbibliothek ist unter dem Titel Entwickelung und Brutpflege im Tier- und Pflanzenreiche eine nachgelassene Schrift des verstorbenen Stuttgarter Zoologen und Populärschriftstellers Kurt Lampert erschienen. Sie bildet den Abschluß eines 3-teiligen Werkes, dessen erste Bände die Abstammungslehre und die Keimesgeschichte behandeln. Carl W. Neumann hat die Herausgabe besorgt und die letzte Hand an den hinterlassenen Text gelegt. Der mit schwarzen und farbigen Tafeln geschmückte Band macht einen sehr erfreulichen Eindruck. Viel Wissenswertes über das Verhältnis der Eltern zu ihrer teilweise noch ungeborenen Nachkommenschaft wird in geschickter Verarbeitung und unter gewissenhafter Verwendung der vorhandenen Fachliteratur vorgelegt und in angenehmer Form vorgetragen. Im 1. Teil wird der Leser außerdem mit den mannigfachen Formen von Metamorphose bekannt gemacht, die das aus dem Ei geschlüpfte Lebewesen durchschreiten muß, bevor es die Gestalt und Lebensweise des Muttertiers erlangt. Das Buch ist sehr zu empfehlen. Bei Neudrucken wäre eine noch gründlichere Tilgung entbehrlicher Fachausdrücke wünschenswert.

R. H. Francé hat sich mit seinem Kosmosbändchen Die Pflanze als Erfinder /Stuttgart, Franckh/ nicht übermäßig angestrengt. Nachdem er im ersten Satz Schopenhauer mit dem Ausspruch zitiert,

ein ehrlicher Kerl, der etwas zu sagen habe, bringe seine Sache einfach vor, vermeint man, wunder zu was Großem, mit Stoff und Erleuchtung Gesättigtem er diesmal einen Anlauf nehmen wolle. Aber es bleibt bei dem plauderhaften, bald lieblichen bald recht unausstehlichen Geplätscher von Worten, das sorglos über Oberflächen huscht und teilweise überaus angreifbare Deutungen erfindet. Sehr viel solider ist Kurt Floerickes Büchlein über Schnecken und Muscheln /Stuttgart, Franckh/. Es erzählt hübsch und ohne jemand anzustrengen ⟨was vielleicht ein wenig erbosen kann⟩, Bemerkenswertes aus dem Leben der heimischen Formen, zieht aber auch fremde Arten, die in das Kraftfeld unserer Teilnahme hineingravitieren, sei es auch nur ökonomisch, mit in Betracht.

Totenliste Einer der bedeutendsten Gelehrten Schwedens, der Geologe, Botaniker und Polarforscher Alfred Gabriel Nathorst ist, über 70 Jahre alt, im Januar in Stockholm gestorben. Er hatte sich 1874 für Geologie und Botanik in Lund habilitiert und wurde 1885 Intendant der Pflanzenpaläontologischen Sammlung des Naturhistorischen Reichsmuseums in Stockholm. 1870 und 1882 bereiste er Spitzbergen, 1873 bis 1884 Süd- und Mittelschweden, 1883 begleitete er Nordenskjöld auf seiner Expedition nach Grönland, 1898 leitete er eine Polarexpedition, die die Bäreninsel, Spitzbergen und König Karl-Land erforschte. Seine letzte Polarfahrt machte er als Teilnehmer der Hilfsexpedition zur Aufsuchung Andrées. Seine Arbeiten über die fossile Glazialflora Schwedens, Seelands, Norddeutschlands, der Schweiz, Englands usw. haben ihm Weltruf verschafft.

In London starb 76jährig der Naturforscher Lazarus Fletcher, der sich als ehemaliger Direktor der Naturhistorischen Abteilung des Britischen Museums beträchtliche Verdienste um die vielseitige Ausgestaltung der einzigartigen Sammlungen dieses Instituts erworben hat.

Der Professor für Anthropologie und Ethnographie an der Universität Wien Rudolf Poesch ist im Alter von 51 Jahren in Innsbruck gestorben.

Kurze Chronik Der 25 000 Mark betragende Preis der Aronsohnstiftung für die beste Leistung auf dem Gebiet der experimentellen Therapie und Bakteriologie während der letzten Jahre ist erstmalig August von Wassermann für seine Forschungen über die biologischen Vorgänge bei der Infektion, die zur Ausarbeitung der bekannten Wassermannschen Reaktion geführt haben, zuerkannt worden. ◇ Der Heidelberger Ordinarius für Botanik Ludwig Jost ist einem Ruf nach Marburg gefolgt. ◇ Der außerordentliche Professor der Zoologie an der Universität Freiburg Fr. Baltzer ist als Nachfolger B. Studers, der zurücktritt, als Ordinarius nach Bern berufen worden.

Hygiene / Georg Wolff

Geschlechtskrankheiten Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist heute noch mehr von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Gesundheitspflege als vor dem Krieg. Sie ist als eine Aufgabe der sozialen Hygiene von gleicher Wichtigkeit geworden wie die Eindämmung der Tuberkulose, deren dringende Notwendigkeit weiteren Kreisen auch erst klar zu werden begann, nachdem die Tuberkulosesterblichkeit infolge der Ernährungs- und Wohnungskalamität der Kriegs- und Nachkriegszeit wieder auf einen Stand wie vor 30 Jahren angestiegen war und damit gegenüber dem letzten Friedensjahr eine Verdoppelung erfahren hatte Führt die Tuberkulose in ihren mannigfachen Formen, in erster Linie aber die Lungenschwindsucht, zu einer übernormalen Vermehrung der frühzeitigen Todesfälle, so zehren die Geschlechtskrankheiten, vor allem Syphilis und Gonorrhoe, an den Lebenden; sie verkümmern in hohem Maß den Lebensgenuß, schränken die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit ein und führen eine erschreckende Verminderung der Zeugungskraft herbei, während es nur in Ausnahmefällen zum Tod des Erkrankten kommt: als Folge des Trippers beim Mann fast nie, bei der Frau, mit ihren vielfachen, den Boden für weitere Erkrankungen bereitenden Komplikationen (Gebärmutter- und Eierstockentzündungen, Bauchfellentzündungen, gonorrhoischen Gelenk- und Herzerkrankungen) schon eher; als Folge der Syphilis im Vergleich zur Tuberkulose ebenfalls nur in einer verschwindend geringen Anzahl von Fällen, obwohl ihre Folgeerscheinungen: Tabes und Paralyse, zu den schlimmsten Nervenkrankheiten gehören. Doch wird das Konto der Volksgesundheit durch die Geschlechtskrankheiten, vor allem durch die Syphilis, in

ebenso schwerer Weise belastet wie durch die Tuberkulose, da sie dauerndes Siechtum, unheilbare Gefäß- und Nervenkrankheiten und starke Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit veranlassen. Für die Syphilis kommt noch erschwerend hinzu, daß sie in hohem Maß die Nachkommenschaft des Erkrankten trifft.

Die Hygiene der Geschlechtskrankheiten hat Alfred Blaschko ausführlich in Weyls Handbuch der Hygiene /Leipzig, Barth/ behandelt. Es ist die 2. Auflage der vor 20 Jahren im gleichen Handbuch veröffentlichten Arbeit Hygiene der Prostitution, wesentlich erweitert durch Berücksichtigung aller der zahlreichen experimentellen Forschungen auf dem Gebiet der Geschlechtskrankheiten und der sozialhygienischen Maßnahmen zu ihrer Einschränkung. Kein anderer hätte dieses Thema in solcher Art behandeln können. Blaschko stehen neben seinem fortreißenden Temperament eben die umfassendsten Spezialkenntnisse, sein in ärztlicher Erfahrung gewonnenes reiches Wissen zur Verfügung. Er ist gegen jeden gesetzlichen Zwang auf diesem Gebiet. Der Forderung des Zwangs setzt er auch hier die weitestgehender Aufklärung entgegen; es müsse nach Möglichkeit der Wille gefestigt werden sich in diesen wichtigen Dingen selbst ein Urteil zu bilden. Gleichwohl will auch er die von der öffentlichen Hygiene als wirksam erprobten Maßnahmen nicht außer acht gelassen sehen: die Anzeigepflicht bei gewissen gemeingefährlichen Fällen von Geschlechtskrankheit, die Bestrafung der wissentlichen oder fahrlässigen Übertragung, die Vernichtung der Ansteckungsstoffe, ein möglichst durchgreifendes Verbot der Kurpfuscherei, die auf diesem Feld besonders tätig ist. Der prophylaktischen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch mechanische und chemische Schutzmittel (Kondom, desinfizierende Salben und Einträufelungen) redet Blaschko in energischer Weise das Wort. Auf seine Initiative ist es auch zurückzuführen, daß heute durch den Großberliner Verband für das Rettungswesen in den öffentlichen Rettungsstellen die Möglichkeit sofortiger Desinfektion nach jedem außerehelichen Geschlechtsverkehr geschaffen ist; in den Bedürfnisanstalten wird durch Schilder mit der Aufschrift »Schutz vor Geschlechtskrankheiten« darauf hingewiesen.

Glaubte man früher aus bevölkerungspolitischen Gründen die mechanischen Schutzmittel verbieten zu müssen, um der immer mehr um sich greifenden Geburtenprävention vorzubeugen, so hat man auch hier einen falschen Weg beschritten. Darauf weist Alfred Grotjahn in seiner ebenfalls in Weyls Handbuch der Hygiene veröffentlichten Arbeit Soziale Hygiene, Geburtenrückgang und das Problem der körperlichen Entartung hin. Die Statistik beweise unwiderlegbar, daß der Geburtenrückgang nicht aufzuhalten sei, trotz allen Verboten, wenn nicht, gleich stark im Mann und in der Frau, der Wille zum Kind vorhanden ist und durch soziale Maßnahmen, etwa durch wirtschaftliche Bevorzugung der kinderreichen Familien vor den kinderlosen und kinderarmen, gekräftigt wird. Hier liegt das schwierigste bevölkerungspolitische Problem der Gegenwart vor. Seine Lösung durch die heutigen Mittel der Sozialhygiene ist gewiß nicht leicht, muß aber auf die weitere Entwickelung der europäischen Kultur von maßgebendem Einfluß sein.

Bemerkenswerte Anregungen gibt auch der Beitrag zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, den Walter Stoeckenius in der Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, auf Grund seiner Erfahrungen an der Klinik für Haut- und Geschlechtskranke in Gießen während der Kriegsjahre 1916 bis 1918, veröffentlichte. Stoeckenius hält eine wirksame Bekämpfung nur durch Einführung eines gewissen Behandlungszwangs für möglich, der unter größtmöglicher Schonung von persönlicher Freiheit und unter weitestgehender Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses vor sich gehen soll. Dazu, fordert er, soll der Arzt, um die sogenannte Öffentlichkeit auszuschließen, auf Antrag seines Patienten ohne Namensnennung Anzeige erstatten und damit die Infektionsquelle ausfindig machen dürfen. Damit der Arzt von seinem Patienten nicht so leicht über den Ursprung seiner Erkrankung getäuscht wird, sollen ihm für derartige Fälle Beamteneigenschaften zuerteilt werden, die den Kranken seine belastenden oder nur aufklärenden Aussagen unter der Form des Eides machen lassen. Hierin erblickt Stoeckenius eine Handhabe gegen die Infektionsquelle in jedem Einzelfall wirksam vorgehen zu können und gegebenenfalls gegen den Träger der Infektionsquelle den Behandlungszwang unter Zuhilfenahme der Beratungsstelle ausüben zu lassen. Der Vorschlag verdient Beachtung. Prinzipielles dazu wird noch in einer allgemeinen Untersuchung gesagt werden müssen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das kleine Büchlein Erich Hoffmanns Die Behandlung der Haut- und Geschlechtskrankheiten /Bonn, Marcus & Weber/ hingewiesen, das in prägnanter Form einen Abriß der gesamten Therapie für den ärztlichen Praktiker gibt. Hoffmann, der zusammen mit Schaudinn im Jahr 1905 den Syphiliserreger, die Spirochaete pallida, fand, beherrscht seinen Stoff in technischer Hinsicht meisterhaft; allgemein hygienische Hinweise enthält das Buch nicht.
Erwähnt seien auch die beiden Schriften der Frauenärztin Maria von Thilo Intime Frauenfragen und Ehefreuden, -irrungen und -leiden /Oranienburg, Wilhelm Möller/. Die Anordnung des Stoffs, die Wahl der Kapitelüberschriften, die Bilder auf dem Umschlag lassen zunächst erwarten, daß es sich um minderwertige Kolportageschriften handelt. Um so mehr ist man überrascht ärztlich durchaus begründete Ansichten und gute hygienische Ratschläge für die mannigfachen Fragen des ehelichen Zusammenlebens darin zu finden. Vielleicht hat man diese Ausstattung absichtlich gewählt, um einen möglichst großen Leserkreis auch unter den Leuten zu gewinnen, die nur durch derartige Mittel zur Lektüre zu bringen sind.

Alkoholismus und Sexualität

In einer kleinen Schrift Sexuelle und Alkoholfrage, die in den Abhandlungen aus dem Gebiete der Sexualforschung /Bonn, Marcus & Weber/ erschienen ist, untersucht Adolf Kickh den Einfluß des Alkoholismus auf die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Der Verfasser ist Österreicher und hegt bis zu gewissem Grad Bewunderung für das damalige deutsche Militärsystem. Da er die »unsoziale Schlamperei« der Österreicher, wie er sich ausdrückt, aus eigener Anschauung kennt, ist seine Anerkennung der preußischen Ordnung ⟨die damals wirklich bestand⟩ zu verstehen und zu billigen. Inkonsequent erscheint sie dagegen in eben dem Zusammenhang der Alkohol- und sexuellen Frage. Weiß man doch aus Erfahrung, in welch geradezu ungeheuerlichem Maß in der preußischen Armee alkoholische Getränke verzehrt wurden, ja wie gerade von seiten des Offizierkorps eine mehr als durchschnittliche Trinkfestigkeit gefordert wurde. Dabei ist Kickh radikaler Abstinenzler; er verurteilt die »goldene Mittelstraße der Mäßigkeit«.
Den Zusammenhang von Alkoholgenuß und Sexualverfehlungen berührt auch eine kleine Studie Henriette Fürths Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als bevölkerungspolitisches, soziales, ethisches und gesetzgeberisches Problem /Frankfurt, Minjon/. Sie ist außerordentlich warmherzig geschrieben und zeugt von tiefem Verständnis und praktischer Erfahrung auf diesem schwierigen Gebiet, das ohne die Einbeziehung bevölkerungspolitischer und sozialer Gesichtspunkte nicht zu behandeln ist. Furth ist wie Blaschko, der Vorkämpfer der ganzen Bewegung in Deutschland, gegen die engherzige Reglementierung der Prostitution, die, statt ihrem Zweck: der Verminderung der Geschlechtskrankheiten, zu dienen, nur dazu beigetragen hat das Schamgefühl bei den wenigen Prostituierten zu unterdrücken, die sich zur Einschreibung melden, während sie die Hauptmasse der geschlechtskranken Frauen, die sich dem Liebesgeschäft mehr oder weniger gewerbsmäßig widmen, nie erfaßt hat. Bei der Besprechung des noch immer in vielen Teilen Deutschlands sanktionierten Bordellwesens (Hamburg) oder Kasernierungssystems (Bremen) oder der Animierkneipen werden enge Zusammenhänge zwischen dem Alkoholgewerbe und der Prostitution konstatiert. Noch in mancher andern Hinsicht kann das Buch Henriette Fürths als Aufklärungsschrift empfohlen, es sollte namentlich auch der *reifern Jugend*, die es am meisten angeht, zugänglich gemacht werden. Wenn das Problem der Geschlechtskrankheiten und ihrer weittragenden Folgen für Glück und Gesundheit der Familie in dieser ernsten Weise behandelt wird, kann kaum jemand dadurch an seiner Seele Schaden nehmen.

Gemeinverständliche Schriften

In der rastlos fortschreitenden Sammlung Aus Natur und Geisteswelt (Leipzig, Teubner/ ist die Einführung in die Immunitätslehre neu erschienen, die H. Kaemmerer unter dem Titel Die Abwehrkräfte des Körpers geschrieben hat. Die wichtigsten Tatsachen aus dem Gebiet der Immunitätswissenschaft werden hier in knapper, aber anschaulicher Form mitgeteilt.
Mit der 25. Auflage der Schrift des Badearztes in Nauheim O. Burwinkel Die Herzleiden, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung wird eine neue Sammlung Der Arzt als Erzieher /München, Otto Gmelin/ eröffnet, die eine ernsthafte Belehrung des Publikums über medizinische Dinge vermitteln soll.

Kurze Chronik Der belgische Immunitätsforscher Jules Bordet, einer der hervorragendsten Schüler des Instituts Pasteur in Paris, hat den medizinischen Nobelpreis für 1919, der dänische Physiologe August Krogh den für 1920 erhalten. Bordet ist erst vor kurzem wegen seiner Entdeckung des Keuchhustenbazillus, der Komplementablenkungsmethode und anderer wichtiger Forschungen auf dem Gebiet der Immunitätslehre mit der Pasteurmedaille bedacht worden. ◇ Die Ferdinand R. Mörsel-Stiftung zur Bekämpfung der Krebskrankheit setzt einen Preis von 10 000 Mark für eine Arbeit aus, die auf dem Gebiet der Ätiologie oder der Diagnostik oder der Therapie der bösartigen Geschwülste einen bedeutenden Fortschritt darstellt; Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober 1922 an das Direktorium des Instituts für experimentelle Krebsforschung in Heidelberg einzureichen. Der Dreimaskenverlag in München hat 3 Preise für Arbeiten über Körpererziehung und rhythmische Gymnastik ausgeschrieben, wobei auf originales Bildermaterial Gewicht gelegt wird; Endtermin der Ablieferung ist der 1. Juli 1921. ◇ In der Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege sprach auf Einladung des Vereins sozialistischer Ärzte am 17. März Ernst Neumann, jetzt Stadtarzt in Neumünster, über die Sozialisierung des Heilwesens. Er trug im wesentlichen die Grundsätze vor, die in seiner, in dieser Rundschau (1920 II, Seite 908 f.) eingehend gewürdigten Schrift über die Neugestaltung des Ärztestandes ausführlich dargelegt sind. ◇ Zur Feier der 25. Wiederkehr des Tages, an dem die Röntgenstrahlen zum erstenmal öffentlich demonstriert wurden, veranstaltete die Röntgenvereinigung in Bonn eine Festsitzung, bei der die Professoren P. Krause, Konen, Garré, von Franqué, E. Hoffmann über die Bedeutung der Röntgenstrahlen sprachen. ◇ Nach dem Ergebnis der deutschen Volkszählung hat sich die Zahl der Frauen im Verhältnis zum männlichen Teil der Bevölkerung stark vermehrt. Während 1914 der Frauenüberschuß 1,92 % betrug, stieg er 1919 auf 9.04 % und beträgt jetzt rund 7 %. Die größte Überschußzahl weist Berlin auf; hier kommen auf 100 Männer 119,59 Frauen. ◇ Die Forderung der Orthopädischen Gesellschaft Deutschlands die Orthopädie als selbständiges Fach der Medizin an den Universitäten einzuführen ist von der Universität Jena anerkannt worden; sie hat dem außerordentlichen Professor für Chirurgie Georg Magnus einen Lehrauftrag für Orthopädie erteilt. ◇ An der selben Universität soll ein Lehrstuhl für Naturheilkunde errichtet werden. Bisher hat nur, wie auch in dieser Rundschau berichtet wurde, Berlin einen solchen erhalten. ◇ Der Münchener Extraordinarius Werner Hueck ist, als Nachfolger Ernst Schwalbes ⟨der, wie hier berichtet wurde, zur Zeit der Lüttwitzepisode bei einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Zeitfreiwilligen ums Leben kam⟩, Ordinarius für allgemeine Pathologie an der Universität Rostock geworden. ◇ An der nämlichen Universität ist der Lehrstuhl für Psychiatrie mit dem frühern Straßburger Privatdozenten Max Rosenfeld besetzt worden. ◇ Der Berliner Professor Ernst Hertel wurde Ordinarius für Augenheilkunde an der Leipziger Universität.

Literatur Die Vorlesungen über Geschichte der Medizin, die Ernst Schwalbe an der Universität Rostock gehalten hatte, erschienen in 3. Auflage /Jena, Gustav Fischer/. Die von Aschoff bearbeitete Übersichtstabelle zur Geschichte der Medizin ist dieser Auflage nicht mehr beigefügt. Das Werk hat seinen großen Wert als erste Einführung in die Geschichte der medizinischen Wissenschaft. Besonders beachtenswert sind die vielfach eingestreuten Bemerkungen über den Ursachenbegriff in der Medizin, der neuerdings vielfach im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussionen gestanden hat. Als bedeutender Vorzug des Buchs erscheint es, daß die großen Zusammenhänge der naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen während der einzelnen Epochen dargestellt werden, ohne daß das Gewicht auf rein zahlenmäßiges Quellenmaterial gelegt ist. Allerdings wäre zu wünschen, daß bei einer Neuauflage in einem angefügten Schlußkapitel die jüngste Forschungsrichtung besser berücksichtigt wird. Man wird heute eine Geschichte der Medizin nicht gut mehr mit dem Lebenswerk Rudolf Virchows abschließen können. ◇ Vom Standpunkt einer mehr historischen Orientierung kann die Darstellung der Geschichte der Medizin sehr empfohlen werden, die Paul Diepgen in der Sammlung Göschen /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/ gegeben hat. Das Werk, das bisher 3 Bändchen umfaßt, in denen Altertum, Mittelalter und

Neuzeit behandelt werden, zeugt von großer Gelehrsamkeit und Beherrschung des geschichtlichen Materials, darin an die Geschichte der Medizin von Julius Pagel erinnernd, die leider seit 1915 nicht in neuer Auflage erschienen ist. Das 4. Bändchen, das die moderne Entwickelung seit Virchows Zellularpathologie schildert, ist noch nicht herausgekommen. ◇ Von dem ausgezeichneten Leitfaden der Kinderheilkunde von Walter Birk /Bonn, Marcus & Weber/ erschien in 4. Auflage der 1. Teil, der die Säuglingskrankheiten behandelt. Die Physiologie und Pathologie der Ernährung im Säuglingsalter wird im wesentlichen vom Standpunkt der Czernyschen Schule, die zurzeit richtunggebend ist, behandelt. Der Säuglingsfürsorge sind in einem Anhang 2 Seiten gewidmet; bei der großen Bedeutung dieser Einrichtung in sozialhygienischer Hinsicht sollte dieser Gegenstand in Zukunft etwas eingehender dargestellt werden. Der 2. Teil, der in 1. Auflage vorliegt, behandelt die Erkrankungen älterer Kinder unter Berücksichtigung aller neueren Forschungsergebnisse. ◇ In 5. Auflage erschien Ad. Czernys kleines Büchlein Der Arzt als Erzieher des Kindes /Leipzig, Franz Deuticke/, das für das physische und seelische Gedeihen des Kleinkindes warme Worte findet; sie entsprechen der großen Erfahrung des Verfassers. Die Schrift sei allen Fürsorgerinnen und Pädagogen empfohlen, die von einem Meister der pädiatrischen Wissenschaft Aufklärung über viele mit der Pathologie des Kindesalters zusammenhängende Erscheinungen erwarten. ◇ In den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ bespricht W. Hanauer die sozialhygienischen Leistungen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenversicherung im Kriege und ihre Zukunftsaufgaben, Richard Roeder die Sozialisierung der ärztlichen Heiltätigkeit im Verbande der Gesundheitsversicherung; ferner erschien der ausführliche Jahresbericht über soziale Hygiene, Demographie und Medizinalstatistik von A. Grotjahn und F. Kriegel für das Jahr 1918, enthaltend das gesamte Quellenmaterial auf diesen Gebieten, das heute in zahlreichen medizinischen, hygienischen und volkswirtschaftlichen Zeitschriften verstreut ist. ◇ Eine verdienstvolle Untersuchung zur Geschichte der Medizin hat Karl Schmiz in seiner Arbeit Die Medizinische Fakultät /Bonn, Marcus & Weber/ angestellt. ◇ Eine besondere Heraushebung verdient die Schrift des jetzigen Ministerialdirektors Adolf Gottstein Die neue Gesundheitspflege, die in der Sammlung Die neue Welt /Berlin, Siegismund/ erschienen ist. Selten ist auf wenigen Seiten eine solche Menge praktisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse zusammen mit eigenen Erfahrungen aus dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege einem großen Publikum übermittelt worden. Dabei überrascht von Seite zu Seite die Belesenheit des Verfassers, die ein erstaunliches Maß von biologisch - naturwissenschaftlicher wie philosophisch - soziologischer Bildung zeigt; sie berührt um so angenehmer, als sie bei der militärärztlich-formalen oder höchstens noch experimentell hygienischen Vorbildung unserer Verwaltungsmediziner eine große Seltenheit war. In dem Büchlein wird für eine bessere sozialhygienische und vor allem auch sozialpolitische Durchbildung unserer Ärzte plädiert. Der Sozialisierung des Heilwesens in dem Sinn, daß auch die behandelnden Ärzte Beamte werden, steht Gottstein kritisch gegenüber. Nach der gegenwärtigen Entwickelung werden die Verwaltungs- und Fürsorgemediziner (Kreis-, Kommunal-, Schulärzte usw.) immer vollständiger in ein festes Beamtenverhältnis unter Ausschluß ärztlicher Praxis gebracht, so daß sie sich ganz und gar der prophylaktisch-hygienischen Tätigkeit widmen können. Daß wir bereits mitten in dieser Bewegung stehen, die allmählich, nicht sprunghaft fortschreitet, wird von vielen übersehen, die eine mehr oder weniger gewaltsame Verstaatlichung des Heilwesens erstreben. ◇ Eine Bearbeitung der gerichtlichen Medizin hat Erich Harnack in Gemeinschaft mit Fr. Haasler und F. Siefert vorgenommen /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Das Werk, das bereits im Jahr 1914 erschien (die durch Krieg und Novemberzusammenbruch bedingten Veränderungen sind in ihm also nicht berücksichtigt), faßt den umfangreichen Stoff in meisterhafter Weise zusammen und ist für Nichtmediziner, namentlich Juristen und Sozialpolitiker, ebenso wertvoll wie für medizinische Fachleute, da das Gebiet der gerichtlichen Medizin zahlreiche Fragen umfaßt (gewaltsame Todesursachen, Vergiftungen, Versicherungsmedizin, Zurechnungsfähigkeit usw.), die ein hohes allgemeines Interesse beanspruchen. Die Ausstattung ist vortrefflich, da sie noch vor dem Krieg besorgt wurde.

KUNST

Bühnenkunst / Nora Zepler

d'Andrade † Am 8. Februar starb Francesco d'Andrade, in Berlin, wo er sich seit kurzem wieder aufhielt. Die Nachricht traf uns wie ein Schlag. Denn obgleich d'Andrade, wie hier in der Rundschau berichtet wurde, vor kurzem 60 Jahre alt geworden war, so war es eigentlich doch selbstverständlich, daß er nun, da er nicht mehr *feindlicher Ausländer* war, bald wieder hier auf der Bühne stehen und die Champagnerarie singen, das ewig lebendige Leben geben würde. Denn mit d'Andrade konnte man den Begriff eines Alterns überhaupt nicht verbinden. Noch ein Jahr vor dem Ausbruch des Weltkriegs hat er eine ganz neue Rolle gegeben: den Figaro im Barbier von Sevilla des Paisiello, der bei Kroll am 19. April 1913 ein einziges Mal aufgeführt wurde. Er war da wieder, wie man ihn sich gar nicht anders vorstellen konnte: ein Brausen von Feuer, überlegener Laune, Grazie und Ungestüm, von einer Charakteristik, die verblüffte, als ob man ihn zum erstenmal gesehen hätte ⟨und das war bei ihm stets so⟩, und die diesen Figaro von dem Rossinischen, an dem man doch jeden seiner Töne kannte, schärfstens unterschied, und doch alles absichtslos, wie aus dem Leben selber.

Francesco d'Andrade war ein Phänomen des Gesangs wie der Darstellung; man muß es als Glück empfinden ihn gesehen zu haben, da seinesgleichen nicht wiederkehrt. Die fabelhafte Leichtigkeit seines strahlenden Baritons ist unerreicht geblieben. Und dabei war er in seiner Genialität von einer künstlerischen Gewissenhaftigkeit, daß man, wie Max Steinitzer in seinen Meistern des Gesangs /Berlin, Schuster & Loeffler/ ⟨einem ebenso aufschlußreichen wie unterhaltenden Buch, dessen Lektüre auch demjenigen, der in manchen Urteilen von dem Verfasser abweicht, vieles zu geben vermag⟩ sehr gut ausführte, von ihm »aus dem dicksten Ensemble heraus« jede Note hörte; man »vernahm dadurch ganze Stellen zum erstenmal, die viele nur vom Lesen des Klavierauszugs kannten, wie das köstliche Accentuato im ersten Rigolettofinale und vieles andere«. Nicht der Umstand, daß ihm niemand das Tempo der Champagnerarie, auch wohl kaum jemand das Tempo des »Ah, bravo, Figaro« nachmachen konnte, beleuchtet die Größe seiner Künstlerschaft; sondern daß dieses Tempo als das naturnotwendige erschien. Die Persönlichkeit d'Andrades, die selber eine einzigartige Synthese war, bestimmte ihn dazu die einzigartige Gestalt des Don Juan zu verkörpern, jener gewaltigsten Gestalt der Opernliteratur: nicht des Frauenverführers ⟨als der er in der Konvention erscheint⟩ sondern des Menschen, der seinem Dämon folgt, und der darum alle bezwingt, die nur dem Gefühl sich hingeben, jenes Menschen, der selber Hingabe an das nie Erreichte ist, der sein Schicksal selber trägt, ohne Hilfe von einer andern Macht, und ohne sich einer andern Macht zu beugen; der darum auch die letzte Konsequenz der Selbstverantwortung zieht. Francesco d'Andrade war der Don Juan, wie Mozart ihn in der Vision, wohl sicher nicht wirklich auf der Bühne, erschaut hatte. Er, der die Donna Anna liebte und suchte, beglückte alle, so daß jede für einen einzigen Augenblick, den sie empfing, ihm ein Leben lang Treue halten mußte; wie auch ihm, im ewigen Wechsel, doch das Gefühl der Untreue im eigentlichen Sinn fremd war.

Francesco d'Andrade war sicher ein Mensch von ungewöhnlicher Intelligenz. Und doch war in seiner künstlerischen Gestaltung nichts Intellektuelles. Alles kam bei ihm aus der Intuition, die die Gestalten sofort in ihrer letzten Tiefe erfaßte, ohne daß es dann nötig war sie noch weiter zu *durchdenken* oder zu *entwickeln*. Daher das Endgültige seiner Gestalten. Daher auch das Nichtunterscheiden von *Wesentlich* und *Unwesentlich*, von *Groß* und *Klein* in den Einzelzügen, alles das, was man sich gewöhnt hat als Postulat der Darstellungskunst anzusehen, und was doch vor ihm zunichte wurde: so selbstverständlich kam alles bei ihm heraus, daß man merkte, es hätte gar nicht anders sein können, aber auch nicht anders sein dürfen. Er war eben ⟨und dies ist das einzige Wort, das man bei ihm immer wiederholen muß⟩ das Leben selber, das unerschöpfliche, nie ermüdete, daher nie ermüdende. Er war auch der Körper gewordene Rhythmus. Seine Gestalt hatte nichts vom *Helden*, den man sich in Deutschland meist im Gardemaß vorstellt, und sie war gerade darum die eigentlich männliche Gestalt. Kraft und Anmut atmeten seine feinen Gelenke, seine schlanken Glieder, seine hinreißenden Bewegungen, seine faszinierenden Verbeugungen und vor allem das leidenschaftliche Mienenspiel, das tausend Gesichter in einem und doch wieder das eine in all diesen

tausend zeigte. Seine Kostüme waren ein Stück seiner selbst. Das schwarze Kostüm mit den bis zu den Knien reichenden Stiefeln des ritterlichen Kavaliers, der den Zweikampf mit dem Gouverneur ausficht; das berühmte weiße Kostüm des Festes; das rote des Ständchens; das grüne endlich des Abendessens, an dem Don Juan mit dem Leuchter in der Hand seinem Schicksal entgegentritt: alles das könnte wohl nachgeschneidert werden, aber niemand verstünde diese Kleider zu tragen.

Francesco d'Andrade hatte ⟨das brachte seine Stellung außerhalb der festen Bühne mit sich⟩ naturgemäß einen kleinern Rollenkreis als die engagierten Sänger. Aber einen, der die ganze Vielgestaltigkeit seines unendlich reichen Wesens zeigte. Sein Figaro war ein Wirbelsturm. Er beherrschte alles, und war doch der ergebene Diener des Grafen Almaviva: aber, trotz der »vollen Börse«, doch nur aus Passion. Unvergleichlich war sein Rigoletto. Wenn er im 1. Akt auf die Bühne sprang, war die ganze Szene wie mit einem Zauberschlag verändert: in die künstliche Lustigkeit der Hofgesellschaft kam mit einemmal ein Element, das alle aufreizte. Erschütternd war sein Auftritt zu Beginn des 3. Aktes, wenn er trällernd hereinkommt und, vom Fluch verfolgt, sein Kind sucht. Und dann der Schrei, mit dem er am Schluß zusammenbricht, wenn der Fluch sich erfüllt hat: der Schrei des furchtbaren Sturzes des Gemarterten, Geduckten, der zum erstenmal sich erhoben zu haben geglaubt hatte und nun in die tiefste Tiefe stürzt. Der neuitalienische Verismus lag der feinen Gesangskultur d'Andrades an sich nicht. Daß er, wenn er sich ihm zuwandte, auch hier das Höchste schuf, ja im Grunde dessen Wesen überhaupt ihm selber neu zeigte, bewies sein Tonio, den er einige wenige Male spielte. Es war das Elementare des Animalischen, das aus dieser Gestalt hervorbrach. Wie ein geblendetes Tier lief, stürzte er hin und her; und war doch nur ein getretener Mensch, um sein Glück betrogen, von rasender Leidenschaft getrieben. Man könnte so jede der Gestalten d'Andrades in allen Einzelheiten beschreiben und hätte doch gar nichts gegeben. Denn keine dieser Einzelheiten war für sich wichtig, und jede war gleich wichtig, wenn d'Andrade selber sie in ihrer Einheit gab. Wer d'Andrade sah und Sinne hat, wird keine dieser Einzelheiten vergessen; wer d'Andrade hörte und Ohren hat, wird keinen seiner Töne verlieren. Aber den wirklichen d'Andrade erlebte nur der, dem der Don Juan das war, was Mozart geschaffen hat ⟨nicht die Buffooper, zu der man ihn neuerdings degradieren wollte⟩. Das heutige Geschlecht, dessen männliches Ideal die weichlich-brutalen Kinohelden darstellen, war von einem innern Verhältnis zu d'Andrade wohl bereits recht entfernt. Die Zukunft erst wird es wieder möglich machen, die Zukunft, in der erst auch Mozart richtig erkannt werden wird.

Die Leiche Francesco d'Andrades wurde von Berlin nach Lissabon überführt und dort am 17. März beigesetzt. Alle Kreise der Bevölkerung nahmen an den Ehrungen teil, die dem Toten erwiesen wurden. Das portugiesische Volk wußte, daß es einen großen Sohn verloren hatte.

Klassikeraufführungen

Im Deutschen Theater in Berlin wird jetzt Schiller neu einstudiert. Zuerst wurde, unter Reinhardts Regie, Kabale und Liebe gegeben. Wir sind, scheint mir, von diesem Stück etwas entfernt, empfinden sein revolutionäres Gefühl letzten Endes doch als bürgerlich begrenzt. Dennoch hatte die Aufführung, trotz der unzulänglichen Umbesetzung wichtiger Rollen, etwas Packendes. Es ging hauptsächlich von der Lady Milford der Agnes Straub aus, die wundervoll aussah und ein leidenschaftliches Menschenherz offenbarte, und von Luises Vater, den Karl Elzer gab. Die Tragödie des gealterten Mannes, dem sein einziges auf der Welt, die vergötterte Tochter, vor seinen Augen zerstört wird, ergreift heute am meisten. Das Liebespaar selbst hatte etwas Opernhaftes, Paul Hartmanns Ferdinand gibt sich nicht viel Mühe außer schön auch wahr zu sein, Thea Kastens Luise ist zwar sympathisch, aber die typische Sentimentale. Daß man Luise einer Milford vorzieht, ist, bei so konventioneller Gestaltung, kaum zu verstehen. Sie müßte schon etwas mehr Charakter, Leidenschaft und Geist eingehaucht bekommen. Die Figur erfordert das durchaus.

Ein lohnendes Experiment ist es eine nicht mehr ganz funkelnagelneue Vorstellung auf unseren ersten Bühnen zu sehen. Die Don Carlos-Aufführung des Deutschen Theaters, der ich beiwohnte, hatte ein so unglaublich niedriges Niveau, daß sich jedes kleine Stadttheater ihrer hätte schämen müssen.

Die Schillerinszenierungen dieses Theaters wurden dann durch eine Neueinstudierung der Jungfrau von Orleans unter der Regie Karlheinz Martins fortgesetzt.

Bruno Taut, von dem die szenische Gestaltung stammt, hat das Werk als eine Heiligenlegende aufgefaßt und es demgemäß, wie in einen Heiligenschein, in eine gläserne Bühnenumrahmung hineingestellt, die, wie Taut in den Blättern des Deutschen Theaters schreibt, »zur Verschmelzung der harten Kanten, wie sie die gegebene Guckkastenbühne nun einmal hat«, dienen soll. Doch wirkte diese Umrahmung mehr als eine Entfernung zwischen Bühne und Zuschauerraum denn als Vermittlung. Die Einstellung des Bühnenbildes auf das Mystisch-Legendäre (manche Bilder ähnelten Kirchenfenstern, die in verschiedenen Lichtwirkungen erstrahlen) ist im Einklang mit der gesamten Regie und Darstellung. Aber diese scheint mir nicht restlos den tragödischen Kern des Werks zu erfassen. Der Widerstreit der überpersönlichen Bestimmung und des persönlichen Schicksals geht in der Aufführung des Deutschen Theaters vollkommen verloren. Hier ist nichts gegeben als das Wunder, das vom Anfang bis zum Schluß das einzige Erlebnis bleibt. Aber diese scheinbare Einstellung auf das rein Religiöse geht im Grunde gerade an diesem vorbei, weil sie dessen Eigentliches: das Sichdurchringen vom Persönlichen weg zur Freiheit der Bestimmung, ausläßt. Deswegen versagt die Trägerin der Titelrolle, Helene Thimig, für mein Gefühl hier vollkommen. Sie geht dem tragischen Konflikt einfach aus dem Weg. Die Kindlichkeit und inbrünstige Gläubigkeit der Schillerschen, von allem Anfang an doch tragischen, Gestalt nimmt sie zum Anlaß ein höchstens 12jähriges Geschöpf aus ihr zu machen, in dem sich religiöser Wahnsinn durch ein stereotypes Lächeln und einen fast lallenden Ton ausdrückt. Das ist vielleicht ein sehr charakteristisches Krankheitsbild, nie und nimmer aber die Darstellung eines durch leidenschaftlichstes Gefühl zur Höhe seiner Bestimmung sich durchkämpfenden glutvollen Menschen. Für die untragische Darstellung Thimigs ist es bezeichnend, daß der Moment gerade der höchsten Intensität: das Gebet vor dem Zerbrechen der Fesseln, selbst akustisch unvernehmbar, spurlos verloren geht. Hier trägt wohl, wie überhaupt zu einem Teil, auch die Unfähigkeit der Darstellerin Schillers Sprache im Organ rein technisch zu meistern die Schuld.

Unzulänglich war die von Berger geleitete Neueinstudierung des Torquato Tasso im staatlichen Schauspielhaus in Berlin. Die Schauspieler sagen fast sämtlich, Decarli als Antonio ausgenommen, mit pathetischem Deklamando ihre Verse auf, aber gestalten nirgends Charaktere. Müthel ist als Tasso weit entfernt den zerrissenen, sich auflehnenden, dennoch paktierenden Menschen zu geben, den Goethe zeichnet. Dagny Servaes als Sanvitale kämpft nicht immer siegreich gegen die dichterische Form. Ein durchaus konventioneller Gast als Leonore d'Este half sich mit süßlich-larmoyantem Deklamieren. Tasso ist an sich kaum ein Theaterstück. Seine feinsten Schönheiten, Ausstrahlungen persönlicher Erlebnisse, gehen auf der körperhaften Szene leicht zugrunde, und die Tendenz des Werks mit ihrem Sichbeugen vor dem Hergebrachten, wenn auch als unwahr Erkannten, widerstrebt uns. Man mag Tasso einmal spielen, wenn man einen für den Dichter geschaffenen Darsteller, wie Kainz es war, besitzt, der diesen eigentümlichen menschlichen Widerstreit blutvoll lebendig machen kann. Sonst verzichte man lieber auf die Aufführung.

Mozart: Cosi fan tutte

Die Berliner Staatsoper hat Cosi fan tutte nach langer Zeit wieder einmal neu einstudiert. Mit Recht ist für die Neueinstudierung die ursprüngliche Fassung gewählt worden, in der die Täuschung der Frauen den Liebhabern wirklich gelingt. Zu der vom Humor nur bedeckten Innerlichkeit des Werks mit seiner fatalistisch lächelnden Resignation des Allesverstehens paßt aber die Betonung des opera buffa-Stils im äußern Rahmen, der durch eine Bühne auf der Bühne das Spiel spielerisch machte, ebensowenig wie der von der Regie angestrebte, auch durch die übertrieben wilde Verkleidung der Liebhaber unterstrichene, Anklang an das Marionettenspiel. Man fühlt sich durch solche gewollte Komik verstimmt. Denn man hat es bei Mozart immer mit dem wirklichen tief Menschlichen zu tun, vor dem jede Beziehung auf irgendeinen Zeitstil nur als Veräußerlichung und Verflachung wirkt.

Die Aufführung selbst läßt denkbar viel zu wünschen übrig. Man hatte die technisch schwierigen Partieen dieses musikalisch einzig schönen Werks fast durchweg unzureichend besetzt. Alexander Kirchner und Benno Ziegler als Ferrando und Guglielmo, sowie Emmy Heckmann-Betendorf als Dorabella sind ihren Rollen gesanglich ebensowenig gewachsen, wie sie von deren Geist erfüllt sind. Vera Schwarz war allzu kalt, sie betonte zu sehr die bloß nach dem Vorteil Gehende.

〈Es ist bemerkenswert, daß die Despina die einzige Mozartsche Figur ist, die keine Sympathie einflößt, wie dies sonst alle, auch die Osmin und Monostatos, ja auch Basilio, tun. Es ist, als ob diese berechnende Menschenkenntnis Mozart so widerstanden hat, daß er nicht warm werden konnte. Gleichwohl strahlt die Mozartsche Güte auch auf diesen Menschen, und gerade das uns fühlen zu lassen sollte die Darstellerin bestrebt sein.〉 Von allen Mitwirkenden schuf nur Desider Zador als Marchese aus dem Geist dieser Musik, die er auch wirklich zu singen verstand, er war bei überlegener Ironie voller Zartheit und feinster Kultur. Neben ihm kann man nur noch Elise von Catopol nennen, die, wenn auch stimmlich nicht immer gleichmäßig, so doch im Gesang wie in der Empfindung am meisten sich Mozart annäherte. Alles in allem: Von früheren Cosi fan tutte-Aufführungen (mit Elisabeth Leisinger oder später Emilie Herzog, mit Robert Philipp und Gleichgearteten) darf man nicht hören. Unsere Staatsoper ist von einem Mozartstil zurzeit weit entfernt; denn er wird am besten getroffen, wenn man am wenigsten dazu *macht*. Nur Menschen braucht man dazu, keinen Rahmen.

Singspiele Erich Fischer veranstaltete im Saal des Lessingmuseums in Berlin, in einem kleinen Raum einer stillen Straße des alten Berlins, Aufführungen von *musikalischen Komödien*, die dadurch entstanden, daß von ihm aus einzelnen Melodieen, Liedern und Musikstücken eines bestimmten Komponisten durch einen passend untergelegten Text kleine Singspiele zusammengestellt wurden. Ganz geringfügig ist der Aufwand an Material, der für Inszenierung und Darstellung gebraucht wird. Eine einzige, wenig veränderte Dekoration, ein Vorhang genügen vollständig für das szenische Bild. Die Anzahl der Mitwirkenden kann, bei dem kleinen Personenkreis der Singspielgattung, auf ein Mindestmaß beschränkt, und die Rollen in den verschiedenen aufgeführten Werkchen können fast immer von den nämlichen Sängern gesungen werden. Das Orchester, das für das Singspiel klein sein darf und muß, wird bei den Aufführungen des Lessingmuseums sogar, mit vollem Erfolg, durch Klavierbegleitung ersetzt. Und auf diese einfachste Weise werden von Erich Fischer wunderschöne Stücke der Musikliteratur, von Gluck, Mozart, Haydn, Marschner, Schubert, Dittersdorf, Reichardt und anderen, für uns neu gewonnen. Und die Darsteller waren mit solcher Lust und Liebe bei der Sache 〈übrigens auch von bemerkenswertem künstlerischen Vermögen〉, daß man nur Freude empfinden und dankbar sein konnte und sich geschämt hätte kalte Kritik zu üben.

Es ist in dieser Rundschau bereits dargelegt worden, welch eine Fülle köstlicher Musik das Singspiel beherbergt, und wie dringend uns darum eine Singspielbühne nottut. Denn noch besser als jene Zusammenstellungen wäre es die wirklichen kleinen Opern (wie Bastien und Bastienne) zu geben. Jeder Versuch eines privaten Unternehmers hierfür ein besonderes Institut dauernd selbständig zu führen ist aber bisher an materiellen Gründen gescheitert, da der Interessentenkreis zu gering war, um dem Unternehmen die nötige Stütze zu geben. Und dennoch ließe sich eine ständige Singspielbühne ohne jeden Kostenaufwand ins Leben rufen. Unsere beiden Berliner Opernhäuser brauchten sich ja nur zusammenzutun, um mit den Kräften ihrer Ensembles in irgendwelchen Nebensälen ihrer Häuser von Zeit zu Zeit Singspiele aufzuführen, ohne jede andere dekorative Ausstattung als eine szenische Wand, ein Paar Versatzstücke, mit ohnehin im Fundus vorhandenen Kostümen und mit ganz kleinem, aus den beiden Orchestern mit Leichtigkeit zusammenstellbaren Kammerorchester. Unsere Opernhäuser könnten so ohne Mühen und Risiko eine bisher vernachlässigte Pflicht erfüllen.

Kurze Chronik Unter dem Vorsitz des Dichters Waldemar Hartmann wurde in München der Verein der Donnerstagbühne gegründet, der sich die Pflege des modernen Dramas und der Schauspielkunst zur Aufgabe gemacht hat. In Anlehnung an die Kammerspiele und das Schauspielhaus wird der Verein zu diesem Zweck eine Versuchsbühne unterhalten, von der jeden Donnerstag Dramen aufgeführt werden sollen, die aus technischen Gründen von den ständigen Bühnen nicht gegeben werden. Als erste der Veranstaltungen bringt der Verein das Drama Alfred Brusts Der singende Fisch und das Arnold Bronnens Vatermord, beide als Uraufführungen. ◇ Der Theaterkulturverband hat sich eine Abteilung Puppentheater geschaffen. Durch die neue Gründung soll für Erhaltung der künstlerischen und kulturellen Werte des Puppenspiels gesorgt werden. Ein Verein Leipziger Puppenspiele will das

Puppentheater pflegen und ihm zu einem ständigen Heim verhelfen. Im Einvernehmen mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht soll für das Puppenspiel als Bildungsmittel Propaganda gemacht werden. ◇ Die Berliner Volksbühne hat das Neue Volkstheater für 3½ Jahre übernommen. Es soll völlig selbständig geführt werden. Künstlerischer Leiter ist Heinz Goldberg geblieben, während Emil Berisch ausgeschieden ist. Der künstlerische Ausschuß der Volksbühne hat sich das Mitbestimmungsrecht über den Spielplan gesichert. ◇ Zum Direktor des Burgtheaters in Wien wurde Anton Wildgans berufen. Der bisherige Direktor Albert Heine scheidet aus der Leitung aus, bleibt jedoch als Schauspieler und Regisseur dem Institut erhalten.

KULTUR

Kunstgewerbe / Adolf Behne

Osthaus † Am 27. März starb in Meran Karl Ernst Osthaus, knapp 47 Jahre alt. Hätten wir in Deutschland mehr Menschen seiner Art! Osthaus, der in dem westfälischen Industrierevier (seine Vaterstadt ist Hagen) aufwuchs, erkannte früh die Trostlosigkeit und hohle Häßlichkeit unserer Fabrikantenära. Er empfand ähnlich wie Morris und Ruskin, daß die Rettung nur kommen könnte, wenn »alle schaffenden Kräfte sich auf die Schönheit einstellten«. Diese Umstellung der Zeitgenossen zu erreichen fand er eine künstlerische Erziehung von unantastbarer Strenge als das vollkommenste Mittel. Er kam zu dem Plan seines Folkwangmuseums. Bedeutende ererbte Geldmittel machten ihm die Durchführung seines großen und kühnen Plans möglich. Es scheint mir das zumeist Bewundernswerte und Seltene an Osthaus, daß er weniger sprach und schrieb ⟨außer seinem, weiter unten im Abschnitt Literatur gewürdigten van de Velde-Buch und einigen Aufsätzen veröffentlichte er nur die Grundlinien der Stilentwickelung /Hagen, Folkwangverlag/, mit denen er in Würzburg in späten Jahren promovierte⟩ als handelte. Er klagte nicht an. Er verlangte nicht, daß *man* oder *die Regierung* oder *die Menschen* etwas täten, sondern er leistete, ein schöpferischer Mensch, aus eigener Initiative das vorbildliche Werk. Zunächst das Museum mit höchst erlesenen Meisterwerken antiker, orientalischer, mittelalterlicher und moderner Kunst. Er sammelte ⟨vor 20 Jahren!⟩ Kollektionen von Matisse, Gauguin, Hodler, Cézanne, van Gogh. 1906 gab er van de Velde den Auftrag für ihn das Haus Hohenhof zu bauen, und in die selbe Zeit reicht der Plan der Gartenvorstadt Donnerkuhle zurück, mit der er ein Beispiel künstlerischen Städtebaus geben wollte. Der Krieg ließ den Plan nicht zur Ausführung kommen. Nachdem Peter Behrens den Bebauungsplan entworfen und eines der Häuser errichtet hatte, zu dem dann noch sehr wertvolle 6 Häuser von Lauweriks traten, stockte das Ganze. Osthaus gehörte zu den Begründern des Deutschen Werkbunds. Er schuf das Deutsche Museum für Kunst in Handel und Gewerbe und trat in der letzten Zeit leidenschaftlich für die Schaffung eines großen Bebauungsplans für das gesamte Industrierevier ein. Zuletzt ging er an die Krönung seines Werks: durch eine moderne Schule, deren Haus er Bruno Taut in Auftrag gab. Doch war Osthaus in dieser Zeit schon krank und durch manche Erfahrungen verbittert. Die Schule löste sich bald auf.

Was aus dem wundervollen Werk dieses von höchstem Pflichtgefühl erfüllten Menschen werden mag, ist eine große und dunkle Frage. Auf keinen Fall dürfen Folkwangmuseum und Haus Hohenhof Objekte der Spekulation werden. Es ist dringend notwendig, daß die Öffentlichkeit in kürzester Frist über das Schicksal der Osthausschen Lebensarbeit unterrichtet wird. Es liegt eine einfache und selbstverständliche Verpflichtung vor sie zu erhalten. Die Verwaltung des Museums hat vor kurzem Karl With übernommen, zu dessen Tätigkeit wir das größte Vertrauen haben dürfen.

Cuypers † Peter J. H. Cuypers, der jetzt im Alter von 94 Jahren gestorben ist, war mit Recht einer der angesehensten Architekten Europas. Er wurde am 16. Mai 1827 in Roermond in Holland geboren, studierte an der Akademie zu Antwerpen, wuchs in der Epoche eines wurzellosen Klassizismus auf, machte sich aber als einer der ersten von diesem frei, und zwar durch die begeisterte Aufnahme der gotischen Baudenkmäler des Nordens, bestärkt durch das Beispiel Viollet-le-Ducs, der eine Zeitlang sein Lehrer war. Das Studium der mittelalterlichen Baukunst führte ihn zur Betonung sachlich-konstruktiver Baugedanken, wenngleich er nicht so weit gehen konnte diese Tendenz unter Verzicht auf überlieferte Formen konsequent durchzuführen. Das bleibende

Denkmal seiner Einfühlung in die mittelalterliche Baukunst ist die Restauration des Mainzer Doms, dessen östliche Chorkuppel sein Werk ist. Über seine Arbeit am Mainzer Dom veröffentlichte er auch ein Buch in deutscher Sprache (Der Dom in Mainz /1878/). Seine weitaus bekanntesten Bauten sind in Amsterdam das Rijksmuseum /1877/ und der Bahnhof /1881/. Beide zeigen ihn wieder mehr im Fahrwasser der Eklektizisten, da er die Baukörper in die Formen der niederländischen Renaissance einkleidete. Es ist aber bemerkenswert, daß man namentlich bei dem Bahnhof unter dem Spiel der fremden Formen sehr stark schon ein eigenes tektonisches Leben spürt. Diese Bauten Cuypers ⟨er selbst hielt das Museum für sein wichtigstes Werk, das wir freilich als Museum heute kaum noch genießen können⟩ sind in viel höherm Maß *gebaut* als das, was gleichzeitig bei uns entstand. Man empfindet bei Cuypers, der eine sehr bedeutende Schule, namentlich für den katholischen Kirchenbau, geschaffen hat, bereits unter der akademischen Oberfläche ein neues Leben. Derjenige, der dieses Leben befreite, war H. P. Berlage. Berlages früheste Arbeiten liegen noch durchaus in der Richtung Cuypers: erster Entwurf für die Amsterdamer Börse /1886/; erst am endgültigen Bau dieser Börse, der ihm 1897 übertragen wurde, entwickelte sich Berlage über Cuypers hinaus. Die Verehrung, die er dem Vorgänger entgegenbrachte, spricht sehr schön aus dem Aufsatz, den er zum 90. Geburtstag Cuypers für die Bauwelt schrieb.

Mode

Die Ausstellung Farbe und Mode, die von der deutschen Modeindustrie gemeinsam mit der Akademie der Künste in deren Räumen in Berlin veranstaltet wurde, nötigt, außer den kurzen Bemerkungen in meinem Artikel Deutschland und die europäische Kunstbewegung (in diesem Band, Seite 297 ff.) zu einigen prinzipiellen Notizen.

Man glaubt bei uns irrtümlich, eine Mode könne *gemacht* werden. Dem ist nicht so. Auch der geschmackvollste Kunstgewerbler kann keine Mode entwerfen und auch nicht ein ganz richtiger Künstler. Das Besondere der Mode ist nämlich, daß sie nicht entworfen, nicht fertig dargeboten wird. Zwischen den Gewändern für ein Bühnenstück und einem Straßenkleid ist ein ganz gewichtiger Unterschied. Bei uns freilich wird alles und jedes theatermäßig aufgezogen. Die Innenräume unserer Kunstgewerbler, Innenarchitekten, und wie sie sich sonst nennen mögen, wirken immer wie Theaterdekorationen. Sie sind gemacht wie für ein Stück von Schnitzler, Wilde oder Shaw.

Warum spielt Paris die ausschlaggebende Rolle in der internationalen Mode? Kurzsichtige meinen, weil die französische Mode nun einmal Trumpf in der Welt sei. Aber das Entscheidende der Pariser Mode ist: daß sie nicht eine französische Mode sondern die Weltmode ist. Daß das Zentrum dieser Weltmode unbestritten Paris ist und bleibt ⟨auch jegliche *deutsche Mode*, soweit sie überhaupt getragen werden kann, ist nichts als ihre Kopie⟩, hat nicht etwa seinen Grund darin, daß Paris die raffiniertesten Künstler in den Dienst der Mode stellt, sondern ganz im Gegenteil darin, daß die Mode in Paris keine Angelegenheit der Kunst ist. Die Mode bestimmt in Paris die Frau. Die Schneiderateliers stellen in jeder Saison Modelle der verschiedensten Art und von verschiedenstem Charakter aus. Aus ihnen wählt der Geschmack der Käuferinnen einen bestimmten Typ, nicht nach *künstlerischen* Gesichtspunkten, als jeweilige Mode. In dieser instinktiven Auswahl besteht der eigentliche Schöpferakt der Mode. Man kann es überall beobachten, daß der Weg: die Mode machen zu wollen, niemals zu einem Erfolg führt, auch nicht mit Anwendung von Geschmack und Kunst. So geschmackvoll zum Beispiel die Modelle der Wiener Werkstätten vor einigen Jahren waren, sie schlugen dennoch nicht ein. Es war der Geschmack von Männern, der sie geschaffen hatte, es war etwas Fertiges, gegen dessen Übernahme sich das Gefühl der Frau spröde verhielt.

Man schiebt bei uns die Sache auf ein ganz falsches Geleise. Es handelt sich wirklich nicht um Kunstwerke. Wie die Verquickung mit *hoher Kunst* das Handwerk fast schon überall tot gemacht hat, so droht die Einmischung von Künstlern auch in der Mode Unheil anzustiften. Die Mode ist ihrem Wesen nach anonym, ungreifbar, und man nimmt ihr deshalb den Lebensodem, wenn man sie mit Kunst verquickt. Geschieht das gar mit einem so lächerlichen Aufwand wie hier, derart, daß man vor lauter Malerei, Plastik, Wissenschaft, Tabellen, Stammbäumen, Malerei und noch einmal Malerei kaum irgendetwas von Hüten, Kleidern usw sieht, so blamiert man sich nur vor allen Menschen von Geschmack. Hofft man wirklich auf diese Weise zu einem Export zu kommen? Welch eine Idee von Künstlern einen Saal der *schönen Frauen*

malen zu lassen! Warum lehnen unsere Maler solchen Unsinn nicht rundweg ab? Ist es denn so furchtbar wichtig bei jeder Gelegenheit dabei zu sein, Curt Herrmann, Alfred Partikel, Max Pechstein, Harald Bengen? Was die deutsche Modeindustrie tun sollte, ist: sich der internationalen Mode einordnen und den Nachdruck auf das Handwerkliche, nicht das Künstlerische, legen.

Qualität und Luxus

Die Berufsstände, die man als das graphische Gewerbe zusammenfassen kann, legten dem Reichstag eine Denkschrift zum Umsatzsteuergesetz vor, hinter der vom Drucker über den Kleinhändler zum Verleger wohl alle Kategorieen des Berufs stehen. Es werden in dieser Eingabe Bedenken gegen die jetzige Fassung des Gesetzes erhoben, deren Logik nicht abzustreiten ist. Zunächst ist wirklich nicht zu verstehen, weshalb die Wiedergabe eines Bildes (man denke zum Beispiel an die Meisterbilder des Kunstwarts, an die populären Meister der Farbe oder an die farbigen Lichtdrucke nach Werken unserer Museen) grundsätzlich anders behandelt werden sollen als das Buch, das als »lebensförderndes Bedürfnis« anerkannt ist. Es scheint hier die Meinung Einfluß gehabt zu haben, daß Bildung der Sinne weniger wichtig oder »lebensförderndes Bedürfnis« sei als Bildung durch das Wort.

In manchen Bestimmungen verrät sich eine geradezu qualitätsfeindliche Tendenz dieses Gesetzes, die unter anderen auch der Meisterring in seinem, in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 168) erwähnten Programm bedauert, zum Beispiel in den geradezu grotesken Bestimmungen für Möbelverzierungen. Unversteuert bleiben »Arbeiten, wie sie bei den gewöhnlichen Stapelmöbeln zur Belebung der Fläche hergestellt zu werden pflegen, und die durch gleichmäßige schematische Ausführung keine besondere Kunstfertigkeit zeigen«. Also eine Prämie auf den Kitsch durch Befreiung von der erhöhten Umsatzsteuer. Denn die weiterhin aufgeführten Dinge sind doch, wie wir alle wissen, nichts anderes als eben jener entsetzliche kunstwidrige Krimskrams der nachgemachten schlechten Bourgeoismöbel, gegen den vor 15 Jahren die Berliner Gewerkschaften jenen verdienstlichen Feldzug mit ihren *Arbeitermöbeln* aufgenommen haben. Von der Steuer bleiben nämlich frei »kleinere Schnitzarbeit an Kastenmöbeln, zum Beispiel kleine Gesimsaufsätze, Eckbretter, Rosetten, Pilaster, Eck- und Mittelstücke, Konsolen, Kapitäle oder von kleineren Drechslerarbeiten zum Beispiel Kugeln, Knäufe, Kartuschen, Füße, Sprossen, Säulchen«. Ausdrücklich heißt es dann, die Steuer trete ein, wenn die Arbeit »einen künstlerischen Entwurf oder eine besondere Kunstfertigkeit bei der Ausführung voraussetzt«, also wenn sie Qualität hat. Und wie unbarmherzig das Gesetz auch schon die leiseste Äußerung auch nur eines guten und gediegenen Geschmacks durch Besteuerung bestraft, geht aus dem weitern Wortlaut hervor: »Hierzu [zu den Steuerfällen] gehört zum Beispiel auch eine bewußt kunstgewerblichen Geschmack verratende Ausnutzung der Holzmaserung.« Also die Kitschmöbel der Kreditinstitute sind steuerfrei, das Arbeitermöbel der Gewerkschaften muß mit 15% versteuert werden, da es eine bewußt anständige Leistung ist.

Will man den Luxus treffen, so soll man nicht die hochwertige Leistung, sei es wo immer, besteuern sondern jenen materiellen Aufwand, der nicht für die Sache sondern für den Besitzer da ist. Jede Kultur basiert auf Maximalleistungen, die als Vorbild und Beispiel wirken. Die künstlerische Form hebt den materiellen Wert auf. Im Kunstwerk ist Gold nicht kostbarer als Holz, Gips oder Farbe. Aber in einer Arbeit, die nicht künstlerischem Streben nach einer Höchstleistung entsprungen ist, sondern dem Besitzwahn eines Irgendjemand, kann schon ein besseres Holz Luxus sein. Solche Unterschiede zu beachten mag dem Gesetzgeber unmöglich sein. Um so mehr muß er sich hüten die Qualität als Luxus zu besteuern.

Bevormundung oder Selbsthilfe?

Ein Ladeninhaber am Stadtpark in Berlin-Schöneberg, in einer Straße, über die eine Magistratskommission *Fassadenrecht* hat, ließ seine Fenster bunt bemalen. Es wird ihm behördlich eine kurze Frist gesetzt die »futuristische Bemalung« zu entfernen. Es handelte sich um eine durchaus ernste künstlerische Arbeit (Arthur Götz und Bruno Weber). Warum so eilig? Warum so undemokratisch?

Hat es etwas mit Demokratie zu tun? Ich glaube wohl. Der Obrigkeitsstaat serviert den Bürgern alles fix und fertig. Die Straßen werden behördlich gekehrt; wenn der Bürger morgens aus dem Haus tritt, sind sie sauber. Die Straßen haben auch künstlerisch sauber zu sein. Das bedeutet im Obrigkeitsstaat: Alles, was irgendwie auffallen könnte, wird entfernt

und unterdrückt, gleichviel welcher Art. Nur weil es auffällig ist. Ein Schutzmann erscheint, unauffällig, durch die Nebentür und *veranlaßt*. Und ohne daß die Bürger von vorgefallenen Konflikten etwas erfahren, werden Ärgernisse beseitigt.

Aber solches Vorgehen wollen wir nicht mehr. Es soll alles offen geschehen. Wir wollen keine Zensur, die uns bevormundet und uns vor Ärgernissen schützt. Und deshalb ist zu wünschen, daß die Stadt Berlin nicht, wie angekündigt, dazu übergehen wird die gesamte Reklame künstlerisch zu überwachen. Ein Kind, das andauernd bemuttert und gegängelt wird, kann nie kräftig und selbständig werden. Demokratie ist Selbsthilfe durch Bildung von Antitoxinen im eigenen Körper, Gesundung. Wenn man aus der Demokratie, immer noch vom alten Polizeigeist besessen, ein Sorgenkind macht, darf man sich nicht wundern, wenn sie nicht recht vorankommen will.

Kommissionen sind Scheinöffentlichkeit. Vielleicht müssen Kommissionen sein (Arbeitsteilung, Kontrolle usw.). Aber wenn sie irgendwo Entscheidungen treffen oder beeinflussen, muß ihr Anteil unbedingt offen erkennbar sein. Jedes Mitglied jeder Kommission muß aus der Anonymität des *Kommissionsbeschlusses* heraus. Einige Beispiele: Jeder Juror bei Konkurrenzen muß mit seinem Namen und mit seiner Stimme faßbar sein. Ausstellungen, die Bilder durch eine Jury haben ausscheiden lassen, müssen mindestens den Kritikern an den Vorbesichtigungstagen die abgelehnten Werke zugänglich machen. Die Kommissionen bei Museen (und das ist besonders wichtig), die Bilder ablehnen, müssen mit ihrem Namen und mit ihrer Stimme zu ihrer Tätigkeit in jedem Fall stehen. Etwa in der Art: Der Direktor der Galerie, zum Beispiel der Nationalgalerie, stellt 8 Tage lang öffentlich, nachdem die Kommission geurteilt hat, die Werke aus, die er der Kommission zum Ankauf empfohlen hatte, und bei jedem Werk wird vermerkt, wer für und wer gegen den Ankauf gestimmt hat. Es scheint mir Sache des Verbandes deutscher Kunstkritiker zu sein diese Forderungen zu vertreten.

Totenliste Im Januar starb in Frankfurt der Kunsthistoriker Fritz Hoeber im Alter von nur 35 Jahren. Er hat sich besonders mit Architekturproblemen beschäftigt. In der Öffentlichkeit ist er namentlich durch ein Buch über Peter Behrens bekannt geworden. Von besonderm Wert ist eine Studie über Erwin von Steinbach, die er vor nicht langer Zeit in Wasmuths Monatsheften für Baukunst veröffentlicht hat. Diese Monographie, die, entgegen der konventionellen Meinung, den französisch-gotischen Charakter des Straßburger Münsters betont, dürfte, wenigstens bei denen, die die Wahrheit überhaupt hören wollen, dazu beitragen der Legende vom *deutschen Elsaß* ein Ende zu bereiten; und es liegt gerade auch im deutschen Interesse, daß man sich bei uns von falschen Vorurteilen befreit und dadurch den Weg für die Einigung Europas ebnet. Auch an den Sozialistischen Monatsheften hat Hoeber mitgearbeitet. Er war in der besten Entwickelung, als der Tod sein Schaffen unterbrach.

Der Direktor der Frankfurter Kunstgewerbeschule Ferdinand Luthmer ist Ende Januar im 79. Lebensjahr gestorben. Er war dort seit dem Herbst 1879 tätig; seit 1903 bekleidete er auch das Ehrenamt eines Bezirkskonservators für Nassau. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen behandeln mehrere die Ornamente und ihre Stilformen in der ältern und neuern deutschen Kunst; auch gab er eine Reihe größerer Bilderwerke über Meisterwerke der Goldschmiedekunst, Möbel und Geräte im Zeitalter Ludwigs XVI. und des Empire, über Bau- und Kunstdenkmäler des Rheingaus und anderes mehr heraus.

Kurze Chronik Unter Leitung des Stadtrats Ernst Göritz wurde eine Gesellschaft der Freunde der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Berlin-Charlottenburg gebildet, die die Arbeit der von Wilhelm Thiele geleiteten Schule (zu den Lehrern gehören Hans Perathoner, Klaus Richter, Edmund Schäfer, Harald Bengen und Arnold Nichansky) in engere Verbindung mit den allgemeinen geistigen Strömungen bringen will. Ein Anfang wurde durch Vorträge von Max Deri, Oskar Fischel, Klaus Richter, Max Osborn, Wilhelm Worringer und Ausstellungen (Schülerarbeiten der Charlottenburger Schule, Arbeiten Klaus Richters) gemacht. ◇ Bernhard Pankok, bisher Direktor der Stuttgarter Kunstgewerbeschule, hat an der Berliner Hochschule für die bildenden Künste eine Abteilung für Theatermalerei begründet. Durch das Bühnenbild für die Neueinstudierung von Cosi fan tutte am Berliner Opernhaus hat er sich freilich nicht besonders glücklich eingeführt. Die Verniedlichung Mozarts

durch die Koketterie der zweiten Bühne wird sich hoffentlich nicht wiederholen. ◇ Das Staatliche Bauhaus in Weimar, das ja auf der Reformarbeit van de Veldes basiert ist, der 1905 die Weimarer Kunstgewerbeschule ins Leben rief und die Werkstätten gründete, und das von Walter Gropius so konsequent im Sinn van de Veldes geleitet wird, soll einen Flügel seines Hauses ⟨das selbst eine der wertvollsten Leistungen van de Veldes ist⟩ an die Hochschule für bildende Kunst abtreten, die im Gegensatz zum Bauhaus den alten akademischen Paradeschritt weiter betreiben soll, damit doch alle befriedigt werden. Also wieder einmal ein Kompromiß. Nur ja keine Entscheidung für die Zukunft! Die Mumien könnten sich sonst beleidigt fühlen. ◇ Die kunstgewerblichen Institute der Polytechnischen Gesellschaft in Frankfurt am Main, nämlich das Kunstgewerbemuseum, die Kunstgewerbeschule und die Bibliothek, sind von der Stadt übernommen worden.

Literatur

Aufträge, wie sie in den neutralen Ländern heute möglich sind, werden in Deutschland noch für lange selten bleiben. Im Haag baut H. P. Berlage ein großes Museum. Und auch van de Velde arbeitet an einem holländischen Museum für Vincent van Gogh in Arnhem, dicht an der deutschen Grenze. In seinem Buch über Henry van de Velde (Das Werk und das Leben des Künstlers /Hagen, Folkwang/) teilt Karl Ernst Osthaus von diesem Plan noch keine Details mit. Aber er spricht die Hoffnung aus, daß das vor dem Krieg aufgestellte Projekt für das Erfurter Museum doch noch nach van de Veldes Plänen ausgeführt werde. Als Beispiel einer wundervollen Klarheit und Beherrschtheit steht in den ausgezeichneten Abbildungen des Buches sein gerade für Deutschland so eminent wichtiges Wirken wieder vor uns auf. Es sollte selbstverständlich sein, daß van de Velde einen neuen Wirkungskreis in Deutschland finde. Sollte es zum Bau der Großen Volksoper kommen, so darf van de Velde, der im Werkbundtheater in Köln, im Théâtre des Champs-Elysées in Paris und in seinen Plänen für das Weimarer Nationaltheater vorbildliche Leistungen gegeben hat, unter keinen Umständen übergangen werden. Die Darstellung durch Osthaus hält sich von Übertreibungen im Ton angenehm frei und läßt doch überall die menschliche Wärme empfinden. Ab und zu stören nur Mitteilungen überflüssiger Banalitäten. ◇ Die hier schon mehrfach erwähnte holländische Zeitschrift Wendingen gab in der letzten Zeit einige ganz besonders wertvolle Hefte heraus. Hervorgehoben seien das de Klerk-Heft, das Tooneel-(Theater-)-heft, vor allem aber das Maskenheft, das in mustergültiger Auswahl und hervorragender Wiedergabe eine große Zahl von Masken aller Völker enthält; eine selten schöne Publikation, für die man dem Herausgeber Wijdeveld sehr danken muß. ◇ Einen willkommenen Beitrag zum Thema der Siedelung bilden die vom Heimstättenamt der deutschen Beamtenschaft herausgegebenen Flugschriften /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/, von denen einige genannt seien: Langen Wo müssen wir siedeln?, Fauth Bautechnische Fragen, Echtermeyer Der Heimstättengarten, Kruschwitz Großhaus oder Kleinhaus?, Rusch Die Finanzierung von Siedelungen und Adolf Otto Genossenschaftliche Fragen. Namentlich die Frage »Großhaus oder Kleinhaus?« ist heute wieder von aktueller Bedeutung, weil die Notwendigkeit außerordentlicher öffentlicher Beihilfen für jeden Wohnungsbau die Frage, ob das Kleinhaus wirtschaftlich den Vergleich mit dem Großhaus aushalten kann, auf das genaueste nachzuprüfen zwingt. Denn es kann natürlich den Steuerzahlern nicht zugemutet werden eine wirklich als unrentabel nachgewiesene Wohnungsform länger zu unterstützen. Die sozialdemokratische Fraktion der sächsischen Volkskammer hat schon im Mai 1920 von der Regierung die grundsätzliche Abkehr von ihrer das Kleinhaus begünstigenden Wohnungspolitik gefordert. Kruschwitz prüft nun diese eminent wichtige Frage noch einmal auf das gewissenhafteste durch und kommt, unter Abwägung aller mitspielenden Faktoren, zu dem Resultat, daß »das Kleinhaus mit 1 bis 4 Wohnungen nicht unter allen Umständen, aber doch in einer Vielzahl der Fälle den Wettbewerb mit dem Sechs- und Mehrfamilienhaus in wirtschaftlicher Beziehung vollkommen aushält«. Man wird darüber noch weitere Untersuchungen anzustellen haben. Gerade in dieser Frage werden die Urteile zumeist mehr durch programmatische Wünsche als durch tatsächliche Erfahrungen bestimmt.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION ELLA BORMANN / VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG / DRUCK VON HANS DOHRN / SÄMTLICH IN BERLIN